Reichs-Ausgabe

Einzelpreis 70 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch, 10. Januar 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30—32. Fernsprecher Amt Moritzplatz 4700—04. 4800—04. Postscheck Berlin Nr. 197 041. Die Reichsmarke der „DAZ" erscheint wöchentlich 14mal. Bei der Post 1350,— M monatlich. Im Ausland nach bestehenden Sätzen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, dem Streik oder sonstigen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten Ausgabe nach Tarif berechnet.

Nr. 12/13
62. Jahrgang.

Die angebliche Verfehlung „festgestellt".

Aus Wilsons Memoirenwerk, das demnächst erscheint, sind wir heute in der Lage, einen Aufsatz über Amerikas Stellungnahme zur europäischen Geheimdiplomatie auf Seite 3 zu veröffentlichen.

Die Entscheidung in Paris.

Gegen Englands Stimme.

S. **Paris**, 9. 1. (Eigenbericht.)

Die heutige Sitzung der Reparationskommission hat ein Ergebnis gezeitigt, wie es nach dem gestrigen Vorspiel nicht anders zu erwarten war.

Die Sitzung begann um 9½ Uhr. Vor der Abstimmung machten der Direktor des Deutschen Kohlensyndikats Lübsen und Geheimrat Ruppel längere Ausführungen. Dann wurde von der Kommission mit drei gegenen eine Stimme — Bradbury — die „absichtliche Verfehlung" Deutschlands in der Frage der Kohlenlieferungen für das Jahr 1922 auf Grund des § 17 Anmerk 2 Abschnitt 8 festgestellt.

Skandalöses Verhalten Barthous.

S. **Paris**, 9. 1. (Eigenbericht.)

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Frankreich unbedingt ein „absichtliches Verschulden" Deutschlands feststellen will, um „handeln" (lies: vergewaltigen!) zu können, so ist dieser Beweis durch die gestrigen Verhandlungen mit den deutschen Delegierten vor der Reparationskommission erbracht worden. Selten, oder vielleicht noch nie, hat eine Konferenz, eine Kommission, eine Sitzung so unglaublich verlaufen wie diese gestrige Sitzung, in welcher sich der Ministerpräsident Poincaré und der Finanzminister Barthou mit der Erklärung, daß der Hauptangriff nur von den Unterstützungen benutzt werden darf. Des weiteren müssen im Lehrerinnen-Gymnasium und in der Luisenschule Betten bereitgestellt werden. Ferner wurde das Gymnasium in der Brian-Berg-Straße beschlagnahmt, ebenso müssen die Räumlichkeiten des Zoologischen Gartens bis gestern abend 7 Uhr zum Empfang der neuen Truppen bereit sein, auch wurden für alle Fälle mehrere Volksschulen angeforderte.

Heute vormittag forderte die Belagungsbehörde durch Maueranschlag die Besitzer der Beschlagnahme vorgesehenen Lastkraftwagen und Personenautos auf, ihre Autos heute vormittag an die bezeichneten Stellen der Belagungsbehörde abzuliefern. In der letzten Nacht wurde der Autoverkehr auf der Strecke Düsseldorf—Essen von den Franzosen zum Stillstand gebracht.

Paris, 9. 1. (W. T. B.) „Chicago Tribune" meldet aus Mainz, der Plan der französischen Truppenbewegungen sei gestern abgeändert worden. **Es verlaute, daß die militärische Besetzung deutschen Gebietes Frankfurt nicht umfassen, sondern sich auf das Ruhrgebiet beschränken werde.**

38 Militärzüge in Richtung Essen.

Pa. **Essen**, 9. 1. (Eigenbericht.) Aus der Richtung Mainz sind 38 Militärzüge gemeldet. Als Ausladestellen für die neuen Besatzungstruppen sind die Bahnhöfe Mülheim-Speldorf, Duisburg-Hochfeld, Duisburg-Süd und Düsseldorf-Haringen bestimmt.

Vor dem Einmarsch in Essen.

Die französischen Truppenbewegungen.

S. **Paris**, 9. 1. (Eigenbericht.)

Der „Vormarsch" findet heute oder spätestens morgen statt. Nach dem „Radiogramm" ist der Vormarsch auf Essen für Mittwoch festgesetzt. Von der „Besetzung" von Bochum ist vorläufig keine Rede. In unterrichteten Kreisen erwartet man die Abberufung des deutschen Botschafters in Angenblick der Besetzung. Die tausenden Geschütze würden dann von einem Bannkreis der Botschaft weitergeführt werden, der der Kriegsflottenkommission anzugliedern wäre, die vorläufig noch weiterarbeiten müßte, da sie nicht nur mit Frankreich, sondern mit allen Alliierten zu verhandeln hat. (Welche Folgerungen Deutschland aus dem französischen Vertragsbruch ziehen wird, möge man gefälligst selbst ausdenken.)

-l. **Mainz**, 9. 1. (Eigenbericht.) **Die französische Rheinarmee hat sich bereits in Marsch gesetzt. Seit gestern ziehen namentlich große Bagagekolonnen und marokkanische Truppen durch die Stadt. Auch die Truppen der Garnison Wiesbaden haben sich zum Teil bereits in Marsch gesetzt.**

Die Quartiermacher.

pa. **Essen**, 9. 1. (Eigenbericht.) Zu Gebiete zwischen Rhein und Ruhr war es am Montag noch ruhig. In der vorletzten Nacht wurden einige Truppenverschiebungen in der Richtung Düsseldorf—Duisburg vorgenommen. Der Hauptteil der Truppen befindet sich aber noch im Anmarsch bezw. im Anrollen. Der größte Teil der bisher in Düsseldorf kasernierten Truppen ist in den umliegenden Dörfern einquartiert worden. In der Stadt Düsseldorf sollen hauptsächlich die Stäbe untergebracht werden, für welche in den Düsseldorfer Hotels eine große Anzahl Zimmer reserviert worden sind. Die Stäbe sollen die Quartiere, in welchen sich der Stab befindet, in unserer Gegenwart mit der Erklärung, daß der Hauptangriff nur von den Unterstützungen benutzt werden darf. Des weiteren müssen im Luisen-Gymnasium und in der Luisenschule Betten bereitgestellt werden. Ferner wurde das Gymnasium in der Brian-Berg-Straße beschlagnahmt, ebenso müssen die Räumlichkeiten des Zoologischen Gartens bis gestern abend 7 Uhr zum Empfang der neuen Truppen bereit sein, auch wurden für alle Fälle mehrere Volksschulen angeforderte.

Heute vormittag forderte die Belagungsbehörde durch Maueranschlag die Besitzer der zur Beschlagnahme vorgesehenen Lastkraftwagen und Personenautos auf, ihre Autos heute vormittag an die bezeichneten Stellen der Belagungsbehörde abzuliefern. In der letzten Nacht wurde der Autoverkehr auf der Strecke Düsseldorf—Essen von den Franzosen zum Stillstand gebracht.

Millerand und Dr. Mayer.

Die Szene beim Neujahrsempfang.

Beim Neujahrsempfang des Pariser diplomatischen Korps durch den Präsidenten Millerand hielt der päpstliche Nuntius Cerretti eine Ansprache an den obersten Vertreter der französischen Republik, in der er feststellte, daß zur Wiederherstellung des Friedens in der Welt eine Übrigung der Geister und der Herzen nötig sei. Gelinge diese, so werde die wirtschaftliche und materielle Wiederaufrichtung gleichfalls nicht ausbleiben. Herr Millerand antwortete mit einer Rede, die u.a. besagte: der französische Wille zur Wiederherstellung des Friedens in der Welt (wie er sich eben in der Verweigerung selbst des ungeheuerlichen Diktates von Versailles und in der Erzwingung des militärischen Feldzuges gegen ein wehrloses Volk kundgibt) sei zur Unfruchtbarkeit verurteilt, solange nicht bei den alten Feinden der Entschluß bestehe, die angenommenen „Friedens"-Bedingungen loyal zu erfüllen. „Es wäre ein unhaltbarer Widerspruch, den Frieden auf Lüge und Ungerechtigkeit aufzubauen. Wie könnte man sich des Gedankens erwehren, daß diejenigen, die ihre Unterschrift unter die Bedingungen ihrer Verantwortlichkeit gesetzt haben, halbsstarrig verfuchen, ihr Eingeständnis umzujustzen und entgegen der offenbaren Wahrheit für ihre Nichtschuld einzutreten, wenn dieser unerträgliche Sophismus ihnen nach eigener Ansicht nicht gestatten sollte, den Folgen ihrer Verletzung zu entgehen und sich den gerechten Repressalien zu entziehen, die auf ihren Schultern lasten."

Wir beneiden den Präsidenten Millerand nicht um seine Diktion. Was aber aus den gelegentlichen Redensarten der Regierungsbänke mit ist zu überdeutlichen Klarheit hervorgeht, daß in der Annahme der Lüge und Ungerechtigkeit an die Adresse Deutschlands und die qualifizierte Verleumdung des deutschen Volkes. Unser Botschafter in Paris, Dr. Mayer, hat dem Empfange des diplomatischen Korps beigewohnt und diese im französischsnationalistischen Berfuhr unerhörten Beschimpfungen des von ihm vertretenen Landes ohne die geringste Gegenwirkung hinnehmen. Wir haben nicht die Aufgabe, Herrn Mayer darüber Vorschriften zu machen, in welcher Form die Rohheiten des französischen Präsidenten zurückzuweisen gewesen wären. Aber diese, in unserer diplomatischen Karriere erworbene, bemerkenswerte Abstumpfung des nationalen Ehrgefühls kann das deutsche Volk nicht mehr dulden. Viel zu lange haben wir uns ähnliche Beschuldigungen schweigend gefallen lassen. Ihre erhärmliche Antwortlichkeit wurde von den früheren Regierungen, in bekannter kindlicher Einschätzung des Auslandes, damit „entschuldigt", daß alle Unverschämtheiten verwinden werden müßten, um die weltberühmte „Atmosphäre" zu schaffen. Was mit dieser Leisetreterei in der Tat herbeigeführt worden ist, das haben wir gerade jetzt: die Bodenfreiheit des deutschen Namens und der deutschen Ehre in den Augen unserer erbittertsten Feinde. Ist vielleicht der Einmarsch in das Ruhrgebiet und der französische Vertragsbruch verhindert worden? Mit dieser Methoden muß schleunigst und gründlich Schluß gemacht werden!

Dr. F. K.

Resignation in London.

A. **London**, 9. 1. (Eigenbericht.)

In englischen Regierungskreisen nimmt man an, daß die Besetzung des Ruhrgebiets unmittelbar bevorsteht. Zu den Abendstunden gingen die amtlichen Kreise der Entwicklung der Dinge mehr mit Spannung als mit irgendeiner Befürchtung entgegen. Nachdem Bonar Law die engstirnige Haltung der Franzosen bedauerlicherweise hatte, bleibe für England nichts weiter übrig, als die weiteren Ereignisse abzuwarten.

„Wir können nur hoffen", sagte eine verantwortliche Persönlichkeit zu einem Vertreter der „Evening Mail", „daß Frankreich nichts tun wird, wodurch wir gezwungen werden könnten, uns auf der Reparationskommission zurückzuziehen."

Diese resignierte Haltung der amtlichen Stellen findet ihre Ergänzung in der Haltung der maßgebenden Presse, die heute mit großem Nachdruck verkündet, daß die französisch-englische Freundschaft durch die nächsten Ereignisse durchaus keinen Schaden erleiden würde. (?) Die „Times" stellt sogar fest, daß durch den Abbruch der Pariser Konferenz die Entente nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gefestigt worden sei. (?) Es sei durchaus begreiflich, daß Frankreich versuchen wolle, durch Verhängung schwerer Strafen zu seinem Gelde zu kommen, und wenn England Frankreichs Plan auch nicht für gut heiße, so könne es doch nichts tun, was den Eindruck erwecken könne, als ob es seine Ansprüche an Deutschland nicht mit allem Ernst verfolgen wolle.

Nach dem „Daily Telegraph" macht man sich in englischen Kreisen über die Haltung der westfälischen Arbeiterschaft Sorge. Die Berglaute des Ruhrgebiets würden wahrscheinlich von den Grubenarbeiterorganisationen des Auslandes Unterstützungen erhalten, selbst von den französischen Organisationen.

Ein Dollar = 10000 Mark.

Dienstag überschritt der Dollar erstmalig einen Stand von 10 000 Mark. Eine Goldmark entspricht somit 2500 Papiermark im Auslandsverkehr. An der Börse trat im weiteren Verlauf ein Rückschlag ein, der den Dollar wieder auf 9900 senkte. Der französische Franken setzt seine Abwärtsbewegung in gleichmäßigem Tempo fort. Am internationalen Verkehr konnte man heute für ein Pfund Sterling bereits 69½ Franken kaufen.

Frankreichs Versuch rechtswidriger Vergewaltigung

Außenminister v. Rosenberg über das „Sanktions"-Recht.

Der Reichsminister des Auswärtigen von Rosenberg gab gegenüber einem Vertreter des W.T.B. folgende Erklärung über die Rechtslage in der Sanktionsfrage ab:

Der Herr Reichskanzler hat bei einem Empfang amerikanischer Journalisten (siehe Seite 2) die französischen Pläne gegen Deutschland bereits als das gekennzeichnet, was sie sind, als Bruch des Versailler Vertrags und als

Gewalt gegen ein wehrloses Volk.

Ich greife aber nicht, daß die Franzosen, wenn sie ihr Vorhaben verwirklichen, trotzdem versuchen werden, ihre Schritte durch Zitierung von Paragraphen des Vertrags immer noch mit dem Schein des Rechts zu umkleiden. Da unser gutes Recht unsere einzige Waffe ist, muß jeder derartige Versuch einer Verdunkelung der Fluren Rechtslage vorgebeugt werden. Ich möchte deshalb den Rechtsstandpunkt, den die Reichsregierung nach sorgfältiger Prüfung und in Uebereinstimmung mit den ihr erteilten Rechtsgutachten einnimmt, noch einmal im einzelnen darlegen. Ich will dabei nicht erneut auf die in diesen Tagen bekanntgegebenen tatsächlichen Beweismittel eingehen, die jeden Vorwurf eines schuldhaften Verhaltens Deutschlands in der Vertragserfüllung als sachlich ungerechtfertigt erscheinen lassen, will mich vielmehr auf den Nachweis beschränken, daß selbst eine in den Formen des Versailler Vertrags erfolgte Feststellung eines deutschen Verschuldens den Franzosen keinerlei Rechtsgrundlage für das vorhaben, was sie jetzt anscheinend zu tun gewillt sind.

Das, was die Franzosen „Sanktionen" nennen, wollen sie auf den § 18 der zweiten Anlage im Reparationskapitel des Versailler Vertrages stützen. Hier wird für den

Fall einer „vorsätzlichen Nichterfüllung"

der Deutschen Reparationsverpflichtungen vorgesehen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln und allgemein solche anderen Maßnahmen ergreifen können, welche sie als durch die Umstände geboten erachten. Folgerichtig wird bestimmt, daß Deutschland solche Maßnahmen nicht als feindliche Akte betrachten darf.

Daß so in einem Vertrachen, das jeder Rechtsgarantie entbehrt und in dem die eine Partei zugleich Richter und auch Gerichtsvollzieher ist, Strafen gegen die andere Partei verhängt werden dürfen, ist ungeheuerlich genug. So weit geht aber selbst diese Ungeheuerlichkeit nicht, daß den alliierten Mächten eine Blankovollmacht zu jeder beliebigen Maßnahme gegen Deutschland gegeben wäre.

Die französische Regierung will aus der Schlußbestimmung des § 18, wo allgemein den anderen Maßnahmen die Rede ist, das Recht herleiten, gegebenenfalls oder in der Rheinlande hinaus weiteres Gebiet zu besetzen oder durch Einzelmaßnahmen die kreierlichen Behördehoheit Deutschlands einzuschränken. Die Gebietsbesetzung ist **die schärfste Maßnahme, die einem souveränen Staat gegenüber getroffen werden kann.** Es wäre völlig unverständlich, wenn der Versailler Vertrag das Recht zu dieser äußersten Maßnahme in einer Form Schlußbestimmung ohne ausdrückliche Erwähnung hätte gewähren wollen, nachdem er an erster Stelle die zwei minder eingreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßregeln besonders aufführt. Das wäre unlogischer verständlich, als dabei besonders Einschränkung hinsichtlich der Art des territorialen Eingriffs oder der Größe des zu besetzenden Gebiets oder der Zeitdauer der Besetzung genannt wird, so daß die französische Interpretation sogar Gebiete auf die Bebauung hinausfindet, über die Alliierten Mächte solche in dem § 18 einen Freibrief für eine beliebig lange Besetzung des ganzen deutschen Gebiets. **Eine solche Interpretation führt sich selbst ad absurdum.** Sie wird überdies auch das Schein des Rechts verlieren, wenn man näher betrachtet. Der Vertrag behandelt die Sicherung der deutschen Vertragserfüllung durch die Besetzung deutschen Gebiets in einem besonderen Teil, nämlich in den Artikeln 428 bis 432, die gerade auch den Einfluß einer Verletzung der Reparationsverpflichtungen auf die Gebietsbesetzung regeln.

Keiner dieser Artikel gibt den Alliierten das Recht, deutsches Gebiet rechts des Rheins neu zu besetzen oder im besetzten Gebiet über die Bestimmungen des Rheinlandabkommens hinaus in

die deutschen Hoheitsrechte

einzugreifen. Vielmehr darf danach lediglich die Fortsetzung der Okkupationsfolgen und das bereits besetzten Gebiet hinausgeschoben werden, wenn die Alliierten beim Ablauf der vertraglichen Besetzungsfrist die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend betrachten.

Es ist einfach widersinnig, zu behaupten, daß die kurze Schlußbestimmung im § 18 eine über diese konkreten Bestimmungen hinausgehende Gebietsbesetzung rechtfertigen könnte. Noch den elementarsten Regeln der Vertragsauslegung können in jener Schlußbestimmung nur Maßnahmen gemeint sein, die den vorher genannten wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen ihrem Wesen und ihrer Wirkung nach gleichgestellt sind. Das können immer nur Maßnahmen sein, die die Alliierten in ihrem eigenen Hoheitsgebiet vornehmen.

Die Voraussetzungen trifft auf keinen der Presfälle zu, von denen jetzt in Frankreich die Rede ist. Auch sowieso dabei nicht offene, militärische Okkupationsfolgen, sondern Einzelmaßnahmen ohne sichtbaren militärischen Charakter in Betracht kommen, sind es doch

schwere Eingriffe in die deutsche Gebietshoheit,

die nicht deshalb als Maßnahmen im Rahmen des § 18 angesehen werden können, weil sie einen wirtschaftlichen oder finanziellen Ausfluß haben. Denn das Ausschlaggebende ist, daß die fraglichen Einzelmaßnahmen nur unter Verletzung der deutschen Gebietshoheit durchführen können. Das gilt auch für die Pläne, die im besetzten Rheinland bereitgestellt werden sollen. Die Befugnisse der Alliierten im Rheinland sind im Rheinlandabkommen erschöpfend geregelt. Was mit über dieses Abkommen hinausgeht, — und das tun zweifellos alle jene französischen Pläne, — ist ebenso eine Vertragswidrige Verletzung des deutschen Territoriums wie die Ueberfälle auf das unbesetzte Gebiet. Für die Auffassung ist ein authentisches französisches Zeugnis verhanden.

Als im Februar 1921 im französischen Parlament die verschiedenen „Sanktionen" diskutiert wurden, die bei den später der Londoner Konferenz gestellte Pariser Beschlüssen vom Januar 1921 in Aussicht genommen waren, hat der damalige französische

Ministerpräsident Briand

ausdrücklich erklärt, daß die in jenen Beschlüssen vorgesehene und später auch verwirklichte Verbindung eines besonderen Zollregimes über das Rheinland über den Versailler Vertrag hinausgehe und deshalb eine Erweiterung der den Alliierten an sich zustehenden Garantien bedeute.

Was die französische Regierung damals für das Zollregime im Rheinland angegeben hat, muß sie auch für die gegenwärtigen Vorhaben im Rheinland und erst recht für ihr Vorhaben im Ruhrgebiet zugeben.

Die Alliierten haben wohl ein

Recht auf vorzugsweise Befriedigung

aus dem Vermögen des Reiches und der Länder. Sie können verlangen, daß die Rhöstreitung der deutschen Reparationsverpflichtungen das dem Vorrecht unterliegende Vermögen mit Vorzug vor anderen Gläubigern zur Befriedigung ihrer Forderungen zu verwenden ist. Dagegen hat weder der Artikel 248 noch eine andere Bestimmung des Vertrages darüber etwas, in welcher Weise eintretenden Falles diese Verwendung zu erfolgen hatte.

Die Alliierten haben deshalb keinerlei Befugnis, diese Verwendung threreits dadurch herbeizuführen, daß sie unmittelbar die Hand auf das deutsche Staatsvermögen legen.

Die ganze Frage der von Frankreich in Anspruch genommenen „Sanktionen und Pfandrechte" hat aber neben dem materiellen Inhalt dieser Rechte noch eine zweite Seite, die von nicht minderer Bedeutung ist. Die französische Regierung glaubt, die geplanten Maßnahmen auf

eigene Faust und

ohne das Einverständnis der anderen Alliierten

durchführen zu können. Das wird von ihr nach früheren Ausführungen aus einem Worte hergeleitet, das sich in der bereits erwähnten Schlußbestimmung des § 18 findet. Es heißt dort, daß die in Rede stehenden Maßnahmen von den „relpektiven Regierungen (gouvernements respectifs)" getroffen werden können. Das Wort „respectif" ist dem grammatikalischen Standpunkte nicht ganz klar und wird sachlich zweifelsfrei vielmehr dahin zu deuten sein, daß jeder Anspruch des Reparationsausschusses.

Die Durchführung der gesamten Reparationsmission ist vollständig in die Hände der Reparationskommission gelegt. Keine der alliierten Mächte kann ihre Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland geltend machen; jede muß sich vielmehr zu diesem Zweck an die Reparationskommission wenden, die in ihren Beschlüssen an genaue Abstimmungsregeln gebunden ist.

Wenn aber die einzelne Macht nicht unmittelbar Reparationsansprüche gegen Deutschland erheben kann, wenn die Reparationen vielmehr der Gesamtheit der beteiligten Mächte als solcher zustehen, muß das folgliche für die Anwendung aller Mittel gelten, die der Herrn für die Durchsetzung der Reparationen vorsieht. Sonst würde sich die unmöglichste Folge ergeben, daß ein Staat Ansprüche stellen könnte, die er für sich gar nicht zu stellen. Das einseitige Vorgehen Frankreichs würde mithin das ganze Reparationssystem des Vertrags durchbrechen.

Denn es kommt hier allein auf die Tatsache an, von wem die Maßnahmen beschlossen werden, nicht darauf, ob sie von einem Alliierten allein gebracht wird. Die ma und die „Garantien" einschätzen mag, die für Deutschland in der Gestaltung des Reparationsregimes liegen, so ist die Notwendigkeit einer gemeinsamen Beschlußfassung der Alliierten doch ein so wesentliches Moment des Vertrags, daß Deutschland gegen jede Nichtbeachtung dieses Momente Verwahrung einlegen müßte.

Zum Schluß muß ich noch auf einen Punkt hinweisen, der gerade für den augenblicklichen Stand der Frage von Wichtigkeit ist. Alle Erwägungen über die Frage, ob die verschiedenen Bestimmungen des Versailler Vertrages erübrigen sind, wenn es sich nur darum handelt,

die Rechtsfolgen

zu beurteilen, die sich aus dem vorhin erwähnten Beschluß der Reparationskommission über die Holzlieferungen und den von Frankreich angeschlossenen Beschluß über die Kohlenlieferungen ergeben.

Für diese Fälle kommen die angeführten Vertragsbestimmungen überhaupt nicht in Betracht, da die Fälle Gegenstand einer bereits vorliegenden erschöpfenden und endgültigen Sonderregelung sind.

Ich kann mich auf die Hervorhebung dieser Gesichtspunkte beschränken und davon abstehen, den vorliegenden Beschluß der Reparationskommission noch nach anderer Richtung rechtlich zu beleuchten. Denn das eine, worauf es jetzt ankommt, steht noch der Note vom 21. März außer Zweifel, nämlich die Tatsache, daß Frankreich seine „Sanktions" und „Pfandverwaltungsmaßnahmen" auf den Beschluß der Reparationskommission nicht stützen kann.

Damit steht fest, daß die Durchführung der französischen Pläne in derjenigen Richtung einen

groben Bruch des Vertrags

darstellen würde, erstens, weil die Beschlüsse der Reparationskommission in der Holz- und Kohlenlieferungsfrage überhaupt kein Vorgehen gegen Deutschland über die Note vom 21. März hinaus rechtfertigen, zweitens weil auch bei einzelner Feststellung unerlaubter sonstiger „Sanktionen" Deutschlands der Vertrag einzelne „Sanktionen" territorialen Charakters erläßt, und drittens, weil auch die formell etwa zulässigen Maßnahmen gegen Deutschland nur von den beteiligten alliierten Mächten gemeinsam getroffen werden können.

So lässen sich alle französischen Rechtsargumente in Nichts auf. Sie erweisen sich für jeden nicht voreingenommenen Beurteiler als so gekünstelt, daß sie den wahren Zweck und Charakter des französischen Vorhabens nicht verhüllen, sondern daß sie dieses Vorhaben nur noch mehr als das erkennen lassen, was es wirklich ist, als den Versuch rechtswidriger Vergewaltigung.

Stark aber dumm.

Frankreich will einmarschieren. Seine Armee, deren tapfere Haltung im Kriege zu schmälern wir nicht gesonnen sind, wird gegen ein unbewaffnetes Volk geschickt, gegen Frauen und Kinder. Mitten im Frieden bricht sie in die friedlichen Bezirke eines Kontrums wiederzier Arbeit ein. Daß dabei Blut fließen wird, dürfte ebenfalls zu verhindern sein, wie damals bei dem Einbruch der Franzosen in Frankfurt, wo ebenfalls deutsche Menschen, Mädchen, Kinder, die nie eine Waffe in die Hand genommen hatten, dem französischen Militärsinns zum Opfer fielen. Schon heute fest es gesagt: jedes vergossene Blut, das bei dem Gewaltakt der französischen Politik beutschen Boden nebt, kommt auf das Konto Frankreichs, das jetzt, im fünften Jahre des sogenannten Friedens, selber mit allen Zuflucht nicht einer raffinierten Erwartungsmissfonschaft bis an die Zähne bewaffnet, gegen eine unbewaffnete, friedliche, arbeitsame und zugleich darbende Bevölkerung Krieg führt.

Denn darüber sei man sich klar: was die französische Politik hier plant, ist nackte Gewalt. Die deutsche Presse gewähne sich ab, hier noch von „Reparationen" oder „Pfänderpolitik" zu reden. Poincaré, der Rechtsanwalt, ist zum Gewaltsanwalt geworden. Kein Buchstabe des Versailler Diktats gibt den Franzosen das Recht, deutsches Gebiet über die im Diktat selber bezeichneten Länder hinaus zu besetzen. Tut das Frankreich wirklich, führt es die Besetzung des Gebietes durch, so zerreißt es damit das Versailler Diktat. Dieses Diktat, so vielbrechenlich und so dumm es gewesen und so schmachvoll es auch die Sieger von fast jeder menschlichen Rücksicht losbrach, die bisher die europäischen Kulturvölker auseinander und nach den blutigsten Kriegen zu neuem schon aus Selbstschutzung gewohnt waren: gewisse Bindungen enthält auch das Versailler Diktat. Bindungen für Sieger und Besiegte. Spricht sich Frankreich eigenmächtig von diesen Bindungen frei, so fällt damit natürlich auch jede Bindung, die das Diktat für Deutschland enthält. Wie erwarten von der deutschen Regierung, daß sie die Erklärung entspricht: eine Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich ist Gewalt und zerreißt alle zwischen beiden Ländern bestehenden Verträge.

Bei dieser Erkärung darf es natürlich nicht bleiben. Wenn sie nicht wieder einmal eine leere Geste sein soll, so sind die Konsequenzen aus ihr zu ziehen. Ein Arbeiten deutscher Beamter zusammen mit Funktionären der französischen Republik, wie es jetzt mannigfach auf Grund des Versailler Diktats stattfindet, hört mit dem gleichen Augenblick auf. Das gleiche trifft zu für den Transport- und Eisenbahnverkehr, Franzosen und Angehörige von Staaten, die den Rechtsbruch der Franzosen unterstützen, werden auf deutschen Eisenbahnen nicht befördert. Der positiven Gewaltpolitik Frankreichs stellt Deutschland die positive Politik des Rechts gegenüber. Die positive Rechtspolitik Deutschlands hat das Ziel, Frankreich zu zwingen, die Destialität seiner Politik zu entbinden und sich offen als Raub- und Gewaltstaat zu bekennen. Diese Enthüllung seiner wahren Natur fürchtet Frankreich am meisten, daher die erbärmlichen Sophismen des klaglichen Anwalts Poincaré, seine Gewalt als Recht zu fristeren und sich eine „Rechtsgrundlage" für seinen Rechtsbruch zu schaffen. Daher das einfach idiotische Geplärre über die nicht gelieferten Telegraphenstangen. Die deutsche Politik darf nicht dulden, daß der rechtlose Gewalt in Deutschland still hingenommen wird. Wir erinnern an die Landfriedensordnung, die Gneisenau im Frühjahr 1813 unterzeichnen hatte, als die Franzosen, damals noch im ehrlichen Kriege, ebenfalls in Deutschland eingebrochen waren. Damals hieß es: jeder Beamte, jeder Bürgermeister, jeder Geistliche hat das Recht, Zuflucht eingestellen und jede Aufforderung des Feindes, seine Funktionen wieder zu übernehmen, unter Androhung strengster späterer Bestrafung sofort abzuhören. Gneisenau wollte dem Feinde die Verwaltung des eroberten Landes unmöglich machen und so den Bau der preußischen Verwaltung schonungslos fällig zerstimmen. Damit er nicht dem Feinde diene. Wir denken nicht daran, heute die gleichen Forderungen zu stellen. Heute gibt es keine Gneisenaus, und schließlich war kein riesiger Eximpel schon damals Gneisenau unterzogen. Außerdem kann man dem Industrieland Deutschland von heute nicht zumuten, was vor 100 Jahren nur die härtesten und fühlbarsten Mittel zum Ziele führten. Aber jener fühlerne Geist jener Zeit, der aus dem Elend des Landes nur neue und größere Kräfte für die deutsche Freiheit sog.

Den Feind ins Unrecht setzen, ihn zwingen, überall Gewalt anzuwenden, neben jedem Zwilfranzosen eine Rotte Militär aufzustellen, ihn auf dem Wege des Rechts und des Friedens nie zur Ruhe kommen lassen, ihn zwingen, jedem Gewaltakt durch einen noch schamlosieren Gewaltakt zu übertrumpfen und so sich immer mehr in die Zwiste der allgemeinen Verachtung der Welt hineinwählen zu lassen, in die der Friedensbrecher und Straßenräuber gehört: das ist das Ziel der deutschen Politik.

Wir reden an dieser Stelle nicht erst von den wirtschaftlichen Folgen der Besetzung. Wir weisen nur auf folgendes hin. Die Bergwerks- und Maschinenguteure Frankreichs haben einen Weltruf zugen ihrer Unfehlbarkeit. Es geh kein sicheres Mittel, französische Kriegsschiffe binnen wenigen Stunden flotzen zu sehen, als sie durch die bewährte Hand französischer Maschinenguteure aus dem Hafen zu nehmen. Französische Bergwerksingenieure, vollends im Ruhrgebiet! Sie können ja nichts anderes, als diese Gruben zerstören. Sie haben im Elsaß nichts anderes getan, sie haben in Lothringen nichts anderes getan, und nun im Ruhrgebiet, diesem kompli-

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

zierlichsten Industriegebilde Europas! Auch in Deutschland gibt es nicht allzu viele Menschen, die den technischen und organisatorischen Aufgaben, die hier gelöst sind, gerecht werden. Eind diese verdrängt, so ist die Industrie binnen kurzer Zeit ruiniert. Das ist natürlich auch der tiefste Sinn des geplanten Einbruchs getrieben 1914 von Delcassé und Poincaré so trefflich formulierten Ziele der französischen Politik: Zertrümmerung des Deutschen Reichs und Erschütterung der militärischen und wirtschaftlichen Macht Preußens.

Der Gewinnsucht Frankreichs ist der Bankrott der französischen Politik. Eine Bande politisierender Abenteurer, die seit Jahrzehnten systematisch auf den Krieg mit Deutschland hingearbeitet, seit 1913 ihn sicherstellt betrieben, 1914 ihr Ziel erreicht hatte, glaubte 1918 ihren Triumpf feiern zu können. Sie sieben heute, 1923, noch einer „Friedenszeit", die fast genau der Kriegszeit entspricht, am Zusammenbruch ihres Systems. Der einst verwöhnte Liebling der Welt, Frankreich, das Land der „Freiheit" und des „Nichts" — der Liebling sagte es schon selber, daß er es wäre! —, der arme „Ueberfallene", die gekränkte Unschuld von 1914 sieht jetzt als Räuber vor aller Welt da. Es hatte alles doch seinen guten Sinn, wenn lange Zeit als Idol der Nation ein Mann an der Spitze des Staates stand, dem man nicht besser kennzeichnen zu können glaubte, als durch den bestialischen Spitznamen: Der Tiger!

Deutschland braucht jetzt Feftigkeit in allen Reihen der Nation. Der Augenblick ist da, von dem wir vor Monaten schon an dieser Stelle sprachen: Deutschland ist mit seinem französischen Henkerknecht allein in der Folterkammer. Daß wir einmal durch diese Folterkammer hindurch müßten, haben wir nie bezweifelt und oft betont. Je stärker sich die Nation in dieser Stunde zeigt, desto schneller wird die französische Gewaltpolitik in sich selbst zusammenstürzen. Das tiefe Wort Hegels von der Ohnmacht der Sieger aber wird sich neu bestätigen. P. L.

Herr Wirth.

Wir haben in der vorigen Ausgabe über eine Rede Dr. Wirths in Köln berichtet, da es doch ganz interessant ist, zu hören, was der jetzige unserer vielen Reichskanzler a. D. in solchem Moment vorzubringen hat: zunächst und vor allen Dingen nämlich eine Verteidigung der eigenen, völlig zusammengebrochenen Erfüllungspolitik. Da die Neuerungen Lloyd Georges, auf die er sich dabei stützte, genau so oder mir ähnlich getonnet haben, läßt sich nicht nachprüfen. Jedenfalls sind gerade von maßgebenden englischen Politikern mit die schärfsten Urteile über die Passivität des Kabinetts Wirth gefällt worden. Und es gibt auch andere Aeußerungen Lloyd Georges an und über Dr. Wirth, von denen dieser sieher schweigt . . . Der Appell des Herrn Wirth zur Loyalität gegenüber dem neuen Kabinett ist um so rührender, als er offenbar in erster Linie an die eigene Person des Redners gerichtet war. Ein Bündner, der Buße tut. Im allgemeinen bemerken wir: gerade weil wir die breiteste oder stärkste Abwehrfront wünschen, möchten wir davor warnen, daß jetzt die Realität der Bergangenheit in die Debatte geworfen wird und daß verbrauchte Männer von kleinem Format sich zu Wortführern aufwerfen. Die Zeit heischt kaltrastige, eiserne Naturen.

Die Großbeutsche Arbeiterpartei.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Die „Rote Fahne" vom 6. Januar richtete gegen die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums Angriffe, weil sie Versammlungen der Berliner Nationalsozialisten dulde, zu denen die Großdeutsche Arbeiterpartei einladende Bemaßgeniker wird betont, daß die politische Polizei in der Großdeutschen Arbeiterpartei lediglich eine Fortsetzung der vom Minister des Innern am 15. November v. J. verbotenen „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei" erblickt. Sie leitet deshalb gegen alle Mitglieder der Großdeutschen Arbeiterpartei Strafverfahren ein.

Stettin, 9. 1. (T. U.) In Arnswalde fand eine Versammlung der Großdeutschen Arbeiterpartei mit dem Thema „Sozialismus und Judentum" statt. Der Saal war überfüllt. Im Verlauf der Versammlung, suchten Kommunisten den Saaleingang zu stürmen, zertrümmerten die Fensterscheiben und stiegen in den Saal ein. Die Polizei erklärte sich machtlos. Mehrere Schwerverletzte mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden. Im Anschluß daran belegten die kommunistischen Stoßtrupps den Bahnhof, wo es wiederum zu blutigen Schlägereien kam.

★

Denkmalsattentate, Radauversammlungen, Prügeleien — sollte man wirklich noch nicht wissen, wo der Feind sieht?

Der Kanzler über Frankreichs Gewaltpolitik.

„Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk."

Reichskanzler Dr. Cuno empfing die hiesigen Vertreter der amerikanischen Depeschenagenturen und ab ihnen folgende Erklärungen:

Die alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Reparationsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von neuem aufgeschoben. Frankreich scheint sich zu dem Versuche angeschickt, seine Ansprüche im Wege des Zwanges, der Gewalt durchzusetzen. Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen Frankreichs wirklich glaubt, durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Ich habe schon in meiner Hamburger Rede gesagt, daß

jede Zwangsmaßnahme den Tod der wirtschaftlichen Reparationen

bedeuten würde. Das kann ich heute nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen.

Denn so sehr wir bereit waren und es auch noch heute sind, freiwillig und gestützt auf unsere Wirtschaft mit unseren Leistungen bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig sind wir willens, und irgendeinem Zwange zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Unsrige getan und sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Leidens gehen. Unter Druck und Drohung werden wir nicht handeln.

Wir können der Gewalt nicht mit Gewalt entgegentreten. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke tun können, das ist, die wirtschaftliche Unversehrtheit und die

Rechtssicherheit des französischen Vorhabens

der Welt in ihrem wahren Lichte zu zeigen. Wer bleibt Gewalt. Frankreich versucht die geplante Aktion mit dem Schein des Rechts zu umkleiden, indem es von „Sanktionen" und „Pfändern" spricht, die in den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Stütze haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles, so ungeheuerlich er auch sonst ist, geht nicht so weit, den Alliierten beliebige Eingriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten. Zur Sicherung ihrer Forderungen aus dem Vertrage, namentlich zur Sicherung der Reparationsleistungen, haben die Alliierten für bestimmte Zeit das Rheinland besetzt, eine Garantie, wie sie stärker und drückender wohl in keinem Friedensvertrage zwischen Kulturvölkern festgesetzt worden ist.

Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht in den Schranken des das Besatzungsrecht regelnden Abkommens halten aber wenn es sogar seine Hand noch über das Rheinland hinaus auf unbesetztes deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht die Ausübung eines vertraglichen Rechtes, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk.

Der Schutz der Republik.

Auf Grund der § 14 Absatz 2, 7, Absatz 1 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik ist der unter der Leitung des Hauptmanns a. D. Damm in Heidelberg gelegene Südwestdeutsche Zeitungsdienst vom badischen Minister des Innern aufgelöst und für Baden verboten worden.

★

Als ob man heute nichts anderes zu tun hätte.

Gegen die Ausweisung Dr. Momms.

Cassel, 9. 1. Der Provinzial-Ausschuß sagte in seiner letzten Sitzung einen Beschluß, in dem es u. a. heißt: Die angeordnete Ausweisung des Regierungspräsidenten Dr. Momm stellt sich als ein klarer Rechtsbruch und Gewaltakt der inzwischen Rheinlandkommission dar. Der Provinzial-Ausschuß der Provinz Hessen-Nassau legt dabei gegen die Ausweisung die schärfste Verwahrung ein.

Amerikanischer Protest gegen die Ruhrbesetzung.

Keine Zurückziehung der Rheintruppen?

London, 9. 1. (E. E.)

„Exchange Telegraph" meldet aus Washington: Offiziös erklärt man, die Vereinigten Staaten hätten bei Frankreich Vorstellungen erhoben, in denen sie besonders ihrer Mißbilligung wegen des Vormarsches der Franzosen in das Ruhrgebiet Ausdruck gaben.

★

Nach widersprechenden, aus New York vorliegenden Meldungen läßt sich nicht erkennen, ob ein formeller Protest Amerikas bei der französischen Regierung vorliegt, der eine gewisse Gegenaktion der Vereinigten Staaten vorsieht, falls die Ruhrbesetzung ihren Anfang nimmt, oder ob es sich nur um eine allgemeine halboffizielle Mitteilung handelt, die die Mißbilligung der amerikanischen Regierung gegen Anwendung von Gewalt im allgemeinen ausdrückt.

Das Schicksal der Rheinarmee.

Paris, 9. 1. (W. T. B.) Wie die „Chicago Tribune" aus Washington berichtet, wird dort angenommen, Harding werde es ablehnen, die Truppen am Rhein im jetzigen Augenblick zurückzuziehen, weil er befürchte, daß er eine neue Verwirklung der Reparationsfrage herbeiführen könne, solange noch der endgültigen Entscheidung Frankreichs über das Angebot des Staatssekretärs Hughes entgegengesehen werde.

Stellungnahme der deutschen Arbeiter im Rheinland.

London, 9. 1. (W. T. B.)

Der Sonderberichterstatter der „Times" in Köln brachte unter dem gestrigen Datum, die dortigen Zivilbehörden mußten sich angesichts der Auffassung, daß irgendeine Art organisierter Widerstand im Falle eines französischen Vormarsches erfolgen werde. Ein Stadtrat erklärte gegenüber dem Berichterstatter, diese Tatsache werde in Essen von niemandem begangen werden. Wenn

Frankreich in Verletzung jeden Rechtes

und jeder Gerechtigkeit komme, so würden sie Offener sicher eine würdige Haltung gegen über ihrem Gegner einnehmen, wie dies die Rheinländer seit 1918 getan hätten.

Der Führer einer der größten Gewerkschaften des Ruhrgebietes erklärte dem Berichterstatter,

die Luft sei mit Elektrizität geladen,

die Arbeiter befanden sich in einem Zustand der größten Spannung, sie blieben ruhig, weil sie immer noch glaubten, daß England und Amerika etwas finden würden, was das Schlimmste verhüten könnte.

Auf die Frage, welche Haltung die Arbeiter einnehmen würden, wenn Frankreich marschiere, erwiderte der Gewerkschaftsführer, die erste Bewegung der französischen Truppen werde für die Arbeiter das Signal sein

allgemeinen Ausstand im Ruhrgebiet zu leiten. Bei diesem Beschluß seien die Arbeiter nicht beeinflußt worden durch Rücksichten auf Interessen ihrer Arbeitgeber, sondern nur die der deutschen Arbeiterklasse als Ganzen.

Dieser militärische Widerstand wird nach Ansicht eines Führers im Ruhrgebiet, der Arbeiter, bleibtlich mehr im unbesetzten Deutschland als im Ruhrgebiet, aber letzteres Gebiet ist die deutschen Arbeiter.

Der allgemeine Ausstand werde ein stummer Protest der nicht beeinflußten Arbeiter Deutschlands gegenüber ihren Kameraden in jedem Lande, wenn die Politik der Bajonette sein. Der Führer sahe fort, Herr Poincaré müsse noch lernen, daß die Dicke des freien deutschen Arbeiters, der bestrebt sei, seinen Teil an der Erfüllung der Verpflichtungen seines Landes zu tun, ein stärkerer Rüstzeug von Reparationsstoffe sei als das Bajonett.

Türkische Kriegsschuldigenprozesse.

Paris, 9. 1. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung Schritte unternommen, um die für den Eintritt der Türkei in den Weltkrieg im Jahre 1914 verantwortlichen Personen vor Gericht zu bringen.

Ein Beitrag zur Reparationsfrage.

Erschwerung des deutschen Handels in China.

Ein Mittel, um Reparationsleistungen in barer Zahlung von Deutschland herauszupressen, haben unsere ehemaligen Gegner darin, daß die Handelsbilanz Deutschlands aktiv gestaltet wird, d. h. Ueberschüsse der Ausfuhr über die Einfuhr aufweist, um ein und gerade Auslandsgeschäften schadlos zu halten. Man sollte daher meinen, daß es im eigenen Interesse der Gläubiger Deutschlands läge, diese erhoffte Gestaltung so aufgeschoben wie möglich zu gestalten. Man müßte allerdings zu diesem Zweck dem durch die Verluste von den Auslandsmärkten abgeschnittenen deutschen Kaufmann die Jagdgründe wieder offnen. In dieser Erwartung sieht sich der deutsche Kaufmann aber vielfach getäuscht. Denn nun seit der Ruhrbesetzung ist der anderen ein und gerade unter Verschärfung der deutschen Vorkriegserfolge in Widerspruch mit den Absichten der Reparationspolitiker. Wir vermögen diesen Zwiespalt mit dem nachstehenden kleinen Beispiel zu belegen.

Ein deutsches Handelshaus, das seine Tätigkeit in Canton (Südchina) wieder aufgenommen hatte, möchte seinen Geschäftskreis nach der an das französische Tonking anstoßenden Provinz Hünnan ausdehnen, dessen Hauptstadt Hünnanfu mit besserer Eisenbahnverbindung aus Tonking heraus bequem in vier bis fünf Tagen von Canton zu erreichen ist. Der französische Generalgouverneur von Indochina entschied ein diesbezügliches Gesuch zweier deutscher Kaufleute in negativem Sinne. Diese erhielten vom französischen Generalkonsulat in Canton folgendes, am 14. Oktober d. J. datiertes Schreiben zugestellt.

„Durch Schreiben Nr. 161 vom vergangenen 16. August haben Sie mir das Gesuch von den Herren . . . deutscher Abkunft, Angehörige des deutschen Hauses . . . in Canton übermittelt, die darum bäten, daß Gebiet von Tonking ohne Aufenthalt zu durchreisen, um sich nach Hünnan zu begeben.

Ich habe die Ehre, Sie wissen zu lassen, daß ich, da diese Fremden mit einer chinesischen Reisekarteibuch direkt nach Hünnan reisen können, die nachgesuchte Erlaubnis verweigere."

gez. Baudoin.

Die von dem Franzosen vorgeschlagene Reise würde wenigstens drei Wochen Zeit in Anspruch nehmen, gegen, wie gesagt, vier bis sechs Tage über Tonking, vorausgesetzt, daß sie überhaupt auf chinesischem Gebiet durchgeführt werden könnte, wozu man wüßte die von Aufständen und Räuberbanden durchtobte Provinz Kwangsi durchreist werden. Der erste Teil der Reise müßte von Canton bis Wuchow mit dem Dampfer in 24 Stunden, dann in flachgehendem Motorboot in drei bis zehn Tagen bis Nanning, weiter bei günstigen Wasserstand, um bis sieben Tagen bis unweit der Grenze von Hünnan zurückgelegt werden. Nun beginnt die Ueberlandreise zu Pferde oder in der Tragsänfte, wobei hohe Gebirgspässe zu überwinden sind, um nach weiteren sechs bis siebzehn Tagen das Reisezeil Hünnanfu endlich zu erreichen. Die deutsche Firma dürfte für den geringen Entgegenkommen der französischen Kolonialverwaltung darauf verzichtet haben, ihre Vertreter auf diese beschwerliche Reise zu schicken. —f.

Deutsche Spenden für die Opfer der Erdbebenkatastrophe.

Hamburg, 9. 1. (E. T. B.) Wie den „Hamburger Nachrichten" der Deutsche Konsul in Valparaiso mitgeteilt wird, haben die deutschen Kolonien in Valparaiso 10 000 Dollar, in Santiago 19 000 Dollar und in Temuco 4000 Dollar für die Geschädigten der Erdbebenkatastrophe aufgebracht. Im übrigen scheinen die Intendent von Valparaiso darauf hingewiesen, daß er die Sammlung der deutschen Kolonie angesichts der Not Deutschlands besonders erreichen.

Dänische Studenten in Berlin.

In diesen Tagen weilte eine Gruppe dänischer Studenten anläßlich einer vom Auslandsamt der deutschen Studentenschaft veranstalteten Studienreise, durch Deutschland in Berlin. Die Dänen besuchten die Berliner Hochschulerichtungen und hebräischen die sonstigen Sehenswürdigkeiten der Stadt. Am Sonntag gab ihnen der dänische Gesandte Graf Wolffe ein Frühstück, an dem als Vertreter der deutschen Studentenschaft die Herren Zimmermann, von Bülow und Cäsar teilnahmen. Am Dienstag abend wurden die Dänen im preußischen Kultusministerium empfangen. Sie sind am Mittwoch nach München weitergereist.

Theater-Spielplan
10. Januar.

Opernhaus	(6.30½—ca.10 U. M.-E.) 7½ Cäsar und Cleopatra.	
Schauspielhaus	(10.) 7½ Der Gott.	
Deutsches Theater	7½ Die Wunderblume.	
Kammerspiele	8 Schöne Frauen.	
Gr. Schauspielhaus	7½ Orpheus u. u. Unterwelt.	
Lessing-Theater	7½ Gespräch in Gesichts.	
Deutsch. Künstler-Th.	7½ Grohmann.	
Th. d. Königgrätzerst.	8 Cavemarola.	
Komödienhaus	7½ Der geschwätzte Hahnrei.	
Berliner Theater	7½ Madame Pompadour.	
Volksbühne Theater am Bülowplatz	7½ Wein Leopold.	
Central-Theater	7½ Der Bigamist.	
Deutsches Opernhaus	7½ Die toten Augen.	
Grosse Volksoper im Theater des Westens	7 Trilian und Jfolde.	
Lustspielhaus	8 Der Wüstergatte.	
Metropol-Theater	7½ Mein Herr—Berlin.	
Neues Operettenth.	7½ Heirate deine Frau.	
Neues Theater am Zoo	7½ Torme und der Zufall.	
Schiller-Theater	8 Hypnotiseur.	
Thalia-Theater	7½ Prinz Den Juan.	
Theat. Nollendorfplatz	7½ Dein Mann.	
Th. Kommandantenst.	7½ Schlemihl.	
Wallner-Theater	8 Der fähne Schwimmer.	
Residenz-Theater	8 Es lebe das Leben.	
Trianon-Theater	8 Liffy, die Kokette.	
Kleines Theater	8 Die Unmerzlichen.	

WINTERGARTEN
7.15 Uhr
Varieté-Spielplan!
Rauchen gestattet!
Admirals-Varieté
7.30 Der neue grosse Varieté-Spielplan
REICHSHALLEN-THEATER.
Mitternacht 7½ Uhr u. Sonntag Nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Mitternacht in der Gemäldegalerie.
Nachm. dafür Perle
Dönhoff-Brettl.
Anfang 7½ Uhr.

Umzüge jeder Art Verpackung Carl Findelsen, Berlin SW 68 Charlottenstr. 94. Dönhoff 9944

Marschner
Juwelen - Grosshandlung
kauft
Brillanten
Perlen, Smaragde, Saphire, Juwelen aller Art,
auch größte Objekte und ganze Nachlässe zu heute ausnahmsweise hohen Preisen!
Nachdem Sie Ihre Juwelen haben schätzen lassen, kommen Sie unverbindlich zu uns. Sie werden staunen, dass wir 3-5 Prozent mehr zahlen, wir brauchen für den Auslandsmarkt dringend Ware, insbesond. grosse weisse Steine!
Merken Sie sich unsere Adresse!!
Viktor Marschner & Co. G. m. b. H.
Juwelen - Grosshandlung
Jägerstr. 61 a Café National.

Spaethe
Filiale Berlin O 17 a
W 9 Potsdamerstr. 136-137
Circus Busch
Letzte Woche Täglich 7½, Sonntags auch 3 Uhr
„Die Nibelungen"
Vorher: Das neue Januar-Programm.

Hüten Sie sich
Ihre Wertsachen den aus dem Osten zugewanderten aufkäufern zu Schleuderpreisen zu verkaufen, sondern wenden Sie sich bei jedem Verkauf an eines der ältesten und vertrauensvollsten Geschäfte Berlins.
A. Lönser, Juwelier und Uhrmacher
Friedrichstr. 239
(zwischen Mittel- und Dorothenstraße)

Achtung! Wir zahlen Riesenpreise! Achtung!
Gold- Bruch Ketten Münzen Barren
Silber- Sachen Bestecke Bruch Barren
Platin für Brennstifte Tiegel Bruch Barren
Platinstifte Platinrubel
Wir kaufen enorm hohen Preisen Medaillen, Orden usw.
kleine und große Objekte, für gute Ware Überbieten
wir lest jedes reell abgegebene Gebot.
Brillanten,
Herrenuhren bis 500 000 M. und mehr.
Wir zahlen dringend alte Zahngebisse, auch zerbrochen, ganze Gebisse erreichen Werte bis zu 500 000 M.
Kommen Sie vertrauensvoll zu uns, der weltreste Weg lohnt sich sehr.
Herrmann & Co. G. m. b. H. Wilhelmstr. 39 Ecke Kochstrasse
Rein deutsches, christliches Unternehmen.

Juwelen · Perlen · Smaragde
Uhren · Gold · Silber · Platin
(Gegenstände, Bruch ganze Nachlässe
Sofortige Barauszahlung!
Höchste Sie unbedingt auch Angebot!
kaufe zum höchsten Tagespreis.
Mein seit 12 Jahren bestehendes Juwelenhaus bietet für reelle Bedienung.
Ludwig Jaraelski,
Friedrichstr. 175, Eingang Jägerstr. 62 a.

Achtung! Brillanten Vorsicht!
verkaufen Sie Vertrauensache. Wir schätzen Ihre Juwelen, Gold- und Silbersachen sowie Platin, Gold- und Silber Bruch kostenlos und zahlen innen den letzten hohen Wert
Gold-Hodam
Fachmäßiges reelles, christliches Unternehmen.
Linkstr. 46, Eckhaus Potsdamer Strasse am Potsdamer Platz.

Kaufe Gebisse, auch zerbrochene, zahle Tagespreise
Platin-, Gold-, Silberbruch
Militär-, Orden-, Tressen.
Litzen
Tagespreise.
Janzow, Friedrichstrasse 192—193, an der Leipziger Strasse.

Familiennachrichten.

Statt Karten!

Hans Dörpfeld, Stadtbaumeister a. Hauptm. a. D.
Josephine Dörpfeld geb. Bassemacher
Vermählte.
Weimar, Hirsch, Neujahr 1923.

Verlobungen: Frl. Margarete Meßel m. Kurt Dinse, Hauptmann i. Generalstab d. 3. Infanterie, Zeitenbruch-Münster. — Frl. Lotte Tebbler m. Oberlitnt. a. D. Hans Henkel, Berlin W. — Frl. Ruth Rabe m. Staatsanwalt Dr. Schmidt-Rarisch, Halle a. S. — Frl. Marie-Olga Freiin von Reiß m. Graf Ernst von Wartensleben, Leipzig. — Frl. Marie Louise von Holstein m. Rittmeister a. D. Daniel von Hemming, Cl'Land, Teichenig. — Frl. Thilde Lüderitz m. Gerichtsassessor Dr. Franz Reich, Breslau-Reihe.

Vermählungen: Rudolf Freeberg von Rheinsdorf m. Frl. Gisela von Carlsmann, Schloß Wiesersdorf-Rue. — Dr. med. Kurt Preiß m. Frl. Lenk, med. Radiologie Charlottenburg, Berlin.

Geburten. Ein Sohne: Wilhelm Graf von Perponcher v. Fr. Ena Maria geb. von Wilamowitz-Möllendorf, Gammertow. — Bestätigt von Rudolrauh v. Fr. Edelgard geb. von Winterfeld, Hohenwalde. — Apothekerhelfer Martin Cleßner v. Fr. Margarete geb. Posner, Berlin-Wilmersdorf. — Eine Tochter: Rudolf von Berg v. Fr. Alice geb. Freiin von Puttkamer, Cuxhaven i. Westf. — Rittmeister a. D. Elge v. Fr. Gabriele geb. Adlmann, Kiel. — Ernst Hermann von Schenning v. Fr. Ona geb. Mingr, Sucrow.

Todesfälle: Reichsarchivrat Richard Meyer, Berlin-Lichterfelde. — Professor Bernhard Wiemann, Jena.

Gediegen, schönes Damen, künstlich, mittelgroß, zu haben, hübsche, elegante Erscheinung, sucht geschätzten, verständnisvollen

Lebenskameraden,

auch Witwer, Bermögen in Sachsen vorhanden. Streng vertrauliche Zuschriften unter DAZ 97 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Der Meister des jüngsten Tages.

Roman
von
Leo Perutz.

Copyright 1923 by Albert Langen, München.

(13. Fortsetzung.)

„Meine Reise ging nicht nach Japan, sondern nach Tongking und nach Kambodscha", unterbrach ich ihn. „Ich unternahm sie im Auftrag und im Dienste seiner Majestät", setzte ich hinzu, und hinter dieser Nichtigkeiten völlig gleichgültiger Bebauptungen verlangt ich mein grenzenloses Erstaunen darüber, daß er so leicht, so gleichmütig an der Tatsache, daß seine Schreiber meine Gelichte gewesen war, vorüberging. — Welch weit er hinaus? fragte ich mich. Wenn er Genugtuung erzwingen will —, hier stehe ich, ich bin bereit — warum packt er nicht zu? Was hilft er bem mir den Schein? — Und ein leises Angstgefühl beschlich mich, die Ahnung einer kommenden und mir unbekannten Gefahr, und diese Angst ließ mich nicht mehr los.

„Nach Tongking und Kambodscha also", fuhr Pierrot und legte seine weiß bandagierte Hand vollständig eine leichte Geste der Entschuldigung. „Es tut nichts zur Sache, wohin die Reise ging. Aber als Sie, lieber Herr Jahr unglücklich, heimkamen, erwartete Sie eine Veränderung, auf die Sie nicht gefaßt waren: Sie fanden Dina als die Frau eines anderen, Sie mußten erfahren, daß Sie ihr ein Fremder geworden waren."

„Ja. So war es gewesen. Und jetzt, während er sprach, stieg der alte Schmerz voll Unglücklichkeit in mir auf, der brennende Zorn der Enttäuschung, ein mir bisher fremdes, das bes Hasses gegen diesen jungen Buben, der vor mir stand und mit seinen Händen an Dinge rührte, die ich tief in mir verborgen gehalten hatte. Wer ich denn da, um ihm Rede zu stehen? Wußte ich zusehen, daß er neugierigen Blicken fremder Menschen preisgab, was Jahre hindurch mein Geheimnis gewesen war? Genug, schrie es in mir, und ich wollte auf ihn zu, um dieser Szene ein Ende zu machen. Aber da war bis Angst, die Angst war wieder da, die Furcht vor einem Unbestimmtem, dessen drohende Nähe ich fühlte, und diese Angst lähmte mich und machte mich hilflos und lag auf mir, schwer wie ein Alb.

Dinas Bruder sprach mit völlig leidenschaftslosser Stimme weiter, und ich mußte ihn anhören.

„Daß eine Frau, die eine unausklösbar an sich gefesselt zu haben glaubten, sich von Ihnen losgemacht hatte und nun einem anderen gehören wollte — diesen Gedanken vermochten Sie, scheint es, nicht zu ertragen. Sie hatten Ihre erste Niederlage erlitten und fühlten sich herausgefordert. Dina zurückgenommen, wurde zu Ihrer Aufgabe ihres Lebens. Alles, was Sie seither unternommen haben, auch das Geringste, das scheinbar Bedeutungslose, hat ausschließlich diesem Ziel gegolten."

Er machte eine Pause, vielleicht um mir Zeit zu einer Aeußerung zu einer Entgegnung zu lassen. Aber ich sagte nichts, und so fuhr er fort.

„Ich habe Sie lange Zeit hindurch beobachtet, Jahre hindurch habe ich Ihnen zugesehen mit einer gespannten Aufmerksamkeit, was das Ganze nur sportliche Arbeit oder eine aufregende Partie auf dem Schachbrett, als ginge es um einen Menschen! Ich sah Sie als Sieger bei Dina, ich sah Sie als Sieger bei Ihrem Vater, ich sah Sie Hindernisse nehmen oder umgehen, daß Sie Kreise um dieses Haus ziehen, und Sie wurden immer enger und enger. Sie wußten es zu erzwingen, daß man Sie tief, und einen Tages waren Sie da und standen zwischen Dina und ihrem Gatten."

Jetzt mußte es kommen, der Augenblick war nahe. Ich fühlte, wie meine Hände in nervöser Erwartung zitterten, ich konnte nicht anders, so sehr drückte mich die Stille, die im Zimmer herrschte. Wie eine Erleichterung empfand ich es, als endlich Fritz von neuem zu sprechen begann:

„Heute kann ich es Ihnen zu sagen, Herr Mitschuldiger, daß mir der Ausgang dieses Kampfes niemals zweifelhaft erschienen ist. Sie waren der Stärkere, denn Sie hatten nur ein einziges Ziel im Auge und alles andere, das es in Ihrem Leben gab, verschwand neben diesem einen — das machte Sie unüberwindlich. Für mich stand es fest, daß diese Ehe in Trümmer gehen werde, weil Sie es so wollten."

Wieder machte er eine Pause, und meine Angst wuchs in's Unerträgliche. Eine halbe Minute etwa verging, mein Blick glitt zu Doktor Gerstl hinüber — er stand in einer Haltung voll nervöser Spannung an den Schreibtisch gelehnt, der Ausdruck seines Gesichtes war der einer vollkommenen Ratlosigkeit. Von ihm, das sah ich, war keine Hilfe zu erwarten. — Der Ingenieur saß in einer Wolke von Zigarettenrauch gehüllt in seinem Lehnstuhl und betrachtete gelangweilt seine Fingerspitzen, als wäre er mit seinen Gedanken bei anderen Dingen.

„Das alles ist vorüber," unterbrach jetzt Fritz das quälende Schweigen. „Sie haben Ihr Spiel verloren, Baron. Der entscheidende Fehler — verstehen Sie, wie ich das meine? Niemals wird Dina auch nur einen Augenblick lang den Mann in ihrer Nähe dulden, der den Tod ihres Gatten auf dem Gewissen hat."

— Das alles war es. Dieses Gesicht hatte die Drohung, vor der ich gezittert hatte. Und jetzt, da das Wort ausgesprochen war, erschien es mir plötzlich lächerlich und absurd. Das Gefühl der Sicherheit war wieder in mir, meine Angst war verflogen, ich stand einem Gegner gegenüber, der seinen Schutz abgelassen und gefehlt hatte. Nun kam die Reihe an mich, die zweite lag bei mir. Ich fühlte mich diesem jungen Buben, der es gewagt hatte, mit mir anzubinden, grenzenlos überlegen. Jetzt war ich der Stärkere, und ich wußte, wie ich zu handeln hatte.

Ich trat ganz nahe an ihn heran und blickte ihm ins Auge.

„Ich hoffe", sagte ich, „Sie lassen es sich nicht im Ernst einfallen, mir aber irgendwem die Schuld an diesem traurigen Ereignis beizumessen."

Diese Worte hatten die erwartete Wirkung. Er hielt meinen Blick nicht lang, geriet in Verwirrung und trat einen Schritt zurück.

„Sie sehen mich übersucht, Herr Rittmeister", sah er stotternd, „Alles andere hätte ich eher erwartet, als daß Sie versuchen würden, Ihr Vorgehen in Abrede zu stellen. Um ganz aufrichtig zu sprechen: Ich verfolge den Gedanken, Ihnen zu sagen, daß dieser Versuch falsch ausgelegt worden sonnte? Mangel an Mut habe ich bis jetzt an Ihnen niemals wahrgenommen."

Die Stimme, die neuen persönlichen Mut wollen wir bis auf weiteres unerörtert lassen", sagte ich in einem Tone, der seine Wirkung über meine fernerem Absichten ganz lassen konnte. „Haben Sie die Güte, mir zunächst mitzuteilen, welche Rolle ich Ihrer Meinung nach in dieser Angelegenheit gespielt habe."

Seine Verwirrung war eich gewesen, aber er hatte inzwischen die Fassung wieder gefunden.

„Ich hatte gehofft, daß Sie mir das erlassen würden", sagte er. „Sie bestehen darauf — nun gut. Um es kurz zu machen: Sie hatten, ich muß es zugeben, auf sicheren Wegen in Erfahrung gebracht, daß mein Schwager seine Exparnisse und auch das kleine Vermögen meiner Schwester dem Bankhaus Bergstein anvertraut hat, über dessen Zusammenbruch die Blätter heute berichtet haben. Sie wußten ferner, oder Sie ahnten es, daß Sie einschlossen waren, ihnen diese Katastrophe so lange als möglich zu verheimlichen. Die Kenntnis dieser beiden Tatsachen wurde in Ihren Händen zu einer Waffe. Im Laufe des Nachmittags haben Sie wiederholt den Versuch gemacht, die Sache in irgendeiner Form zur Sprache zu bringen. Sie setzen nachdrücklich auf Eugen an und ließen die Waffe immer wieder sinken, als Sie sich von Dina und von mir beobachtet sahen. Die Gelegenheit war für Sie nicht günstig, und Sie suchten eine bessere. — Muß ich noch weiter sprechen? Als Eugen das Zimmer verließ, folgten Sie ihm hierher. Nun waren Sie endlich allein mit ihm, und jetzt mußte er ihm zu helfen. Sie sagten ihm schmunzelnd, was wir vor ihm gehein gehalten hatten. Dann ließen Sie ihn allein, und jetzt kommen wir hierher, wo Sie es erwarteten, betten der Schuß. Sie haben leichtes Spiel gehabt, Sie wußten, daß er den Glauben an sich und an seine Zukunft Angst verloren hatte."

(Fortsetzung folgt.)

Vorgetäuschte Internationalität.

Aus Unterhaltungskreisen schreibt man uns:

Für Ostern 1923 ist von Hitzofirern der Entente-staaten der fünfte internationale Bücherkatalog zu Ostern angekündigt worden. Es ist jedoch nur Schein, wenn diese Hitzofirer-Tagung als „fünfter internationaler" bezeichnet wird. Die Hitzofirer der Staaten, gegen die die Entente ihren Krieg geführt hat, sollen nämlich ausgeschlossen sein! Natürlich fehlt den Hitzofirern der Ententestaaten die Berechtigung, ihren Teilnangel als „fünften internationalen" zu bezeichnen. Ich die vier Kongresse, die bisher stattfanden haben, hatten wirklich internationalen Charakter und empfingen gerade auch durch die Teilnahme deutscher Hitzofirer, die jetzt ausgeschlossen sein sollen, ihren hohen Stand. Diese Hitzofirer müssen den von den Ententehitzofirern beschlossenen Ausschluß der Hitzofirer des „fünften internationalen" aberkennen.

Bezeichnend ist es auch, daß eine Gruppe von französischen Hitzofirern für den Brüsseler Kongreß einen Antrag auf Schaffung einer internationalen Zeitschrift für Wirtschaftsgeschichte gestellt hat. Es gibt bekanntlich eine solche bereits seit zwei Jahrzehnten, die „Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" (Stuttgart, Verlag von Kohlhammer). Diese hat ihren internationalen Charakter unparteiisch festgehalten. Wie sie unter den Kriegen noch heute Gelehrte aus Italien, England, Rußland hat, so berücksichtigt sie die Wirtschaftsgeschichte aller Länder, nimmt Abhandlungen nicht bloß in deutscher, sondern zugleich in englischer, italienischer, französischer Sprache auf. Es besteht mithin kein Bedürfnis nach einer neuen internationalen Zeitschrift für Wirtschaftsgeschichte. Wird aber die von jenen französischen Hitzofirern geplante Zeitschrift einen solchen internationalen Charakter haben? Sie ist natürlich nur als sogenannte „internationale" Zeitschrift gedacht, welche von der Entente Gefangenen Länder ausschließt! Es ist wieder einmal eine Gründung zur Betäumung des Deutschtums weiter nichts, ein neues Beispiel der Hetzerei, die sich gegen einen Teil der Völker richtet.

Wir zweifeln jedoch nicht, daß es in den Ententeländern nicht an Hitzofirern fehlen wird, die einem solchen Verfahren ihre Sympathie verlagen, und vielleicht in den neutralen Ländern dürfte sich Wider

Aus Wilsons Memoiren

Amerika und die Geheimdiplomatie.

Präsident Wilson hat seinem Freund R. Stoward Baker, Pressechef der amerikanischen Regierung auf der „Pariser Friedenskonferenz, die in mehreren Koffern und Truhen aufgespeicherten Dokumente und Protokolle der Konferenz zur Bearbeitung und Veröffentlichung übergeben. Das neue Memoirenwerk erscheint demnächst unter dem Titel Woodrow Wilson „Memoiren und Dokumente" in einer deutschen, von Dr. Curt Thesing besorgten Ausgabe im Verlage von Paul List in Leipzig, gleichzeitig mit der amerikanischen Ausgabe. Wir sind heute schon in der Lage, aus dem Werk einen wichtigen Abschnitt zu veröffentlichen, der Amerikas Stellungnahme zur europäischen Geheimdiplomatie behandelt. Diese Veröffentlichung bedeutet natürlich dementsprechend wie der Abdruck der Kritik von Lloyd George etwa eine Stellungnahme unsererseits. Die Memoiren berichten wie folgt:

Nach dem deutschen Friedensangebot vom Dezember 1916 forderte Präsident Wilson — vom Wunsche beseelt, einen klaren Ueberblick über die wahren Kriegsziele zu erhalten und beunruhigt durch Gerüchte von geheimen Abmachungen — der Kriegführenden: auf, ihre Friedensbedingungen in allen Einzelheiten bekanntzugeben. Am 10. Januar 1917 (drei Monate vor Amerikas Kriegserklärung) lief die erste umfassende Note der Alliierten ein. Wenn man diese Erklärung mit unseren heutigen Kenntnissen betrachtet, erkennt man über ihre völlige Verschwommenheit. Gewisse werden die eigentlichen, spezifischen Kriegsziele, zu denen sich die Alliierten durch Geheimverträge unterwinden zeitlich verpflichtet hatten, hinter allgemeinen Redensarten versteckt oder ganz verschwiegen. Trotzdem bedeutete diese Note einen entschiedenen Fortschritt auf dem Wege der Klärung, verglichen mit früheren Veröffentlichungen. Eindeutig machte sie sich die beiden großen allgemeinen Grundsätze, an denen Präsident Wilson hauptsächlich interessiert war, zu eigen: mit Nachdruck die Völkerbundsidee und etwas weniger bestimmt das Selbstbestimmungsrecht.

Der im Kampf erfolgte Eintritt Amerikas in den Krieg verlieh natürlich Mr. Wilsons machtvollen Bemühungen, den Kriegszielen der Alliierten neue und aufbauende Ziele zu setzen — ihnen eine hohe moralische Prägung zu geben —, erhöhte Wirksamkeit.

Doch Zweifel und Argwohn der Opposition waren nur für kurze Zeit zur Ruhe gebracht. Neues Material sickerte — oft über Feindesland — nach wie vor durch, daß ihre Regierungen nicht mit offenen Karten spielten, daß die in den Geheimverträgen getroffenen Abmachungen keineswegs mit Auffüllung der neuen Kriegszielerklärungen aufgegeben worden seien, ja daß es sogar noch andere geheime Abkommen gäbe, von denen man überhaupt in der Oeffentlichkeit keine Kenntnis hätte. So veröffentlichte z. B. die alte russische Regierung (kurz vor ihrem Sturz im März 1917) — ein letzter verzweifelter Versuch, im Volke wieder festen Fuß zu fassen, ein Versuch, der freilich gerade die entgegengesetzte Wirkung hatte — die Abmachungen, auf Grund deren die Alliierten insgeheim versprochen hatten, Rußland als Kriegsbeute Konstantinopel zu überlassen.

Es ist für einen Amerikaner nicht leicht, den bitteren Ernst zu begreifen, mit dem alle diese Dinge in Europa betrachtet wurden, wußten wir doch nur sehr wenig über diese geheimen europäischen Verträge, und noch weniger kümmerten wir uns um sie. Unsere nationalen Interessen wurden zu davon in keinem einzelnen Falle berührt. Es gab bei uns auch keine starke öffentliche liberale Meinung, wie in England, und dagegen Front zu machen. Wir wußten zwar, daß Italien ein hartnäckiges Schachern geschickt betrieben hatte, besser es an die Seite des Verbündeten trat; aber es war eben Krieg, und dieses vielleicht eine seiner Notwendigkeiten. Jedenfalls war die Bedeutung speziell dieses Geheimvertrags, des Vertrages von London, für den Friedensschluß in Amerika niemals richtig erkannt worden, nicht einmal vom Präsidenten Wilson. Selbst zur Zeit der Friedenskonferenz wußte, mit Ausnahme einer kleinen Zahl von Kennern der internationalen Politik, fast niemand etwas hierüber, und auch jenen Kenntnis war nur recht oberflächlich. Aber die memorierende Fahl anderer geheimer Verträge und Abmachungen, in die die europäischen Nationen teils gezwungen, teils aus Furcht oder Habgier sich verstrickt hatten, wußte kaum jemand einmal. Diese Gleichgültigkeit war bezeichnend für unsere nationale Isolierheit.

Selbst das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten, zu dessen besonderer Pflicht die Kenntnis ausländischer Angelegenheiten gehört, schien überhaupt kein Interesse an diesen Geheimverträgen zu nehmen und, wenn man Staatssekretär Lansing glauben darf, wenig oder gar keine Kenntnis von ihnen zu haben. Man ist sprachlos, wenn man Lansings eigene Aussage vor dem Senatsausschuß vom 6. August 1919 liest:

Senator Johnson von Kalifornien: Waren Sie über die Verträge unterrichtet, die seit Kriegsbeginn über die den verschiedenen Kriegführenden zugesandenen territorialen Zuweisungen abgeschlossen wurden?

Staatssekretär Lansing: Ich war besser mit dem Londoner Abkommen, das die italienischen Grenzregulierungen ordnete, als mit irgendwelchen anderen vertraut.

Johnson: Waren Ihnen irgendwelche anderen Abmachungen zwischen —

Lansing: Nein.

Johnson: Wußten Sie wenigstens von deren Vorhandensein?

Lansing: Nein.

Johnson: Wußten Sie überhaupt, ob während des Krieges irgendwelche Verträge abgeschlossen worden waren oder nicht?

Lansing: Nein, da ich diesen Angelegenheiten keinerlei Aufmerksamkeit zollte.

Dies Bekenntnis bezeugt nicht nur krasse Unwissenheit, sondern aus Verbrecherische grenzende Nachlässigkeit. Der Staatssekretär hätte sich leicht genug hierüber Informationen verschaffen können. Allein er selbst hierin den allgemeinen amerikanischen Standpunkt. Wir wissen, daß Lansing einmal mit den Sachverständigen des Unterrichtungsausschusses die auf Japan bezüglichen geheimen Abmachungen diskutierte. Eine von ihm auf ein Ersuchen des Obersten House erteilte Note vom 15. November 1918 beweist, daß er wenigstens von diesen Verträgen Kenntnis hatte. Das schlimmste aber ist, daß er nach Erhalt des Rabels, kompetente das französische Auswärtige Amt seine plötzliche Bereitwilligkeit aussprach, nur um Italien zu bitten, alle Geheimverträge zu kassieren, keinerlei Maßnahmen ergriff. So wurde eine wie wiederkehrende Nachgiebigkeit aus mangelndem Verständnis ihrer Bedeutung erzeugt.

Dem Präsidenten selbst fehlte jede Quelle zu wirklicher Information, freilich machte er auch keinen Versuch, sich eine zu erschließen. Von all seinen Mitarbeitern war Oberst House, der Chef des Unterrichtungsausschusses, wohl noch am besten informiert, erhielt er doch seine Nachrichten von den maßgebenden Autoritäten.

Als z. B. Mr. Balfour als britischer Kommissar im April 1917 zur Feier der amerikanischen Kriegserklärung nach Washington kam, klärte er Oberst House über verschiedene der erwähnten Verträge auf. Oberst House jedoch erwiderte, daß er kein besonderes Interesse daran nähme, da es ihm wichtiger schiene, alle Kräfte auf eine siegreiche Beendigung des Krieges zu verwenden, und er meinte zum Schluß, daß sie „das Fell verteilen, ehe noch der Bär getötet ist". Mr. Balfour machte natürlich keinen weiteren Versuch, diese Angelegenheit mit unserer Regierung zu erörtern, da Oberst House sie augenscheinlich fallengelassen hatte, ohne auch nur den Präsidenten darüber zu berichten. Die Ratgeber des Präsidenten unterschätzten eben die Bedeutung dieser ganzen Angelegenheit. Sie hielten es für Zeitverschwendung, sich hierdurch abhalten zu lassen, den Krieg selbst mit ganzer Energie zu verfolgen, was ihnen als das einzig Wichtige erschien. Wie das ganze Land vertrauten auch sie darauf, daß zum Schluß schon alles in die Reihe kommen würde, wenn wir nur erst „den Kaiser verdroschen hätten".

Auch die Berichte unserer Gesandten lassen jedes wirkliche Verständnis für die Tragweite dieser geheimen Verpflichtungen und für ihre Bedeutung bei einer späteren Friedenskonferenz völlig vermissen. Ihre gegenseitigen Hinweise auf die diplomatischen Verhandlungen der Alliierten untereinander enthalten nur überaus flüchtige, ja sogar entstellende Zusprüchen über den Stand der Angelegenheiten.

Scheinbar hat man ihnen niemals eingehende Informationen gegeben, und ihre ungeschickten Fragen hatten nur ausweichende Antworten zur Folge, bis sie ohne Kenntnis der bahnbrechenden Tatsachen auch nicht richtig zu deuten vermochten. Ihre Berichte sind daher im allgemeinen belanglos. Bezeichnend ist, daß unter den zahlreichen, sorgfältig geheiteten Papieren des Präsidenten sich kein Dokument findet, das detailliert und umfassenden Aufschluß über die Geheimverträge gibt.

Wir sehen den Präsidenten die Fragen des Friedens in der Konferenz im Weißen Hause am 19. August 1919 wie folgt beantworten:

„Senator Borah: Wann sind Ihnen die Geheimverträge zwischen Großbritannien, Frankreich und den übrigen europäischen Nationen betreffs gewisser in Europa vorzunehmender Umgruppierungen zum ersten Male zur Kenntnis gelangt? War es auch erst nach Ihrem Eintreffen in Paris?

Präsident Wilson: Ja, die ganze Folge geheimer Abmachungen wurde mir dort zum ersten Male enthüllt.

Borah: Also wußten wir, wenigstens was unsere Regierung anbelangt, nichts von diesen Geheimverträgen, ehe Sie in Paris angekommen waren?

Wilson: Es sei denn, daß das Staatsdepartement Informationen besaß, von denen mir nichts bekannt war."

Dies besagt natürlich nicht, daß der Präsident von den allgemeinen Prinzipien der alten Diplomatie, wie solche sowohl von den Alliierten wie von den deutschen Staatsmännern geübt wurden, nichts ahnte. Jedoch erst in Paris lernte er die kritische Bedeutung dieser alten Vermittlungen genügend würdigen, um sie eingehend zu untersuchen. Bis dahin hatte er nicht erkannt, wie sehr sie sich ihm bei jeder Gelegenheit hemmend in den Weg stellen würden. Ja, die Geheimprotokolle des Zaren- und Bierzarates beweisen einwandfrei, daß der Präsident von manchen Verträgen, z. B. von jenen über die Türkei, zu jener Zeit auch noch nicht eine Silbe gehört hatte.

Freilich ist es nachträglich billig genug, die Unvorsichtigkeit Amerikas und den „Mangel an Aufmerksamkeit" diesen hochbedeutsamen diplomatischen Angelegenheiten gegenüber zu brandmarken. Natürlich ist es an sich unentschuldbar, aber es gibt doch mildernde Umstände. Niemals hat Amerika ein wohl geschultes, gut begabtes, berufliches diplomatisches Korps, das sich nur entfernt denen der europäischen Nationen hätte an die Seite stellen können, besessen. Sein Staatsdepartement konnte quasi zuweilen einzelne hervorragende Staatssekretäre aufweisen, aber das Unterpersonal war fast ungeeignet und unfähig. Die großen Gesandtschaftspositionen in Europa waren während dieses gewaltigsten aller Kriege von Vertretern der großen regierenden politischen Parteien besetzt, darunter einigen vielleicht sehr tüchtigen Männern, aber alle ohne jede Schulung oder genügende Kenntnis der auswärtigen Angelegenheiten. Ebenfalls fehlte ein ausreichender Nachrichtendienst. Diese Verhältnisse waren weder spezifisch demokratisch noch spezifisch republikanisch, sondern einfach amerikanisch. Eine demokratische Regierung entsteht die republikanischen Beamten, gerade wenn sie begonnen haben, etwas Erfahrung zu sammeln, ihres Amtes und setzt Demokraten an ihre Stelle, ihr folgt eine republikanische Regierung, die das Entsprechende tut. Unser diplomatischer Dienst entbehrt daher nicht nur jeder wirklichen Schulung, sondern ihm mangelt auch jedes Verständnis seiner Aufgaben.

Der Präsident selbst war überzeugt, daß die bei Waffenstillstand tatsächlich erfolgte Annahme seines Programms seitens aller Alliierten, dessen erster Punkt sich gerade mit der Geheimdiplomatie befaßte, die freie, öffentliche Diskussion jeder einzelnen strittigen Frage für sich und unopponiert durch früher abgeschlossene geheime Verträge auf der Friedenskonferenz verbürgte. Die Nationen hatten sich hierzu verpflichtet, und wie er den versammelten Kongreß gegenüber am 11. November 1918 betonte, sei er überzeugt, daß sie sich an ihr Wort gebunden halten würden. Dieses Vertrauen mag unpraktisch gewesen sein, aber der Präsident glaubte nun einmal an ein gegebenes Versprechen, daher weigerte er sich auch während des ganzen Verlaufes der Konferenz, die Geheimverträge als Grundlage für die Entscheidung irgendeiner Frage anzuerkennen.

Bei Erörterung der Ansprüche Italiens führte er aus: „Er wüßte nicht und fühle sich auch nicht zu der Frage befugt, ob Frankreich und Großbritannien diesen Vertrag (den Geheimvertrag von London) als mit den Grundsätzen vereinbarlich erachteten, auf denen sich der Frieden aufbauen sollte. Er müsse aber betonen, daß er selbst dies nicht täte. Die Angelegenheit auf Grund des Londoner Abkommens diskutieren, hieße nichts anderes als einen Boden zum Balkis wählen. Er fühle sich der Welt gegenüber zu der Erklärung verpflichtet, daß wir eine neue Ordnung erreichen wollten, in der geheime Abmachungen keinen Platz hätten. Das Londoner Abkommen sei unvereinbar mit den allgemeinen Prinzipien der Konferenz. Er wisse freilich sehr wohl, daß der Vertrag von London unter völlig anderen Verhältnissen geschlossen sei, und er wünsche in keiner Weise das Geschehene zu kritisieren. Aber der Versuch, die Entscheidung auf Grund des Londoner Vertrages zu treffen, würde die Vereinigten Staaten vor Amerika in eine unmögliche Situation bringen." (Geheimprotokolle des Bierzarats vom April 1919.)

Nach der Kriegserklärung der Verbündeten vom Januar 1917 begann der nur notdürftigsten zum Schweigen gebrachte Argwohn der oppositionellen Parteien in den alliierten Ländern sich bald wieder zu regen, gleichzeitig schien auch das Kriegsziel der Alliierten eine zweifelhafte, wenn nicht gar bezweifelte Wendung nehmen zu wollen.

Der März dieses Jahres brachte den Zusammenbruch der alten russischen Regierung; der Zar floh, und eine der ersten Handlungen der revolutionären Regierung (nicht der Bolschewisten) war die Veröffentlichung eines Programms (am 10. April), das nicht nur sich in allen Punkten die gleichen Friedensforderungen wie Präsident Wilson aufstellte, sondern andeutend auch den Verzicht die Russland in den Geheimverträgen zugebilligten Konzessionen aussprach. Als dann aber (am 6. November 1917) die Bolschewisti zur Macht gelangten, wurde ein weiterer, ein für die Alliierten vernichtender Schritt getan. Die Bolschewisten gaben die geheimen Verträge der Oeffentlichkeit preis. Es gibt aber auf der Welt nichts Peinlicheres und Lächerlicheres, als ein Gemeingut gewordener Geheimvertrag.

Wenn diese Veröffentlichungen natürlich auch angegriffen und überall als „reine bolschewistische Propaganda" bezeichnet wurden, haben sie späteren Ereignisse, besonders während der Friedenskonferenz, ihre Richtigkeit vollauf bestätigt. Während der Zeit der Geheimverträge von den Bolschewisten bereits im November 1917 veröffentlicht wurde, vergingen doch mehrere Wochen, bis die ersten Nummern der „Izvestia" nach Westeuropa gelangten, obwohl engste Verbindungen über den Inhalt dieser Verträge sogleich durchsickerten und unter den oppositionellen Elementen aller verbündeten Länder große Aufsehen erregten.

Vielleicht noch wichtiger war die öffentsichtliche Erregung, die diese so völlig unerwartete Veröffentlichung ihrer geheimen Abmachungen in den Ausärtigen Aemtern von Großbritanien, Frankreich und Italien hervorrief, sowie die Wirkung der sonderbaren Forderung der Russen in Brest-Litowsk, daß die Parole „keinerlei Geheimdiplomatie" ihr Leitmotiv bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland bilden müßte.

Die führenden Staatsmänner der Entente wußten, daß die in Rußland veröffentlichten Tatsachen bald in allen Einzelheiten in ganz Europa bekannt sein würden. Sie sahen auch voraus, daß sie nicht nur auf die ohnehin sich schwer in Schach zu haltenden oppositionellen Gruppen dadurch eine schlechte Wirkung auszuüben drohten, sondern auch in Amerika Argwohn und Zweifel erwecken und in Deutschland aufs neue die Kriegslust entfachen würden. Ohne Frage war dies der Hauptgrund, warum Lloyd George unverzüglich versuchte, die Arbeiterschaft und Amerika durch Veröffentlichung einer fortschrittlicheren sozialistischeren Kriegszielerklärung zu beruhigen.

Unter den Papieren des Präsidenten findet sich das nachstehende, vielsagende Telegramm Balfours, damals britischer Außenminister, vom 5. Januar an das amerikanische Staatsdepartement zur Weiterleitung an den Präsidenten: „Folgendes als geheime und private Mitteilung an den Präsidenten:

Seit gestrigem Seit finden zwischen dem Ministerpräsidenten und den Gewerkschaften Verhandlungen statt. Der Zweck wurzelt vornehmlich in dem Wunsche der Regierung, von gewissen, den Arbeiterschaften zu Beginn des Krieges gegebenen Versprechungen entbunden zu werden. Dieser Vergicht ist vom militärischen Gesichtspunkt unumgänglich notwendig zur Erhöhung unserer Wehrmacht an der Westfront. Endlich sind die Verhandlungen bis zu einem Punkte gediehen, da ihr Erfolg von der sofortigen Veröffentlichung einer Kriegszielerklärung seitens der britischen Regierung abhängig gemacht wird. Diese Erklärung ist mittlerweile von dem Ministerrat bereits geprüft worden. Vorläufiges Ergebnis von Beratungen sowohl mit den Arbeiterführern wie mit den Führern der parlamentarischen Opposition.

Unter diesen Umständen war keine Zeit mehr vorhanden, um auch mit den Alliierten über die von dem Ministerpräsidenten mit den genannten Persönlichkeiten gepflogenen Beratungen zu beraten. Bei näherer Prüfung ergibt sich jedoch, daß sie mit den von dem Präsidenten hierüber abgegebenen Erklärungen übereinstimmen.

Sollte der Präsident auch seinerseits geneigt sein, eine Darlegung seiner Ansichten zu veröffentlichen, ein Schritt, der angesichts der Besorgnis der Bolschewisti an alle Völker nicht ohne Bedenken erscheinen ging, so vertraut der Ministerpräsident darauf, daß eine derartige Erklärung gleichfalls mit den in den früheren Reden des Präsidenten zum Ausdruck gebrachten Gesichtspunkten übereinstimmen wird, zumal des Präsidenten Grundsätze in der öffentlichen Meinung Englands wie auch der übrigen Länder so warmen Anklang gefunden haben. Eine derartige Erklärung würde natürlich heute mit der gleichen Wärme aufgenommen werden."

Am gleichen Tage, da dieses Telegramm eintraf, am 5. Januar 1918, hielt Lloyd George auf dem Londoner Gewerkschaftskongreß seine so bedeutende Rede, in der er die Grundsätze, die Präsident Wilson schon so lange vertreten hatte, gutheißenden adoptierte. Mit dem ihm eigenen politischen Weitblick machte er sich jene Gruppe von Ihnen zu eigen, die er sich zu immer gewaltigerer Wirksamkeit erheben sah. Ihm war vor allem daran gelegen, die Arbeiterschaft zufriedenzustellen und auszusöhnen. In dieser Rede verleugnet er ausdrücklich die imperialistischen Kriegsziele der Alliierten, wie sie einzelne ihrer Geheimverträge, besonders die über die Türkei, verraten. Die unterworfenen Länder der Türkei, erklärte er, hätten Anspruch auf „die Anerkennung ihrer eigenen nationalen Bedingungen". Die früheren geheimen Abmachungen sollten nicht verhindern, daß die Alliierten über ihre Zukunft in freier Aussprache beraten würden, denn der russische Zusammenbruch hätte die Verhältnisse von Grund aus geändert. Diese weltbezeichnen Worte über die Türkei hatten ein bedeutsames Ergebnis: sie brachten die Arbeiter zum Schweigen und besänftigten gleichzeitig die aufrührerischen Mohammedaner Indiens, wo die Engländer nach Kräften bemüht waren, die Mekrutierungen zu erschweren. Allein, wie wir jetzt wissen, hätete sich Lloyd George, auch die übrigen Geheimverträge, z. B. den mit Japan über Schantung und die Inseln im Stillen Ozean zu verleugnen, die dann später in Paris zu so schweren Konflikten führten.

Entwurf eines Orientfriedensvertrages.

London, 9. 1. Eine Erklärung des Reuterbureaus besagt: Auch der Abschluß Barrères nach Lausanne erinnert man, daß die Friedensverhandlungen zu Lausanne berücksichtlich beschleunigt werden. Die Solidarität der Alliierten gegenüber den Türken werde wahrscheinlich noch ausgeprochener sein als vor der Meinungsdeckendheit in der Reparationsfrage. Die Alliierten wüßten sich jetzt wahrscheinlich mit dem Entwurf eines Friedensvertrages befassen, der die äußerste Grenze bezeichne, bis zu der man den türkischen Forderungen entgegenzukommen bereit sei. Dieser Entwurf werde den Türken zur endgültigen Annahme oder Ablehnung unterbreitet werden.

Der russische Volkskommissar für den auswärtigen Handel Krassin trifft heute aus Italien kommend in Lausanne ein. Er wird sich über Berlin nach London begeben.

Mittwoch, 9. 1. Nach Konstantinopel zufolge berichten die türkischen Zeitungen, daß Mustafa Reschid Pascha mit der Aufgabe betraut worden sei, über die Waffenstillstandsbedingungen mit Bonar Law zu verhandeln.

Der neue Gaspreis.

Der neue Gaspreis von ℳ 200.— per Kubikmeter tritt von der Stundenabnahme im Januar ab, kommt also erst im Februar zur Berechnung und Einziehung.

Im Monat Januar wird der Tagesverbrauch mit ℳ 2.00— per Kubikmeter eingezogen. Die Handhabung sowie alle übrigen Gasverbraucher müssen daher beim Verbrauch gasschwemmer und sicher Brennstoffe sich folgende Kalkulation vor Augen halten:

Es stellen sich die Kosten:

um 11 Wasser zu kochen:

1. bei elektrischem Strom	auf ℳ	19.—
2. „ Spiritus	„ „	17.—
3. „ Petroleum	„ „	13.50
4. „ Braunkohlenbriketts	„ „	11.20
5. „ Gas	„ „	4.50

bei Beleuchtung

für 1 Brennstunde:

1. bei Spirituslüftlicht (60 Kerzen)	auf ℳ	36.—
2. „ Petroleum (16 Kerzen)	„ „	25.—
3. „ elektrischem Strom (50 Kerzen)	„ „	8.80
4. „ Gasglühlicht (50 Kerzen)	„ „	5.40

Daher benutze nur Gas, das außer seiner Billigkeit auch an Bequemlichkeit, Reinlichkeit und freier Verfügbarkeit den meisten anderen Brennstoffen weit überlegen ist. Zu nutzen kommt nicht nur die, sondern auch dem Aufbau deines Vaterlandes!

Hermann Hacault, Leipzig
Wintergartenstrasse 7
Tel.: 25984 :: Telegrammadr.: Holzhacault, Leipzig
Ein- und Verkauf von Hölzern aller Art.
Spezialität: Fichte- und Kiefer-Langholz.
Angebote und Anfragen erbeten.

Waldverkauf.
5 Morgen Waldgelände aus Buchen, am Werr, sofort zu verkaufen. Auskunft erteilt Justizrat O. Jacobi in Bergen auf Rügen.

Sealpelzmäntel,
Bisamjacken, Jacken aller Art, Stutzen, Wölfe, Opossum, Bisamkäte verkauft, so lange Vorrat, spottbillig
Pinkus, Pelzverleihe, Charlottenburg, Leibniz 60, Ecke Wilmersdorfer Straße 60, Gesangenschaft. :: Gegründet 1910.

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Leon Balkschansky, gegenüber d. Viktoria-Café. Zentr. 1080

Record hält Wort
und zahlt für
Brillanten
Perlen, Uhren, Gold-, Silbergegenstände
höchsten Tageskurs
Juwelen-An- und Verkauf
„Record" G.m.b.H.
II. Geschäft: Taubenstr. 48 (Laden)
Ecke Friedrichstr., neues Lager
II. Geschäft: Charlottenstr. 25, tel. pert.
Ecke Leipziger Str. Haus Arnold Müller.
Renommierteste, ungeprüfte Firma

Mein **Inventur-Verkauf** bis 24. Jan.
bietet
hervorragend billige Angebote
ohne jede Rücksicht auf den Herstellungspreis!!
Klub-Sessel, Klubgarnituren in Leder- und Stoffbezügen. Gediegene Ausführung. — Elegante Formen. — Nur erstkl. Polsterung.
Max Lange
geprüfter Innungsmeister.
1876 in Königsberg i. Pr. gegr.
Werkstätten
eleganter und vornehmer Sitzmöbel.
Kein Ladengeschäft!
Potsdamer Str. 26 b
Hof. Fabrikgebäude, I. und II. Etage, zwischen Potsdamer Brücke und Lützowstr., nächstes Kopp & Joseph
Größte Vorsicht bei Anschaffung von Klubmöbeln!

Antike Möbel
Gemälde, Gobelins, Kunstgewerbliche Gegenstände. Silber Porzellan
Ankauf — Verkauf
Martin Keller, Hofkunsthändler
Berlin, Potsdamer Str. 120 (Privatstrasse).

Bücher-Ankauf
Bestes, Klassiker und ganze Bibliotheken usw.
J. M. Spaeth, Buchhandl., Berlin, Königstr. 52

Wintersportplatz Berghotel Gabelbach,
Thüringen, Ilmenau, Tbhr., 800 m ü. d. M. Str., Modernstem Bequemlichkeit am Hause. Mäßige Preise. v. Frdl. E. Kühn.

Perserteppiche, Klaviere, Flügel,
höchste Tagespreise zahlt Perser, Bellevuestraße 9 Amt: Kurfürst 9104.

Für die Leitung einer umfangreichen, neuerbauten einzeln stehenden, in Grünau Mittelbodenkammer gelegenen
Mechanischen Werkstatt
ca. 200 Arbeiter, in der Hauptsache ich Massenfabrikation von Eisenwaren erfolgt, wird ein
möglichst akademisch gebild. Ingenieur gesucht.
Voraussetzung ist: Gründliche Erfahrung in den modernen Methoden der Eisen- und Stahlbearbeitung und Massenfabrikation von Eisenwaren.
Gehalt wird: Eine ausskömmliche, entwicklungsfähige Dauerstellung. — Ausführl. Angebote m. lückenl. Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsanspr. erbeten unter D.A.Z. 90 23 an d. Exp. d. Ztg.

Perfekte Stenotypistin
für deutsch und englisch per sofort gesucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschr. an
R. Landré
Kommanditgesellschaft a. Aktien, Bankgeschäft, Berlin W 8. Pariser Platz 2.

Perfekter Buchhalter
mit guten Kenntnissen im Englischen möglichst auch im Russischen per sofort gesucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschr. an
R. Landré
Kommanditgesellschaft a. Aktien, Bankgeschäft, Berlin W 8. Pariser Platz 2.

Suche für meine Handbank Stellung zur Wirtschaftführung, möglichst in kinderlosem Haushalt, aber als
Gesellschafterin.
Tüchtige in empfehlen. Genest, Magdeb. a. D., Berlin-Charlottenb. Fernspr.: Steinplatz 1284.

Villa
4—6 Zimmer, bald beziehbar, evtl. teilweise, Gebert O. ab W., kaufe, wenn preiswert. Genaue Angaben erb. Cent. Schriftl. Wohnhaus, wenn beziehbar. Offerten an B. Schramm, Berlin NW., Wilhelmshavener Straße 8 I.

wir suchen
zum Eintritt per 1. 4. 23, evt. früher,
einen Lehrling
mit höherer Schulbildung unter günst. Bedingungen. Schriftl. Bewerbungen mit Lebenslauf an
Hispania,
deutsche Treuhand Akt.-Ges., Notendorfplatz 7.

PERKEO

REISE-SCHREIBMASCHINE

URANIA

BÜRO-SCHREIBMASCHINE

VERITAS

NÄHMASCHINE

DEUTSCHE QUALITÄTS-ERZEUGNISSE!

CLEMENS MÜLLER AKTIENGESELLSCHAFT
DRESDEN-N.

STINES EISEN

MÜLHEIM·RUHR
BERLIN W. 9
Budapester Str. 4

Münchener Brief.

Faschingsanfang. Oktoberfestsorgen. — Kunst ist Dunst. Die kostbare Butter.

München, im Januar.

Mit dem den Weihnachtsfesttreis abschließenden Dreikönigstag in München in das Zeichen des Faschings eingetreten. Es ist aber nichts Tag. Es ist nichts und es wird nichts sein, denn es ist immer nur gewesen. Eröffnet wurden die Karnevalsfesteln durch einen kraftunriesischen Dunstbruder, der im Treppenhaus des Deutschen (Bariets-) Theaters eine vier Zentner schwere, kostbare Marmorfigur hupfen wollte und sie fallen und zerschellen ließ.

So etwas ist in München noch nicht dagewesen. Das überrascht selbst das Verbot des Oktoberfestes, wie es in diesem Winter unseres Mäzenatengroßen von einem hohen Ministerio schon in Vorbildung gebracht wurde, im ersten Ministerrat nach Neujahr und das vorsichtsweise, denn das Oktoberfest kann man nicht früh genug verbieten, weil man alles, was drum und dran hängt, das heißt verdienen will, ein Riesenschadenfest erzielt über die Kapitalien, die in der Oktoberfestspekulation bereits inveftiert seien. Und doch hat einer auf dem letzten Oktoberfest das beste Geschäft dadurch gemacht, daß er nichts verkaufte, keinen Wein, der damals — wie weit, wie weit, liegen sie heute schon zurück, diese drei Monate — weil den Leuten sechzig Mark für den Schoppen, obleich ein Viertel Liter, zu viel war. Heute kostet er das Drei- und Vierfache.

Auch wer in der Zwischenzeit nichts verkaufte, hat elend profitiert und dazu gehören die Kunsthandlungen, die jetzt wie Pilze emporschießen. Früher gehörte es zu den Vornehmheiten der Mäzenaten, gleichzeitig die Produkte des Geistes und der Kuh zu verkaufen. Es war eine Zeit, wo der „Simplicissimus" noch ein Zehnerl kostete und die „Jugend", glaube ich, auch nicht viel mehr und tatsächlich und herkömmlich in Mitschlaken fest gehalten wurden. Die Sache ist sogar geschichtlich einer Interpellation im Landtag zur Sprache gekommen und das sind jetzt fast genau zehn Jahre her. Mich kennt man heute nur noch beim Hörensagen, wie diese Reminiszenz, und auf noch höheren Massen sitzen die mit den anderen Kulturgütern Handelnden, die Butter- und Käsemagnaten. Hier erkennt man auch wieder, wie sich alles verschoben hat: Butter und Käse, früher das einfachste und billigste Essen, gehören heute zu den Luxusartikeln, die sich nur Leute mit der sechsstelligen Einkommensteuerziffer leisten können und deren erste Zahl nicht mehr die Eins sein darf. Und doch braucht sich niemand etwas einzubilden: es hat keiner mehr den sechsten Teil besser, wenn er früher gebaut hat. Die Nullen verflattern, wie Rauch im Wind, auf Wassern Schaum, um keine Spur zurückzulassen.

Da ich auch der Kunststadt München schreibe, darf ich vielleicht beim Kunsthandel noch einen Augenblick verweilen. Es ist ja schon und es ist geradezu rührend, dieses Interesse für die Kunst. Die einfachsten Leute haben es. So lernte mich eine Kellnerin (d. i. in München eine Zahlkellnerin) solcher Genüsse, die im verflossenen Herbst und Sommer einer ausländischen Kunstsession zur verdient hatte und auch vor drei Monaten schon, ob sie ein Bild kaufen solle, um ihr Geld anzulegen. Auf Pinten pfiffe sie. Ich konnte ihr nicht abraten und wollte auch der Kunst keinen Abtrag tun, ohne indessen weiter zu wissen, um was für ein Bild es sich handelte. Später erfuhr ich's von ihr. Es war a Wasser, und an ziemlich liebenswürdiger und an ziemlich hohem a recht a schön's Bild, aber hundertfünfundsiebenzigtausend Mark waren ihr doch zu teuer. Wieso Oktober nun heute, und die bittre Lehre die Nichtermöbel des Malers, kaufst der ihr den Schmarren um diesen Preis aufhängen wollte. Kunsthändler sind jetzt auch früherer Zunftzwang, ich gebrauche absichtlich die unrichtige Pluralform, um keine Mißverständnisse zu erregen. Offiziere, Musikanten, Barbiere und andere Dekassierte, durch die Revolution und ihre heurige Sequanz, die Preisentwertung, und die Lebens Bahn Geworfene. Sie haben meistens Läden, in denen früher getrunken, gekauft, gegessen, Obst und andere Südfrüchte verkauft wurden, wobei ich bemerke, daß notleidende Gastwirte, zweifle jetzt auch Kaufmänne von Schnäpsen in Flaschen abgebracht werden, denn wer Durst hat, hat auch Lust und noch nie hat es in Deutschland so viel Kaffeetrinker, Schokolade- und Schaumgetränke gegeben, wie seit dem Krieg und noch dem Krieg und noch niemals wurden in der Eifer verwendet und aus Bayern zur Herstellung von Eierkognak nach dem heißen Norden verschoben, wie in unserer jetzigen Zeit, wo man eine Reise von Berlin nach dem Milch-, Honig- und Butterlande Bayern und nicht nur nach München, der Bier- und Kunststadt, besonders bis tief hinein in die bayerische Schweiz ins Algäu, unternimmt, machen kann, wenn man ein paar Pfund Butter in Berlin nimmmt und die in München oder auch im Algäu, dem Zentrum der bayerischschwäbischen Molkereiwirtschaft, verkauft. Die ganze Reise und noch ein paar warme Mittag- und Abendessen sind dabei herausgeschlagen, je nachdem man mehr oder weniger Butter mitnimmt von Berlin. Wenn ich bitte, von diesem Rezept für Nahrungsreise recht ausgiebigen Gebrauch zu machen, so habe ich Beobachtungen, ich möchte mir nerve auch einmal künftig Gramm Butter kaufen und rechne schon mit dem Geldbrief, den jenes zu felsenreiche Reise- und Butterunsichtigenverhalten herbeiführen soll.

Wir sind wie der Kunst, die ja auch nach Butter und Brot geht, etwas abgekommen durch diese weltmännisch-philosophische Betrachtung, ich möchte hinzufügen, wie wir uns einmal alle sind, meinem Kunstbericht aus München nicht ohne eine ebenso kleine als wahre Kunstgeschichte schließen. Am meisten freue ich mich über — verzeihen Sie das harte Wort — über eine Schwiegermutter, die mir neulich, nach dem Weihnachtsfest, ihr Fischermänner bestraft, sehr befriedigt erwiderte: „Ja haben alle Lebensmittel geschickt." Auch der einzige richtige Ausdruck und sie sind nicht einmal Samstags geschlossen.

Pu.

Der Einmannwagen.

Zahle sofort.

Wie wir am Dienstag berichteten, soll auf verschiedenen Außenlinien des Straßenbahn der Einmann-Wagen eingeführt werden, bei dem der Fahrer gleichzeitig den Schaffner vertritt, so daß ein Mann Personal gespart wird. Leider hat man viel zu lange mit dem Entschluß gezaudert und leider muß man von seiner jüngeren Ausführung besürchten, daß er nicht durchgeführt wird. Es ist sicher eine alte Unsitte, daß jede neuste Sache glaubt, derartige Neuerungen bei sich selbst probieren zu müssen, ob sie zu den „ärtlichen" Verhältnissen paßt.

Als ob die örtlichen Verhältnisse in Berlin sollten irgendwie Kulturtänze heute wesentlich von einander verschieden wären! Wir wissen, daß in Amerika der Einmann-Wagen, der dort richtig „Zahle beim Aufsteigen-Wagen" (Pay as You enter car) genannt wird, seit langer Zeit einwandfrei ist und in den letzten Jahren weit stärkere Verkehrsinanspruchnahmen vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch gerettet hat. Man ist sogar besonders Fürsorge für diesen Zweck gebaut, die sogenannten Sicherheitszungen, aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß der Einmannwagenbetrieb die Beschaffung solcher Wagen erfordert. Diese Stubenbahnen haben an ihren Wagen nur nichts weiter geändert, als daß sie die hintere Plattform so abschließen, daß sie nicht betreten werden kann, auch das Trittbrett nicht. Das war alles. Im übrigen hat man einfach den Fahrer eine Geldtasche umgehängt und dem Publikum die Pflicht auferlegt, sofort beim Aufsteigen zu zahlen. Und gar wird in Amerika nicht gewechselt, das Fahrgeld muß abgezählt überreicht werden wie bei der Eisenbahn an der Sperre die Fahrkarte. Der sein passendes Geld hat, kann nicht mitfahren. Die Schärfe, mit der das durchgeführt wurde, war die Hauptursache des Erfolges, denn wenn nur eine Ausnahme gemacht wird, beanspruchen bald alle Fahrgäste dasselbe und das ganze System bricht zusammen. Denn durch Gedrängeln entstehen viel zu große Aufenthalte. Entsprechende Hinweise sind an jeder Haltestelle deutlich angebracht. Nach einer ganz kurzen Zeit, in der es natürlich Beschwerden regnet, gewöhnt sich das Publikum daran: daß merkt es, daß es dabei nur seinem eigenen Vorteil dient. Paßendes Fahrgeld sich zu beschaffen, ist nicht schwieriger, sondern leichter als die Beschaffung einer Briefmarke, die man auch haben muß, wenn man einen Brief abschicken will.

Ohne die ausnahmslose Forderung der Zahlung beim Besteigen des Wagens in abgezählten Gelde kann der Einmannwagen der Straßenbahn nicht die durchgreifende Hilfe bringen, die er braucht. Ein paar Außenlinien damit einzurichten, das sind Tropfen auf einen heißen Stein, genau so wie die vielen einzelnen Versuche einer einzelnen Einführung von Zeitkreisen, die jeder seinen Schluß auf die Rückfälligkeit der Maßnahme zuläßt.

dn.

Ablehnung der Straßenbahntarifserhöhung.

Die städtische Verkehrsdeputation hat nach längerer Verhandlung über die Lage der städtischen Straßenbahn sowohl die von der Verwaltung beantragte Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 120 ℳ als auch die aus der Mitte der Deputation beantragte Erhöhung auf 100 ℳ abgelehnt. Für die Ablehnung wurde geltend gemacht, daß der Zweckbrieftelmehrheit. Es ist anzunehmen, daß der Magistrat bereits in seiner nächsten Sitzung Einspruch gegen diesen Beschluß erheben und eine Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung herbeiführen wird. Es bleibt vorläufig beim 70-ℳ-Tarif.

Der Lebensbedarf im Dezember.

Steigerung um 50 bis 60 Prozent.

Es gab einen Tag, wo der Dollar fiel; da hoffte man auch auf ein Sinken der Preise. Aber siehe da: der Dollar stieg wieder, und mit ihm zaten sich die Preise in der Aufwärtsbewegung zusammen. Davon kündet u. a. der soeben erschienene Monatsbericht des Statistischen Amts der Stadt Berlin (statistisch im Sinne der Einwohner!) Berlin über die Kosten des Ernährungsbedarfs im Dezember 1922.

Hierbei handelt es sich noch nicht von die bloßen Einkaufspreise der Nahrungsmittel, sondern die zum Leben des Daseins notwendigen Dinge, um ein vollständiges Bild zu erhalten. Aber bereits aus den, wenn man so sagen darf, Rohpaßten des Berliner Amtes ergibt sich eine Mehrausgabe für Nahrungsmittel im Dezember (November) zu Woche: beim einzelnen erwachsenen Manne 3380 ℳ (2177 ℳ) oder plus 55,25 %; beim kinderlosen Ehepaare 5973 ℳ (3862 ℳ) gleich plus 57,09 %; endlich beim Ehepaare mit einem Kinde im Alter von 7 bis 12 Jahren 7432 ℳ (4625 ℳ) d. i. 59,99 % mehr. Überträgt man diese Wochenmindestsätzen auf das ganze Jahr, so erhält man für den Mann allein 175 765 ℳ (November 113 216 ℳ); für das kinderlose Ehepaar 310 696 ℳ (197 728 ℳ); für das Ehepaar mit einem Kinde 386 460 ℳ (241 553 ℳ). Im einzelnen sind seitigen von November bis Dezember die Allgemeinpreise für Brot von 63 auf 151 ℳ, Kartoffeln von 620 auf 1160 ℳ, Margarine von 1600 auf 2040 ℳ, Weizenmehl von 340 auf 490 ℳ, Hafermehl von 250 auf 550 ℳ, gesalzene Heringe von 329 auf 586 ℳ, Hülsenfrüchte von 344 auf 559 ℳ, Reis von 364 auf 570 ℳ, Kaffeeersatz von 250 auf 540 ℳ; der Kartoffelpreis von 16 ℳ das Kilo hat sich nicht geändert. Da jedoch der Mensch, um zu leben, nicht nur essen, sondern auch sich kleiden, wärmen, Licht machen, wohnen usw. muß, so berücksichtigt die „Finanzpolitische Korrespondenz" auch die Mindestausgaben hierfür und gelangt für die erste Dezemberhälfte zu folgenden Berliner Mindestaufwendungen in Mark und pro Woche:

Erste Dezemberhälfte.

für	Mann allein	Ehepaar ohne Kinder	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	3 426	5 767	7 998
Wohnung	193	193	193
Heizung, Beleuchtung	1 891	1 891	1 891
Bekleidung	3 583	5 973	8 361
Sonstiges	3 000	4 568	6 032
zus. Woche	12 093	18 411	24 395
Ganzes Jahr	630 850	960 400	1 222 600

Erste November-Hälfte.

für	Mann allein	Ehepaar ohne Kinder	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	2 372	3 996	5 321
Wohnung	72	72	72
Heizung, Beleuchtung	835	835	835
Bekleidung	1 597	2 663	3 726
Sonstiges	1 608	2 196	3 384
zus. Woche	6 484	10 060	13 238
Ganzes Jahr	338 000	574 800	690 600

Also besteht man auch hier erheblichte Steigerung, immer das gesamte Jahreseinkommen eines verlorfüglichen Familie, nach den Preisen der ersten Hälfte des Dezembers erfordernisse einer vierköpfigen Familie auf 32,38 %, der der Miete auf 0,79 %.

Endlich berechnet das Statistische Reichsamt für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung einer kinderlosen, aller aus Ehepaare und drei Kindern bestehenden Familie in Berlin eine Ausgabe von 56 844 ℳ im Monat Dezember (37 042 ℳ im November). Legt man die entsprechende Zahl von 1913/14 gleich 100 zu Grunde, so ist für den Dezember gleich 35 777 (November 36 865), mit anderen Worten: die Lebenshaltungskosten haben sich gegenüber 1.: Vorkriegszeit um 64 %.

Alles in allem: es steht nicht um unser Deutschlands Lage, besonders im Hinblick auf die freiwillige Zerstörung der Nahrungsmittelbasis, die natürlich Kohlen- und sonstige Teuerung mit Sicherheit herbeiführen wird. Pointierte Vorgaben bedeutet „freiwillig konfiszierten" verwisen Wäscherei, gegen den es keine Strafgesetzbuchparagraphen zu geben scheint.

Dr. G.

Die städtische Fünfmilliardenvorlage.

Die Verhandlungen mit den privaten Werken gescheitert.

Der jüngige Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Montag mit der Fünfmilliardenvorlage des Magistrats, durch die zur Deckung der Wohnungsbauangen für die Wohlfahrts-, Jugend- und Krankenpflege auf den Verkauf aus den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken besonderen Zuschläge von 10 und 20 % gelegt werden sollen.

Oberbürgermeister Böß teilte mit, daß die mit den privatwirtschaftlichen Werken Groß Berlins eingeleiteten Verhandlungen wegen der Erhebung der besonderen Zuschläge gescheitert seien. Die Gesellschaften hätten abgelehnt, weil sie nicht einmal die notwendigen Rücklieferungen hätten machen können. Der Oberbürgermeister hat inzwischen um Aussahme der Vorlage, weil die Not bedeutend größer sei, als vielfach angenommen werde. Redner führte mit, daß bei der Bevölkerungsbewegung gewohnt hat, um keine Adresse auf Veranstaltungen des Staatsamtes feststellen. Nach Abführung Bernotats wird Kaminski nun weiter vernommen, und zwar zwar über den Einbruch bei dem deutschnationalen Kontrat Kuelsen. Kaminski erzählt eine weitschweifige Geschichte von einer Verwechslung mit einer Dichtlaus. Er ist mit Bernotat nie die Wohnungstür gegangen, sie haben geklingelt, und da habe ein Mann geöffnet, der ihnen zwei Pakete herausreichte. Bernotat will das nicht gewußt haben, daß dieser Mann ein Komplize Grobsches war. Vorsitzender: Wahrm Sie, als Sie hingingen, daß dort gestohlen werden sollte? Kaminski: Ich nehme an, daß ich es mußte. Kaminski wird nun gefragt, warum er den Namen Grobsch bisher nicht genannt habe und ob es deshalb war, weil Grobsch Material gegen ihn in der Hand hatte. Kaminski bestätigt dies mit dem Hinweis auf die jahrtausfige Tätung seines Bruders. Vorsitzender: Warum haben Sie denn immer noch der Miene von Bernotat gelangt? Kaminski sagt, er habe immer furchtbare Kopfschmerzen; wenn er aber mit Bernotat zusammen sei, dann fühle er sich froh, frei und glücklich, und wenn er ihm etwas sage, dann müsse er es eben tun. Wenn seine Mutter von ihm Geld haben wollte, habe er es ihr nicht gegeben. Wenn Bernotat Geld von ihm haben wollte, hat er es ihm nie verweigert. Auf die Frage, wieviel er Bernotat im ganzen gesteuert habe, bestreitet Kaminski die Summe auf etwa eine Million Mark. Auch im Falle Puelma ist Kaminski einige Zeit nach dem Diebstahl in die Wohnung gegangen, um sich dort wegen des Diebstahls zu entschuldigen.

Bernotat wird nun vorgeführt, erklärt aber den Diebstahl so, daß der Kontrat Puelma ihn als Inhaber eines Spielklubs angegeben habe. Da er aber als Bankhalter nicht genug verdiente, wollte er seine Einlagen durch Schwerte des Klubs sicherstellen. Diese Sachen habe Bernotat übernommen.

Ferner kommt der Diebstahl bei einem Japaner zur Sprache, bei dem photographische Apparate und ähnliche Sachen entwendet wurden. Durch Zufall hatten beide in der Pension das Zimmer dieses Japaners ermittelt. Bernotat schickte Kaminski hinauf. Dieser ging in die Wohnung und holte aus dem angeblich offenen Zimmer photographische Apparate und ähnliche Sachen ab, die sie sich teilten. Vorsitzender: Warum gingen sie denn hin, als Bernotat Sie aufforderte? Kaminski: Ich nahm an, daß ich konnte es ihm doch nicht abschlagen! Bernotat, wieder vorgeführt, will von dem Diebstahl nichts wissen. Er habe es als eine Phantasie von Kaminski. Als nun aber Kaminski entsagt wird, ob er in Gegenwart Bernotats bei seiner Aussage bleibe, erklärt er mit scheuem Blick auf Bernotat: Es ist zu lange her. Ich kann mich nicht mehr erinnern. Es waren in vielen Fällen, daß ich sie auch verwechseln kann.

Prozeß Bernotat.

Kaminskis Widerruf. — Ist Großmann mit Grobsch identisch? Er kann es ihm nicht abschlagen.

Die Angeklagten werden wieder schwer gefesselt vorgeführt. Auf Antrag des Rechtsanwalts Frey werden die Sicherheitsmaßnahmen verringert, damit die Angeklagten ungehindert mit ihren Verteidigern sprechen können. Im Zuschauerraum ist wieder Herr Frang mit Frau zu sehen.

Auf Antrag des Sachverständigen Bernotat aus dem Saal entfernt, da man annimmt, daß Kaminski dann erst die volle Wahrheit sagt. Der Zeuge Zimmermann soll befunden, daß der mysteriöse Oberleutnant Angerstein Großmann aber sagt. Er schilderte eine Szene in der Wohnung Bernotats, wo er diesen Herrn bekommen, der einen sehr unpünktlichen Eindruck auf ihn machte. Der Name Großmann ist dabei jedoch nicht genannt worden. Der Zeuge Zimmermann wird dann vorgeführt in die Session, in der Großmann zuerst gewohnt hat, um keine Adresse auf Veranstaltungen des Staatsamtes feststellen. Nach Abführung Bernotats wird Kaminski nun weiter vernommen, und zwar zwar über den Einbruch bei dem deutschnationalen Kontrat Kuelsen. Kaminski erzählt eine weitschweifige Geschichte von einer Verwechslung mit einer Dichtlaus. Er ist mit Bernotat nie die Wohnungstür gegangen, sie haben geklingelt, und da habe ein Mann geöffnet, der ihnen zwei Pakete herausreichte. Bernotat will das nicht gewußt haben, daß dieser Mann ein Komplize Grobschs war. Vorsitzender: Wahrm Sie, als Sie hingingen, daß dort gestohlen werden sollte? Kaminski: Ich nehme an, daß ich es mußte. Kaminski wird nun gefragt, warum er den Namen Grobsch bisher nicht genannt habe und ob es deshalb war, weil Grobsch Material gegen ihn in der Hand hatte. Kaminski bestätigt dies mit dem Hinweis auf die jahrtausfige Tätung seines Bruders. Vorsitzender: Warum haben Sie denn immer noch der Miene von Bernotat gelangt? Kaminski sagt, er habe immer furchtbare Kopfschmerzen; wenn er aber mit Bernotat zusammen sei, dann fühle er sich froh, frei und glücklich, und wenn er ihm etwas sage, dann müsse er es eben tun. Wenn seine Mutter von ihm Geld haben wollte, habe er es ihr nicht gegeben. Wenn Bernotat Geld von ihm haben wollte, hat er es ihm nie verweigert. Auf die Frage, wieviel er Bernotat im ganzen gesteuert habe, bestreitet Kaminski die Summe auf etwa eine Million Mark. Auch im Falle Puelma ist Kaminski einige Zeit nach dem Diebstahl in die Wohnung gegangen, um sich dort wegen des Diebstahls zu entschuldigen.

Bernotat wird nun vorgeführt, erklärt aber den Diebstahl so, daß der Kontrat Puelma ihn als Inhaber eines Spielklubs angegeben habe. Da er aber als Bankhalter nicht genug verdiente, wollte er seine Einlagen durch Sachwerte des Klubs sicherstellen. Diese Sachen habe Bernotat übernommen.

Ferner kommt der Diebstahl bei einem Japaner zur Sprache, bei dem photographische Apparate und ähnliche Sachen entwendet wurden. Durch Zufall hatten beide in der Pension das Zimmer dieses Japaners ermittelt. Bernotat schickte Kaminski hinauf. Dieser ging in die Wohnung und holte aus dem angeblich offenen Zimmer photographische Apparate und ähnliche Sachen ab, die sie sich teilten. Vorsitzender: Wahrm sagen, sie denn hin, als Bernotat Sie aufforderte? Kaminski: Ich nahm an, daß ich es mußte. Kaminski wird nun gefragt, warum er den Namen Bernotats bei seiner Aussage bisher verschwiegen habe. Kaminski: Ich habe Bernotat, der einen sehr unpünktlichen Eindruck auf mich machte. Der Name Großmann ist dabei jedoch nicht genannt worden. Der Zeuge Zimmermann wird dann vorgeführt in die Session, in der Großmann zuerst gewohnt hat, um keine Adresse auf Veranstaltungen des Staatsamtes feststellen. Nach Abführung Bernotats wird Kaminski nun weiter vernommen, und zwar zwar über den Einbruch bei dem deutschnationalen Kontrat Kuelsen. Kaminski erzählt eine weitschweifige Geschichte von einer Verwechslung mit einer Dichtlaus. Er ist mit Bernotat nie die Wohnungstür gegangen, sie haben geklingelt, und da habe ein Mann geöffnet, der ihnen zwei Pakete herausreichte. Bernotat will das nicht gewußt haben, daß dieser Mann ein Komplize Grobschs war. Vorsitzender: Wahrm Sie, als Sie hingingen, daß dort gestohlen werden sollte? Kaminski: Ich nehme an, daß ich es mußte. Kaminski wird nun gefragt, warum er den Namen Grobsch bisher nicht genannt habe und ob es deshalb war, weil Grobsch Material gegen ihn in der Hand hatte. Kaminski bestätigt dies mit dem Hinweis auf die jahrtausfige Tätung seines Bruders. Vorsitzender: Warum haben Sie denn immer noch der Miene von Bernotat gelangt? Kaminski: Ich habe immer furchtbare Kopfschmerzen; wenn er aber mit Bernotat zusammen sei, dann fühle er sich froh, frei und glücklich, und wenn er ihm etwas sage, dann müsse er es eben tun. Wenn seine Mutter von ihm Geld haben wollte, habe er es ihr nicht gegeben. Wenn Bernotat Geld von ihm haben wollte, hat er es ihm nie verweigert. Auf die Frage, wieviel er Bernotat im ganzen gesteuert habe, bestreitet Kaminski die Summe auf etwa eine Million Mark. Auch im Falle Puelma ist Kaminski einige Zeit nach dem Diebstahl in die Wohnung gegangen, um sich dort wegen des Diebstahls zu entschuldigen.

Ein Ehedrama.

Schüsse auf die Nebenbuhlerin.

Das Drama einer durch den Krieg zerstörten Ehe, entrollte sich wieder einmal vor dem Schwurgericht. Die Wegen versuchten Totschlags angeklagte Frau Helene Pb. hatte seit 1899 bis zu Kriege mit dem Börsenmakler Pb. in ungetrübter Ehe gelebt. Aus der Ehemann aus dem Kriege zurückkehrte, mußte er bald sehen, daß sein Verhältnis zwischen ihnen nicht mehr das alte war. Sie kam auch nach Berlin, wo sie mit ihrem Mann Begleitungen zu einem Fräulein B. unternimmt hatte. Infolgedessen führte man die zu Mitglieder Gattin, die sich kurzentschlossen, eine Scheidung zu willigen, vorgeschlagen. Im Kampf gegen ihre Nebenbuhlerin. Das Verhältnis zwischen den Gatten scheint sich dann wieder gehend zu bessern, und um Weihnachten 1920 unternahmen sie eine gemeinsame Reise nach Triberg im Schwarzwald. Zum Geburtstag ihres Gatten, daß ihr Mann eine Geliebte führt.

Nach der Rückkehr suchte Frau Pb. in München ihren Weberinn zu gehen, um sie zu bitten von ihrem Mann zu lassen. Während die Unterhaltung viel politische Fragen, bei Frau T. an. Das kam Gelegenheit hatte die Frau Pb. kennen, daß Fräulein B. verreisen wollte. Frau T. ging, um sich zu verlassen, was anderer aber ablehnte. Inzwischen klingelte Frau Pb. zum zweiten Male an. Darüber geriet Frau T. in große Erregung. Als sich Fräulein über das Telephon beugte, rief sie: „Kinder, und ist zu viel!" und gab zwei Schüsse ab. Fräulein B. in die Brust rechts, die sofort tödlich hatte durch das Telephon die Schüsse gehört, und sich in ein Auto und dem zugleich mit dem Frau. Zum Glück war der Schießerei keine Schwester und Fräulein B. ist jetzt wieder vollständig hergestellt. In der Verhandlung erklärte die Angeklagte, sie habe von den Vorgängen keine Erinnerung mehr.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage auf Tötungsversuch und die Angeklagte Frau wurde nur wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 4 Gefängnis verurteilt. Der Geschworene hat gehörte als erste weibliche Geschworene Platz von Stubenvaub, die Wirne des früheren Ober- und spätteren Reichspräsidenten von Schwarzrauch, an.

Der Steglitzer Raubmordversuch.

Die Aussicht auf Aufklärung.

In unerwarteter kurzer Zeit ist die Aufklärung des am der Rüstmeyer Mordes Cäcilie Puppe in der Steglitzer Straße zu Berlin Raubmordversuchs gelungen. Die Täter sind, hatte die die Tat begangen am 7. Januar Stufe eingedrungen. Bereits in der nächstfolgenden Nacht wurde Frau Puppe im Schlafe durch einen Stoß Doche betäubt, nachdem ihr ein Beutel über den Kopf gezogen worden war. Sie erlebtische Verletzungen. Ihre Tochter hatte Stiefsohn Kurt Puppe, der sich unter Sitzen lachen, Wäsche usw. getroffen. Am Montag mittag ist der Bursche plötzlich die Festnahme Täter gelungen. Die Stiefsohn, die sich unter Namen Wernerke Concert aus Görlitz verborgen hatte, ist die 38 Jahre alte Metallarbeiterin Elsa Seidel, geborene Kerkinn, aus der Berlin Straße 284 in Steglitz. Die hatte erfahren, Frau Puppe eine Diele für den Haushalt hat und sich daraufhin um Schein bei ihr vorstellt.

Ihr Mitmacher ist der 23 Jahre alte Friedrich Matzat aus der Neuenburger Straße in Berlin, der ebenfalls ermittelt und dingfest wurde. Auch er ist bereits mehrfach vorbestraft, insbesondere Anhänger der Kommunisten.

Er erklärt, daß er durch Beschäftigung mit Kommunisten, Elsa Seidel zu der Ansicht gelangt gekommen sei, es müsse den wirtschaftlichen Schwachen erlaubt sein, den wirtschaftlich Starken ihren Ueberfluß zu nehmen. Unter dem Einfluß dieser Gedanken brachte habe er mit Seidel die Tat ausgeführt. Matzat ist über Vorbereitungen der Tat mit Seidel „in Wohnungen" beteiligt gewesen. Er gehörte den Leuten, die bei den Kämpfen im Berlin Viertel Gewaltsamkeiten gegen die Polizei bildeten. Er wurde damals verhaftet und zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Während diese in Kotbus verbüßte, wurde er in einem anderen Gefangenen ins Werk gesetzt. Nach Verurteilt und erhielt deshalb weitere 1½ Jahre Gefängnis.

Frau Seidel ist eine ebenso überzeugte Kommunistin. Ihre wirtschaftliche Lage erklärt sie damit, daß sie an einen Kommunisten geraten sei. Auch ihr Mann ist wegen Teilnahme an den Straßenkämpfen Mitteldeutschland gefangen, wirtschaftlich gesichtet habe.

Der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen beträchtlichen Teil der bei Frau Puppe gestohlenen Sachen wieder herbeizuschaffen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Beteiligung des Mädchens in dieser Sache weiter, daß Frau T. unter dem Namen Martha Ebert aus Görlitz verhaftet und unter Beteiligung des Mädchens Stellungen angenommen hat, um Gelegenheit zu Diebstählen und Einbrüchen zu suchen.

Drahtseile für alle Zwecke

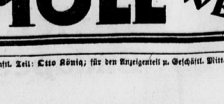
Iburger Seil-Industrie Gm. b. H.
Georgsmarienhütte, Prov. Hannover.

Für Westdeutschland: Zweigniederlassung Köln, Limburger Str. 25-27
Für Nordwestdeutschland: Mix & Genest, Werke, O. m. b. H., Hamburg, Alterwall 67-71
Für Süddeutschland: bayerische Zweigniederlassung, München, Ottostr. 2
Verlange Sie unsere Druckschrift 216.

Mercedes-Automobile-Daimler-Nutzwagen
Daimler-Motoren-Gesellschaft / Stuttgart-Untertürkheim

Einzige Verkaufsstelle für Berlin und Provinz Brandenburg:
Mercedes-Haus Unter den Linden 50-51
Lager fertiger offener u. geschlossener Wagen
zu Original-Fabrikpreisen.

Reparatur-Werkstatt
Berlin NW 87, Jagowstr. 32-34



28/95 PS. Sport-Wagen
wieder sofort lieferbar.

MACHOLL LIKÖRE WEINBRAND MÜNCHEN

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Hans Simons; für den Handelsteil: Otto König; für den Anzeigenteil u. Geschäftl. Mitt. W. Pikarski; sämtlich in Berlin. Verlag: Zeitungsverlag Schmidt-Tunnow & Co.; Druck: Neudeutsche Druckerei und Verlagsanstalt A. G., Berlin, Wilhelmstr. 30-34.

Eisenwerk Kraft, Berlin W. 9, Köthener Straße 44.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. Dezember 1922 sind an den Aufsichtsrat gewählt worden:
1. Herr Dr. Joachim von Heimburg, Kaufmann, Hamburg, 2. Herr Generaldirektor Bernhard Graun, Berlin-Grünewald.
Berlin, den 2. Januar 1923.
Eisenwerk Kraft.
Der Vorstand:
Kängeter.

Bilanz am 31. Juli 1922.

Vermögen.

	ℳ	ℳ
Werkzeuge		29 698 333,35
Konkursforderungen		31 345 304,19
Kassenbestand		288 406,56
Schuldner		30 636 600,83
Beteiligungen		34 071 100,—
Forderungen für noch nicht voll eingezahlte Bergwerksaktien		92 500 000,—
		148 729 744,93

Schulden.

	ℳ	ℳ
Aktienkapital:		
Stammaktien	50 000 000,—	
Bergwerksaktien	30 000 000,—	80 000 000,—
Reservefonds		901 069,60
Rückstellung für Steuern		29 000 000,—
Pfandbriefe		14 279 068,47
Reingewinn		24 549 588,16
		148 729 744,93

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1921/22.

Soll.

	ℳ	ℳ
Handlungs-Unkosten, Provisionen usw.		16 886 107,92
Rückstellung für Steuern		29 000 000,—
Gewinn zur Verfügung der Generalversammlung		24 549 588,16
Bergwerksgewinn Beteiligung:		
Gesetzliche Zuweisung zum Reservefonds	3 677 479,15	
Sonderzuweisung zum Reservefonds	1 421 426,25	
30 % Dividende auf 50 000 000,— Stamm-Aktien	15 000 000,—	
6% Dividende 1 Jahr auf 7 500 000,— Vorzugs-Aktien	225 000,—	
Zuweisung an den Aufsichtsrat	1 307 500,—	
Rücklage für Beteiligungen	3 000 000,—	
Vortrag auf neue Rechnung	918 175,76	
	34 549 588,16	70 435 691,08

Haben.

	ℳ	ℳ
Rohgewinn		70 435 691,08
		70 435 691,08

Vorstehende Bilanz ist in der Generalversammlung vom 4. Januar 1923 genehmigt.

Die Auszahlung der Dividende in Höhe von 6% liefert sofort auf der Kassenstelle der Allgemeinen Zahlungs- durch die Deutsche Bank, Berlin.

Nach Ablauf der Amtsdauer des ersten Aufsichtsrats wurde der gesamte Aufsichtsrat neu gewählt und zwar aus den Herren: Dr. Hans Kraft, Cottbus, Vorsitzender; Dr. Schultz, Walter, Juristrat, Mannheim; Kaufmann; Dr. Bischer, Emil, Wirtschaftsrat, Berlin; Dr. Hoff, Guido, Hofkammerpräsident, Tetzau; Kaufmann, Fritz, Regierungsbaumeister a. D., Bonn; Kaufmann, Paul, Treffer der Deutschen Bank, Berlin; Dr. Georg, Staatsbeobachter, Kanzleiat; Talbot, Georg, Kommerzienrat, Tie-Opa. c. b. Aachen.

Pessauer Werke für Zucker- und Öl- mit Industrie Aktiengesellschaft.
W. Dure. Dr. W. Cramer.

Bekanntmachung.

Die vor dem 1. Juli 1921 ausgestellten Pfandbriefe werden hiermit aufgefordert, die Pfandbriefinhaber werden aufgefordert, den einzelnen Uebertrag gegen Pfandbriefe abzubieten.

Nach dem 10. Oktober 1923 ist jeder vor dem 1. Juli 1921 ausgestellte Pfandbrief erloschen. Der Erlös wird dann einer mitten Stellung überweisen.

Stadtrat Leibnam.

Am 23. Januar 1923, vorm. 9 Uhr, werde meinem Lokal Prenzlauer Straße 50/60 in einer Gantversteigerung die folgenden 1. Julius Hebbel, Kaufmann, Potsdamer Straße 41, 2. Julius Hebbel, Kaufmann, Heinrich Stenger, Friedrichstr. 130, 4. Max Seelig, Kaufmann, 20, 5. Ludwig Cohn, Kaufmann, Kaufmann, 10. G. Cohn, Hermannstraße 6, versteigern öffentlich gegen bar: Bettgestelle, Matratzen, Kissen, Decken, Bett

Volkswirtschaftlicher Teil.

Dollar 10600 bis 9900.

Anhaltende Baisse des französischen Frankens.

Während vormittags noch ausserordentlich feste Haltung in Devisen herrschte, und zwar unter dem Eindruck der vorgestrigen politischen Meldungen, erfolgte später Abgabe der Grossbanken. Dagegen kaufte die Provinz hier Devisen, besonders Frankfurt a. M. Der Dollar erreichte die höchsten Kurse vormittags mit 10 600 bei geringen Umsätzen. Am Ende lag ging der Kurs bis 12 Uhr auf 10 000, bis 1 Uhr auf 9900 zurück. Auszahlung London wurde wahrscheinlich mit 46 000 und nach der Kursfestsetzung zum gleichen Kurse umgesetzt. Schwach lagen östliche Devisen. Auszahlung Bukarest 51, Warschau 50¼, Auszahlung Riga 38¾, Reval 29, polnische Noten 50¼. Der französische Franken schwächte sich weiter ab. London gegen Paris stieg auf 69¼, London gegen Prag 17034.

Berliner Devisen.	9. 1. Geld	9. 1. Brief	8. 1. Geld	8. 1. Brief
Amsterd. K	3980.47	3980.47	3740.62	3759.38
Buenos Aires	5690.75	5709.25	5511.30	5528.80
Brüss. Antw.	610.98	614.04	590.10	593.10
Christiania	1845.37	1854.63	1780.53	1789.47
Kopenhagen	1995.00	2005.00	1925.17	1934.83
Stockholm	2543.17	2556.03	2455.67	2468.33
Helsingfors	243.39	244.61	231.42	232.58
Italien	181.09	183.71	169.27	171.18
London	45885.00	46115.00	43600.50	43900.50
New York	9913.00	9963.00	9418.37	9474.63
Paris	661.83	669.17	643.38	646.62
Schweiz	1870.81	1879.09	1785.52	1794.48
Spanien	1841.13	1848.87	1478.75	1486.25
Japan	4927.90	4852.10	4438.87	4461.13
Rio de Janeiro	1067.25	1072.75	1037.40	1042.60
Wien (gegen	14.06	14.14	13.46	13.54
Prag	267.23	268.61	26.34	54.66
Budapest	3.59	3.61	3.56	3.58
Bulgarien	61.59	61.91	58.85	59.15
Jugoslawien	100.74	101.26	100.24	100.76

Amtliche Banknotenkurse Berlin, 9. Januar.

	9. 1. Geld	9. 1. Brief		9. 1. Geld	9. 1. Brief
Amerik.	9914.15	9964.85	Orest. 1000	13.70	13.80
kl.	9903.15	9954.75	neue 100	—	—
Belgische	603.45	606.55	Rumän.	50.85	51.15
Bulgar.	58.85	59.15			
Dänische	1990.00	2000.00	Schwed.	2541.35	2554.65
Englische	45885.00	46115.00	Schweiz.	1862.50	1871.70
kl.	45845.35	46065.65	Spanische	1538.10	1545.90
Finnische	239.46	240.99	Tschech.	265.80	267.20
Franzö.	658.35	661.65	Türkische	265.80	267.20
Holländ.	3950.20	3994.80	Ungar.	3.31	3.53
Italien.	179.80	181.20	Jugoslaw.	—	—
Norweg.	1848.35	1851.65			

Markbewegung in New York (Funkspruch).

9 Uhr 30 Min.	8. 1.	4. 1.
10 „	0.0105—0.0106	0.0119—0.0120
10 „ 30 „	0.0105—0.0106	0.0119—0.0120
2 „	0.0104—0.0109	0.0117—0.0118
Schlusskurs	0.0100	0.0119
höchster Kurs	0.0106	0.0119
niedrigster Kurs	0.0099	0.0119
Nachbörse	0.0099—0.0100	0.0116—0.0117

Danzig:

	8. 1. Geld	8. 1. Brief	9. 1. Geld	9. 1. Brief
New York. Noten	9516.12	9573.88	9955.05	9994.94
Warschau	49.12	49.38	48.61	48.89
Ausszahlung	48.91	49.25	43.95	43.95
Posen	48.91	49.25	43.95	43.95
London	43819.00	44110.00	46957.05	47292.50
Amsterdam	3840.62	3866.38	3711.62	3732.38
Paris	638.40	641.60	569.57	572.43

Wien, 8. Januar. (Unoffiziell).

	8. 1.	4. 1.		8. 1.	4. 1.
Amsterdam	27765.00	27725.00	Mark	6.65	8.45
Berlin	97.15	98.85	Prag	3462.95	3512.05
Kopenhagen	14335.00	14335.00	Jugoslaw.	708.00	716.00
London	320.00	325000	Budapest	25.00	25.00
Paris	4774.50	4794.00	Polen	355.00	355.00
Schweiz	13205.00	13295.00	Bukarest	369.00	369.00
			Sogatrieb.	2430.00	2530.00

Prag:

	8. 1.	5. 1.		8. 1.	5. 1.
Amsterdam	1.65	13.35	London	159.50	156
Berlin	0.41	0.45	New York	41.50	40.50
Zürich	8.00	8.25	Wien	0.0560	0.0510
Kopenhagen	7.00	8.25	Budapest	0.0150	0.01
Stockholm	9.00	9.00	Polenpäss	—	—
Italien	0.75	0.77	Paris	—	—

	8. 1.	4. 1.		8. 1.	4. 1.
Kopenhagen	0.0	0.0	Hamburg	—	—
Stockholm	—	—	Berlin	—	—
Christiania	—	—	Danzig	0.06	0.07

Anfangskurse.

Die Vorlagsnotierungen sind Schlusskurse.

Amsterdam, 9. Januar. (Frühkurse).

	9. 1.	8. 1.		9. 1.	8. 1.
Wechsel auf London	11,695	11,725		11,725	11,735
Berlin	0,0253	0,0245		0,0245	0,0233
Paris	16,70	16,80		16,72	16,80
Schweiz	47,65	47,75		47,65	47,85
Wien	0,0036	0,038		0,0038	0,0035
Kopenhagen	51,00	51,25		51,25	51,70
Stockholm	67,50	67,75		67,50	67,90
Christiania	47,10	47,35		47,25	47,75
New York	251	252		252	255
Brüssel	15,40	15,45		15,35	15,55
Madrid	39,30	39,50		39,17	39,50
Italien	12,30	12,37		12,30	12,50
Budapest	0,10	0,11		—	—
Finnland	6,25	6,30		—	—
Prag	6,90	6,95		—	—

Zürich, 9. Januar. (Frühkurse.)

	9. 1.	5. 1.		9. 1.	5. 1.
Berlin	0,0525	0,0605	Paris	35,25	36,75
Wien	0,0075	0,0075	Amsterdam	217,50	218,50
Prag	14,75	13,75	Brüssel	32,30	34,25
Budapest	0,0	0,0	Madrid	0,25	0,25
New York	529½	528,25	Belgrad	5,65	5,60
Mailand	24,25	24,52	Warschau	0,0295	0,03

London, 9. Januar. (Frühkurse.)

	9. 1.	8. 1.		9. 1.	8. 1.
Paris	69,85	69,90	Spanien	—	29,61
Belgien	73,95	73,95	Italien	—	93,62
Schweiz	24,58	24,58	Buenos Aires	47500	44500
Holland	—/—	11,70	Wien	—/—	322500
New York	—/—	4450	Budapest	—/—	9500

Paris, 9. Januar. (Frühkurse.)

	9. 1.	5. 1.		9. 1.	5. 1.
Deutschland	0,48	0,71	Schweiz	285,50	272,75
Amerika	15,04	14,910	Spanien	237,00	225,50
Belgien	91,50	92,00	Prag	21,00	—
England	70,00	67,07	Polen	41,00	41,40
Holland	594,50	576,50	Rumänien	5,00	5,25
Italien	73,25	72,20	Warschau	0,08	—

Bankauswels.

New Yorker Clearinghouse-Banken, 6. Jan

In 1000 Dollar	6. 1.	30. 12.
Vorschüsse und Discontos	4 960 290	4 749 029
Barvorrat d. Bundesreservebk.	58 800	65 580
Gesamtreserve	5 000 —	5 000 —
Surplusreserve	16 560	14 38
Kreditrafte Depositen	4 035 940	4 036 —
Langfrige Depositen	412 350	415 320
Regierungsgelder	162 960	216 79
Notenumlauf	0 080	31 03

Börsenruhetag.

Im Wertpapierverkehr von Bank zu Bank herrschte grosse Zurückhaltung. Feste Haltung hatten die schon gestern hervorgetretenen Besonderheiten, also Kali-, Schiffahrtsaktien und Valutapapiere.

Börsen im Reich.

Essen, 8. Januar. Eig. Drahtmeldung.

Essener aEB.	Nachfr.	Angebot		Nachfr.	Angebot
Alte Mass	700000	800000	Gelsenkirch.	1600000	1800000
Hannebahn	700000	800000	Gebrüder	1600000	1800000
Carolus	1000000	1100000	Hannover	1000000	1100000
Cons. Mannesm.	1500000	1600000	Kaiserstuhl	900000	—
Cons. Alst.	2000000	2100000	Neu-Iserlohn	—	—
Ewald	2100000	2200000	Kraftpferd	1550000	1800000
Fr. Bergwerk	1000000	—	Westfalia	2000000	2200000
Gottessegen	800000	1000000	Wilhelmshall	3200000	4000000
Graf Bismarck	2000000	2200000	Wissenbach	1000000	—
Graf Schwerin	3000000	3200000			
Hibernia	4000000	4200000	**Aktien in M**		
Gewerkschaft	—	—	Aach. Aktien	3700	3900
Alte Deutsch.	1800	1000000	Aachener Kalk	23000	—
Allg. Lokal	1000000	1100000	Alte Gewerkschaft	—	—
Aktienbrauerei	1000000	—	Alte Hibernia	—	—
Arbeiterpr.	1000000	—	Bergbau Ruhr	—	—
Brauer. Barth.	900000	900000	Essen. A. Gerber	1000	—
Dortmunder	1200000	1300000	Gas & Bergbau	1000	—
Grange	200000	—	Th. Gelsenkirch	1500	—
Alexandrab.	1900000	2200000	Ingram Essen	—	—
Steinrode	3100000	3500000	Herding Wanz.	1000	1450
Harpener	1000000	1100000	Hoesch	—	—
Carolinat	1600000	2000000	Wahlen	—	—
Deutsmann	1900000	2400000	Friedrichshütte	20000	—

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 9. Januar. Amtlich.

für 50 kg	9. 1.	8. 1.		9. 1.	8. 1.
Weizen märk.	18000	18500	Weizenmehl	9300	9800
gemm.	17800	18200	Roggenmehl	9200	9600
schles.	—	—	Kartoffelmehl	10000	11000
Roggen märk.	17000	17300	Erbsen, Viktoria	31000	33000
gemm.	17000	17200	Kl. Speise-Erbsen	26000	28000
schles.	—	—	Futterbohnen	18000	—
Gerste	16800	16900	Peluschken	27000	31000
mark.	—	—	Ackerbohnen	26000	—
Sommergerste	11400	14600	Wicken	26000	—
Wintergerste	—	—	Leinsaat, braune	17000	18000
Hafer märk.	15100	15500	gelbe	18000	19000
gemm.	14500	15000	Sonnenblumenkuchen	37000	42000
schles.	14500	15000	Rapskuchen	22000	—
Mais Berlin	19300	19900	Leinkuchen	—	—
Hamburg	18600	19200	Trockenschnitzel	6600	6700
Roh-Öl Weizen	4900	5000	Kartoffelflocken	9200	—
Rüböl	Kunstmarkt		Tortenmehl	—	—

Die politischen Gewaltmassnahmen Frankreichs haben schon den Umrechnungskurs des Dollars in der New Yorker Notiz auf 10 000 M. steigen lassen und hier ging das Vorführungs der Kurs noch auf ca 10 000 M. Die Folge war ein weiteres kräftiges Anziehen der Getreidepreise, und was des Vormittags markgemäss angeboten war, wurde gekauft. Am Mittage trat eine Abschwächung der Devisen ein, und damit wurden die Käufer vorsichtiger. Das Angebot des Inlandes ist nach wie vor mässig. Für Weizen zeigt sich Kaufneigung seitens Süddeutschland, während Roggen heut früh besonders in schwimmenden Offerten gehandelt wurde. In Gerste bleibt die Festigkeit bestehen, die zum Teil in letzter Zeit durch R.-G. Käufe behaupt. Tatsächlich gegen Roggen mit veranlasst war. Hafer hat stillen Verkehr, da Kutscher und Arbeiter der Fourgaschäfte streiken. Mais ist nur in Offerten, die unter Bezugsparität stehen, schlank zu verkaufen gewesen. Mehl höher, aber still. Ebenso die andern Marktartikel.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loco frei Wagen oder ex Waggon per 50 kg: Hafer 17 200—17 400 M., Sommergerste 17 000—17 100 M., Roggenmehl 2000—19 100 Mark, Weizenmehl 9600—9700 M.

Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Grossandelspreise per 50 kg ab Station: drahtiger Roggen- u. Weizenstroh 7100—7400 M., desgl. Haferstroh 7100 bis 7700 M., bindfadengeper Roggen- u. Weizenstroh 6000—6600 M., gebundenes Roggenstroh 6000 bis 7000 M., lose u. gebünd. Krummstroh 6100—6400 M., Heckselt 5600—5700 M., handgebindt Heu 7000—7200 Mark, gutes Heu 7200—7400 M.

Berliner Grosshandelspreise, 8. Januar.

kg. Berlin	Mark	kg. Berlin	Mark
Gerstengrütze	116,00—136,00	Saltuna, Jl.	195,00—210,00
Hafergrütze	116,00—138,00	Schmalz, Amer.	1437,00—1451,00
Haferflocken	167,00—170,00	Schweine-	1437,00—1451,00
Buchweizengr.	116,00—138,00	Kunst-	2136,00—4692,00
Hafermehl	—	Margarine	2136,00—4692,00
Kartoffelmehl	79,50—198,00	Schw. Pfeffe	1513,00—1568,00
Reismehl	—	Mittel Pfeffe	1513,00—1568,00
Mandelkerne	—	Kaffee, br.	3400,00—4400,00
Mandelgrieß	272,00—275,00	Kaffee, ungr.	3400,00—4400,00
Mandelmehl	267,00—270,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Mandelöl	338,00—340,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Mandelkuchen	140,00—142,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Schlachtfett	363,00—370,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Kokosfett	—	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Butter-Kalk	190,00—196,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Kalk-Tafelbutter	192,00—198,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
grob. Brutto	338,00—335,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Brutto	342,00—327,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Reinerzl.	325,00—317,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Rinzgl. ab.	1200,00—1500,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
ger. Agrik.	1264,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Bremen	2120,00—2375,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Pflaumen	1536,00—2206,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Pflaumen	1536,00—2206,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Kartoffelm.	1925,00—1894,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Reisstärke	1925,00—1894,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00
Reisstärke	1925,00—1894,00	Kaffeeabfall	1400,00—1500,00

Von der mitteldeutschen Häuteauktion. Die in Erfurt abgehaltene mitteldeutsche Auktion, auf der Süddeutschland und besonders Gefolle zur Versteigerung kam, tendierte fest. Grosseschäfte zeigten keine Aktion 10—15 % höher. Ochsen bis 39 Pfund 1480—1510 M., 30—50 Pfund 1926—1416 M., 50—60 Pfund 1671—1292 M., 60 bis 90 Pfund 1292—1340 M. 80 und mehr Pfund 1340 bis 1296 M., Kinder gleicher Gewichtsklassen: 1635 M., 1900—1881 M., 1297—1344 M., 1200—1251 M.

Nürnberger Hopfenmarkt, 6. 1. (Eigenbericht.). Bei verstärkter Nachfrage und Einkaufstätigkeit war die Tendenz befestigt. Wochenzufuhr 250 Ballen, Wochenumsatz 880 Ballen, zwar frank. Landhopfen zu 75—85 000 M., Gebirgshopfen zu 95—106 000 M., Hallertauer zu 90—116 000 Mark, Siegelgut zu 115—117 000 M. und Württemberger zu 95—105 000 M. pro Zentner. Schlusse ruhig, fest.

Berliner Metallbörse vom 9. Januar.

Amtl. Preise für 1 kg	9. 1.	8. 1.
Elektrolytkupfer	—	3160
Hütte, frkh. York. Pr.	1547,50	1404,50
Raff. Kupf. (99—99,3 %)	2890—2900	2700—2750
Hüttenzinkblech	1175—1225	1100—1150
Hüttenzinkblk. frei	1500—1650	1500—1550
Remelted Patentzink	1300—1350	1300—1350
Hüttenaluminium	1945	3767
Walzbarres	2400	2400
Banka-Zinn	2950—3000	2900—2950
Hüttenzinn (99 %)	3100—3150	2900—2950
Reinnickel (98—99 %)	5500—5600	5500—5600
Antimon (Regulus) 99 %	1000—1050	975—1000
Silber 900 fein	29500—29700	19000—19500

Hamburger Metallbörse, 8. Januar. (Eigenbericht).

	G	B		G	B
Silber 900 fein	19500	19500	Zink, Strafe (99)	1900	2000
Hüttenzinkblk.	1575	1525	Kupfer Raff.	2075	2025
Zink-Weißblech	1200	1125	Elektrolyt	2750	2750
Zinn, Banka	2800	2700	Wire bars	3350	3150

Londoner Metallmarkt, 8. Januar. (Schluss-Notierungen. Kupfer per Kasse (64), dp. 1 Monate (64), do. Electrolytic 74—74¼ 74, bis 74½, do. Best-Selected 70¼—70½, do. Strafe-sheets 69—69½. Zinn per Kasse 179¼ 179¼, do. 3 Monate 184 (180). Blei nahe Sichten 26¼ (26), do. entfernte Sichten 26¼ (26). Zink nahe Sichten 30¾ (30¾), entfernte Sichten 31¼ (31). Aluminium für Feinzinn 99 % 95, do. für Analysen 99 100 Antimon Regulus 34,0 (34,0). Weissblech loco 30,0 (30,0). Quecksilber 11 (11) 11—11¼. Nickel für Inland 130 (130), do. für Ausfuhr 130 (130). Wolfram erz 14,6 (14,6). Platin 500 (500), Silber 32 (, (31¾), do. auf Lieferung 31¼ (30¾). Gold 89,0 (89,0).

Reichsanleihe A.-G.

Generalversammlung und Jahresbericht. – Grosse Verkäufe der Sparkassen, Genossenschaften, Gemeinden und Girozentralen. – Geringes Kaufinteresse des Auslandes.

Laut der Generalversammlung der Gesellschaft statt, in welcher der Reichsbankpräsident Havenstein den Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. September 1921 bis 31. August 1922 erstattete. Er hob die Schwierigkeiten hervor, die sich der Gesellschaft bei ihrer Aufgabe der Stützung und Regulierung der Kurse der 5 % Reichsanleihe, sowie der 5 % und 4½ % Reichsschatzanweisungen, der Anleihe 2 % und 5 % Reichsanleihe nach dem Ausland war trotz fortgesetzter eifriger Bemühungen im Vergleich zu den starken Aufkäufen im Inland unerheblich. Die Interventionstätigkeit wurde während des ganzen Jahres, insbesondere aber in den letzten Monaten, dadurch ausserordentlich erschwert, dass die Sparkassen und Genossenschaften ihre jahrelang durchgehaltenen Bestände an Kriegsanleihe ohne Rücksicht auf die angespannte Lage und ohne Rücksicht auf die grossen Millionenbeträgen verausserten. Havenstein wies auch darauf hin, dass die bevorstehende Gesetzgebung der Sparkassen und Genossenschaften durch Festhalten an ihrem grossen Reichsanleihebesitz eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihre Gesundschaft war. Umso peinlicher musste es berühren, dass namentlich Gemeinden mit gewerbsmässigen Vermittlern solcher Umwandlungsgeschäfte zemeinsame Sache machten, und dass selbst Girozentralen, sowie eine grosse genossenschaftliche Zentrale sich an solchen Geschäften nicht nur beteiligten, sondern sogar die Führung dabei übernahmen. Im laufenden Jahre habe die Verkaufsbewegung in Sparkassenkreisen noch weiter zugenommen.

Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, dass der Umfang der Aufkäufen von der Gestaltung der ausserpolitischen Lage wesentlich beeinflusst wurde. Dazu kamen die verschiedensten Gerüchte über die angeblichen Herabsetzung des Zinssatzes und des Kurses der Spreu. Reichsanleihe. Beide Gerüchte wurden energisch dementiert und ausdrücklich betont, dass weder eine Herabsetzung der Kurse unter 77½ noch eine Herabsetzung des Zinsfusses beabsichtigt sei. Die Gesamtaufnahmen beliefen sich während der Berichtszeit auf 6989,9 (, V. 10 061,5) Mill. Mark, die Gesamtabgaben auf 4901 (3922,8) Mill. Mark, der Gesamtbestand Ende des Berichtsjahres 9777,9 (7739) Mill. Mark. Der Bestandbestand am Ende März 9868,6 Mill. Mark, während er Ende November mit 6762,7 Mill. Mark sich am niedrigsten hielt. Der Gewinn durch Verkäufe beziffert sich auf 6 285 600 Mark, dem ein bilanzmässiger Verlust von 2 441 000 Mark gegenübersteht, so dass ein Gewinn von 3 844 000 M. übrig bleibt. Der Verlust stammt zumeist aus 4½ % Reichsschatzanweisungen von 1917/18. Der Gesamtgewinn von 160 972 541 M. setzt sich zusammen aus Gewinn durch Effekten 3 845 629 Mark, Zinsen 156 916 666 M., Courtagen 68 952 M., Gebühren 143 892 M. Der hohe Zinsengewinn ist grösstenteils dadurch entstanden, dass der Reichsfinanzminister den Antrag auf Rückerstattung der von der Gesellschaft gezahlten Kapitalertragsteuer entsprechen und die Erstattung von 75,2 Mill. M. angeordnet hat. Neuerdings hat auch der Reichsfinanzminister in der Kommission entschieden, dass für die Rückerstattung an die Konsorten sofort eingeleitet werden. Den Einnahmen standen folgende Ausgaben gegenüber: Stempel 125 057 M., Porti 5951 M., Unkosten 1 000 M., Mark Vergütung an die Konsortialmitglieder 9 057 891 M., Verlust des Jahres 1920/21 28 838 220 M. Der Gewinn von 108 416 756 M. wird wie folgt verteilt: 75 Zinsen an das Reich von Jahre 1920/21 und 1921/22 je 18 Mill. Mark, an den Reservefonds 40 416 756 M., Steuerrücklage 36 Mill. Mark. Das Aktienkapital beträgt unverändert 400 Mill. Mark und der Wertpapierbestand am 31. August 7 578 229 170 M.

In der sich daran anschliessenden Aufsichtsratsausschusssitzung wurde die Bestellung des Direktors der Reichsschuldabteilung der Reichsbank, Herrn Karl Kriesel, zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Reichsanleihe A.-G. ausgesprochen.

Opposition in der Baroper Generalversammlung. In der Generalversammlung der Baroper Walzwerk A.-G., Baron W., gab Geheimrat Hirschel-Berlin und der letztjährige Opponent, Bankier Rudorff, zu dem Bericht der Vorstandes Protest zu Protokoll, weiterer, da der Bilanz nicht anerkennen könne, weil sie auf der vorjährigen beruhe, und die Aufstellung 10—15 % höher, gegenüber den Genehmigung erhoben haben, noch nicht erledigt sei. Von der Verwaltung wurde erwidert, dass der Punkt 4 der Bilanz lediglich auf den vorjährigen Ziffern beruhe. Punkt 7 (Stahl- und Walzwerkbestände) aber lasse neue Ziffern erkennen. Da die Opposition über ein Zehntel des Aktienkapitals vertrat, musste die Beschlussfassung vertagt werden. Ebenso wurde die Wahl und Festsetzung der Tantieme des Aufsichtsrates auf Antrag Rudorffs vertagt. Dagegen wurde Bankdirektor Schoenheim-Berlin (Thüringer-konto-Gesellschaft) einstimmig in den Aufsichtsrat gewählt.

Gebr. Schöndorff A.-G., Düsseldorf. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 15 % fest. – Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt: Harney-Barmen (Geschäftsinhaber der Barmer Bankvereins), Röhl (Geschäftsführer der Gesellschaft) und Bankier Dr. Heinrich Dorff-Rheinbrohl. Der vorliegende Aufsichtsrat schreibe hinreichende Beschäftigung bis Mitte dieses Jahres.

L. P. Bemberg A.-G., Barmer Rittershausen. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 25 % festgesetzt. Die Mark Stamm- und 36 Mill. Mark 6 % Vorzugsaktie beschlossen. Den Aktionären wird ein Bezugsrecht zu 200 % im Verhältnis von 1:2 angeboten. Die Kapitalerhöhung wurde begründet durch die weitere Ausdehnung der Gesellschaft und dadurch erforderlich gewordene Nosnalagen. Die Bezugsrechte steigen über 6000 M. binaus trägt die Gesellschaft. Die Verwaltung werde voraussichtlich die Verteilung einer Dividende von 30 % und einen Bonus von ebenfalls 30 % vorschlagen.

Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei A.-G. in Augsburg. Die Generalversammlung beschloss Ausgabe von 700 Stück Inhaberaktien zu je 1 Mill. M. zu 4000 M. Je eine Stammaktie berechtigt zum Bezuge von 2 Gesellschaftsaktien. Die Gesellschaft zahlte. Sind. auf die Ausgabe neuer Aktien wurde mit Rücksicht auf die Ueberfremdungsgefahr verzichtet.

Dortmunder Ritterbrauerei A.-G., Dortmund. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 8 % fest. Die neue Verwaltung wurde den Aufsichtsrat wurde auf den Vorschlagsrat von 2 bi Bier für jedes Mitglied und 4 bl für den Vorsitzenden festgesetzt. Die Aktien der Abzug von Quellenbraueri in Schiren übernommen und beantrage Erhöhung des Aktienkapitals aus diesem Anlass.

Sieco A.-G. Chemische Fabrik, Berlin. Die Generalversammlung beschloss, das Aktienkapital um höchstens 8 auf 12 Mill. Mark zu erhöhen: 4 Mill. Mark werden den Aktionären 1:1 zu 300 % angeboten. Aus dem Aufsichtsrat schieden aus Geheimrat Dr. Fritz Loebner, Bankier Georg Helf, Justizrat Leo Katz und Bankier Leo Wallach, neu gewählt wurden: Bankier Dr. Ernst von Liebermann, Prof. Dr. Ullmann und Dr. Josef Zellner.

Radebeuler Guss- und Emaillierwerke, vorm. Gebr. Gebler, Radebeul. Die Generalversammlung beschloss, 75 % Dividende zu verteilen und das Aktienkapital um 5,5 Mill. M. Vorzugs- und 11,5 Mill. Mark Stammaktien zu erhöhen, wobei den Aktionären zunächst ein Bezugsrecht im Verhältnis von 1:1 zu 100 % eingeräumt wird, 40 % Einzahlung wird sofort bei Zeichnung erfolgen. Ferner werden den Aktionären weitere 4,5 Mill. Mark zu 200 % im Verhältnis von 1:1 angeboten. Die Firma wird abgeändert in Gebler-Werke A.-G. Der Aufsichtsrat hat in den letzten Wochen etwas aufgebraucht.

Verschmelzung der Vereinigte Märkische Tuchfabriken A.-G., Berlin, mit der Sächsischen Wollspinnerei. Die ausserordentliche Generalversammlung der Ver. Märk. Tuchfabriken genehmigte die Verschmelzungsvertrag mit der Sächsischen Wollspinnerei und Weberei mit Wirkungskraft vom 1. Januar 1922 durch Uebernahme des gesamten Vermögens der Gesellschaft als Ganzes, sonach diese als Filiale der Vereinigten Märkischen Tuchfabriken weiter bestehen. Als Entschädigung erhalten die Aktionäre der Saganer Wollspinnerei auf je eine Sagan-Aktie eine neue Märkische Tuch-Aktie. Darauf wurde beschlossen, das Aktienkapital um 55 Mill. M Stammaktien und 6,5 Mill. M. 6 % Vorzugsaktien auf 100 Mill. M. zu erhöhen. Die Vorzugsaktien werden zu 100 % ausgegeben, sind gewinnberechtigt vom 1. Januar 1923 und erhalten achtfaches Stimmrecht: 2,579 Mill. M Stammaktien werden den Aktionären der Saganer Wollspinnerei im Verhältnis von 1:1 zum Tageskurs angeboten. Die restlichen 52,421 Mill. M. werden von einer Bankengruppe unter Führung der Darmstädter und Nationalbank zu 540 % mit der Verpflichtung übernommen, den Aktionären 37,579 Mill. M. im Verhältnis 1:1 zu 600 % anzubieten. Die restlichen 14,842 Mill. M. sollen im Interesse der Gesellschaft bestens verwertet werden. In dem Aufsichtsrat wurden neu gewählt: Artur Salomon, Hannover, und Rechtsanwalt Bernhard (Darmstädter und Nationalbank). Die ausserordentliche Generalversammlung der Saganer Wollspinnerei und Weberei genehmigte den Vertrag, wonach in die Gesellschaft ihr Vermögen als Ganzes ohne Liquidation an die Vereinigte Märkische Tuchfabriken A.-G., Berlin, gegen Gewährung von Aktien dieser Gesellschaft übertragen. Die Aktionäre erhalten für eine Aktie im Ausmass eine Aktie Vereinigte Märkische Tuchfabriken. Es wurde noch erwähnt, dass die Fabriken für die Produktion von sechs bis acht Wochen mit Aufträgen versehen sind. Die Verwaltung der Gesellschaft soll volle Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Paul Sander u. Co. A.-G. in Berlin. In zweitem Geschäftsjahr 1921/22 kam, wie die Gesellschaft mitteilt, der Fabrikationsweig (Bademäntelchen) voll zur Entfaltung. Die Werkstätten waren voll beschäftigt. Nach Abschreibungen von 1 272 653 (, V. 839 941) M. verbleibt ein Reingewinn von 2 269 291 (339 369) M., wovon die Vorzugsaktien 31 (18) %, die Stammaktien 27 (10) % Dividende erhalten sollen. Ueber die geplante Kapitalerhöhung wird erst in der schon. Für die nächsten Monate sei man mit neuen Aufträgen voll beschäftigt.

Neugründung im Hamburger Hafen. Unter Führung der Hamburger Schiffsarmatorenbank Wetzel u. Freytag und unter Beteiligung von Banken ist die Deutsche Schiffahrtsgesellschaft gegründet werden. Sie hat auf die gesamten Aktien und Beteiligungen einen Bestand von 3 Millionen Mark, um dort eine Abwerk- und Neubauwerft zu errichten.

Dessauer Werke für Zucker- und Chemische Industrie A.-G., Dessau. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 30 % fest und beschloss eine Erhöhung des Grundkapitals um 20 Mill. Mark auf 100 Mill. Mark. Die neuen Stammaktien werden den alten Aktionären im Verhältnis 3:1 zu 300 % angeboten.

Zuckerfabrik Frochein A.-G. in Frochein, Kreis Brieg. In Prospekt über die zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse neu zugelassenen 1 Mill. Mark Stammaktien wird von der Verwaltung u. a. folgendes mitgeteilt: Der Betrieb für das laufende Wirtschaftsjahr ist am 15. Oktober aufgenommen und bisher ununterbrochen. Die Verwaltung hofft, auch auf das erhöhte Aktienkapital eine erhöhte Dividende zur Verteilung zu bringen.

Tränkner u. Würker Nachf. A.-G. (Jutefabrik) in Leipzig. Der Abschluss für 1921/22 weist einen Reingewinn von 1 Mill. M. (827 072) M. auf, woraus, wie bereits gemeldet, 40 % (26 %) Dividende auf die Stammaktien verteilt, 119 296 M. auf Bankzins abgeschrieben, 3,5 Mill. Mark einer Versicherungsrücklage und 1 Mill. Mark einem Dispositionsfonds überwiesen werden. Die Schwesternunterschenkung wird aus Mitteln der Zelbstbeitung, Bindfadenfabrik usw.) haben zufriedenstellend geschlossen. Die Aktien sollen an Ausgewiesen: Bar und Bankguthaben mit 4 063 329 (3 130 M. Aussenstände und Devisen mit 30 787 533 (9 710 901) M., Vorräte mit 8 475 227 (1

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Der angemessene Preis.

Nunmehr liegt der amtliche Wortlaut des vielgenannten reichsgerichtlichen Urteils vom 19. Januar 1922, betr. Wiederbeschaffungspreis und Geldentwertung, vor, das auch für die bekannten amtlichen Richtlinien zur Feststellung des angemessenen Preises als Stützung gedient hat.

Wie wir schon mitteilten, handelt es sich um die Klagen zweier Gerber Kaufleute der Kontinentalbranche, die vom dortigen Landgericht wegen Preistreiberei verurteilt worden waren. Die Reichsgericht Erster Strafsenat hat auf die Revision der Anwälte Dr. Hanau in Leipzig und Böttcher in Berlin diese Urteile aufgehoben und die Sachen zur die Vorinstanz zurückgewiesen. Im prinzipiellen Teil der Entscheidung legt der Senat nochmals auf seinen bisher streng festgehaltenen Standpunkt dar, daß der Wiederbeschaffungspreis den Ausschlag bei der Preisbemessung nicht gewährt werden könne. Von diesem Standpunkt dürfe auch die Rechtsprechung nicht abgewichen werden, um den Preiswucher nicht wieder die Wege zu ebnen. Dagegen, so fährt das Urteil fort, ist bei der Bemessung des Höchstpreises eine zwischen der Anschaffung der Ware und der Berechnung des Verkaufspreises eingetretene Geldentwertung zu berücksichtigen, und zwar, entgegen der bisherigen Auffassung des Reichsgerichts, in vollem Umfange, soweit die Geldentwertung der Mark in der Vermiderung nicht ihrer ausländischen Kaufkraft besteht. Dieser Grundsatz muß insbesondere dort Anwendung finden, wo eine Veränderung des Verkehrswertes der Ware gar nicht stattgefunden hat und nur der Wertmesser für diese ein anderer geworden ist. Denn mit dem jetzen veränderten Wertmesser angegebene Einstandspreis wird in Wahrheit gar kein anderer, sondern der ursprüngliche Einstandspreis, nur in anderer Benennung, in die Kalkulation eingesetzt. Einen anderen Maßstab für die verminderte Kaufkraft des Geldes vermögen die vom Statistischen Amt des Reiches veröffentlichten Teuerungszahlen der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten (sogenannte Indexziffern) für eine gewisse Zeitspanne zu geben. Sind sie auch keine unbedingt und allein maßgebende Norm, so bieten sie doch zurzeit jedenfalls den besten Anhalt für die Bestimmung des Grades der Geldentwertung, und ihre Berücksichtigung wird daher vielfach zweckmäßig und geboten sein. Inwieweit daneben auch andere Umstände, namentlich die Entwicklung der Löhne und Gehälter der Angestellten, als Indizien für die Geldentwertung dienen können, ist eine Frage der Sachverständigenerhebung. Die auch der Berechnung des Verkaufspreises möglicherweise eintretende weitere Veränderung des Geldwertes aber kann bei der Bemessung der Höchstpreise berücksichtigt werden.

Die Berliner Handelskammer zu den neuen Grundsätzen der Wucherbekämpfung.

In der letzten Sitzung der Handelskammer zu Berlin wurde über die neueste Entscheidung des Reichsgerichts vom 19. Dezember und die Richtlinien des Reichswirtschaftsministers vom 16. Dezember berichtet. Vom Reichsgericht wird festgestellt, daß ein Preis, der sich in den Grenzen des regelrechten Marktpreises bildet, keinen übermäßigen Gewinn enthält, das allerdings bei einer Notmarktlage die Sache anders zu beurteilen sei. Eine lösse Steigerung der Gestehungskosten infolge der Geldentwertung reiche aber noch nicht aus, eine Notmarktlage als vorhanden anzunehmen. Nur wenn dadurch die Warenzufuhr aus dem Ausland verhindert sei und ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage eintrete, könne eine Notmarktlage entstehen. Der Umstand, daß einzelne Waren wegen ihres hohen Preises nur noch weniger Volksgenossen zugänglich seien, begründe keine Notmarktlage. Als regelrechte Marktpreise sollen auch den Richtlinien auch Verkaufspreise gelten, wenn sie auf den durchschnittlichen Gestehungskosten beruhen, dagegen nicht, wenn die Gestehungskosten der ungünstig arbeitenden Betriebe zugrunde gelegt werden, um sie mit durchzuschleppen.

Im übrigen können für Waren aus dem Ausland oder solche, die überwiegend aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden, sowohl nach dem reichsgerichtlichen Urteil, wie nach den Richtlinien die Verkaufspreise dem jeweils amtlich notierten Kurs des ausländischen Geldes angepaßt werden. Für die inländischen Gestehungskosten solcher Waren und für inländischen darf die Geldentwertung nicht nach dem Kurs des ausländischen Geldes, sondern nur nach der inneren Kaufkraft der Mark berücksichtigt werden, sowohl nach dem Urteil wie nach den Richtlinien soll dafür der Index der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten, der vom Statistischen Amt allmonatlich festgestellt wird, maßgebend sein. Die Änderungen des Geldwertes, die seit der letzten Veröffentlichung des Index eingetreten, darf der Kaufmann schätzen, wobei die Behörden über gewisse Preisdifferenzen, die sich dabei notwendigerweise ergeben, hinwegsehen können. Für denjenigen Teil des Aufschlags auf den Einkaufspreis, der die Vergütung für die Tätigkeit des Geschäftsinhabers enthält und für denjenigen, der seiner Gewinn zur Vermehrung des Kapitals dient, soll jedoch nicht der Index, sondern die durchschnittliche Einkommensvermehrung maßgebend sein. Den Wiederbeschaffungspreis der Bemessung des Verkaufspreises zugrunde zu legen, hat, sagt im Falle eines regelrechten Marktes, sowohl das Reichsgericht wie der Reichswirtschaftsminister abgelehnt. Obwohl die Geldentwertung jedenfalls theoretisch in der Rechtsprechung des Reichsgerichts bereits Berücksichtigung gefunden hatte, begrüßt es die Handelskammer als einen Fortschritt, daß man sich allgemein über die Schädlichkeit klar geworden ist, die eine engherzige Auslegung der Preistreiberei verordnung nicht nur der Gewerbetreibenden, sondern vor allem der Allgemeinheit stiftet. Freilich leide die Behandlung des Preistreiberei problems viel an sehr unter dem Gesichtspunkt, als ob es sich dabei nur um Interessenkonflikte zwischen Verbrauchern und Gewerbetreibenden handelte, während in Wahrheit die Interessen der gesamten deutschen Volkswirtschaft in Betracht kommen. Nach wie vor hält die Handelskammer daran fest, daß die Verurteilung des Kaufmannes wegen Preistreiberei nicht mehr wie bisher vom richterlichen Ermessen abhängen darf, sondern daß objektive Tatbestände geschaffen werden müssen. Wieder, daß auch die Preisprüfungsordnung die deutsche Volkswirtschaft nicht daran hindern darf, sich das zur Versorgung der deutschen Bevölkerung unentbehrliche Kapital zu erhalten, da sonst das Kapital der deutschen Kaufmannes zum Teil durch ausländische Kapitalien ersetzt werden muß. Auch die neuen Grundsätze nähmen darauf nicht genügend Rücksicht. Im Übrigen weist die Handelskammer darauf hin, daß die Preistreiberei verordnung nicht der Ort sein kann, wo die Kartellpolitik erledigt werden kann; vielmehr müsse diese Angelegenheit für sich behandelt werden.

Die Leipziger Handelskammer zur Preisfrage.

Bei der am 4. Januar 1922 im grossen Sitzungssaal der Handelskammer Leipzig abgehaltenen öffentlichen Gesamtsitzung erstattete der derzeitige Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Schmidt, den Bericht über das verflossene Wirtschaftsjahr 1922, aus dem wir mit Rücksicht auf die Bedeutung Leipzigs als Handels- und Messestadt nachfolgende Gesichtspunkte herausheben: Immer schwieriger musste sich auch mit dem Aufhören der Mark der Wertmesser die Preisgestaltung entwickeln. Die Rechtsprechung und auch die Regierungsstellen, insbesondere das sächsische Wirtschaftsministerium, haben in der Frage des Wiederbeschaffungspreises einen zweckmäßigeren Standpunkt einzunehmen gelernt als noch am Anfang des Jahres. Nur in einem Falle wird man der Ablehnung des Wiederbeschaffungspreises zustimmen müssen,

Regelmässige Verbindung
von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer der United States Lines

NÄCHSTE ABFAHRTEN:
President Roosevelt 17. Jan. 28. Febr.
America ..... 1. Febr. 1. April
President Harding ... 14. Febr. 11. März
George Washington 21. Febr. 28. März
Southampton u. Cherbourg 1 Tag später

Verlangen Sie Prospekte und Sonderliste Nr. 1

UNITED STATES LINES
BERLIN W 8 B. RLIN NW. 40
Unt. d. Linden 1 Invalidenstr. 98.
Generalvertretung Norddeutscher Lloyd Bremen

Vermögensteuer und Zwangsanleihe.

Die endgültigen Bewertungsrichtlinien.

Von
Steuersyndikus Dr. jur. et rer. pol. **Brönner,**
Berlin.

(1. *)

Von Bedeutung ist es, auf die Richtlinien für die Bewertung des gewerblichen Betriebsvermögens näher einzugehen: An erster Stelle stehen die Richtlinien für die Bewertung des Anlagekapitals. Als Anlagekapital im Sinne der Richtlinien gelten alle dauernd dem Betriebe gewidmeten und dem Betriebsinhaber gehörige Gegenstände, wie Gebäude, Grundstücke, Maschinen, Patente usw. Anlagekapital, das bereits im Notopferzeitpunkt vorhanden war, soll mit dem Achtfachen des Notopferwertes eingesetzt werden, wobei ein Abzug von 25 % für die seit dem Notopferstichtag eingetretene Abnutzung zu machen ist, so dass die betreffenden Gegenstände also mit dem Sechsfachen des Notopferwertes einzusetzen sind. Für Anlagekapital, welches erst nach dem 31. Dezember 1916 angeschafft oder hergestellt worden ist, tritt an Stelle des Achtfachen das Sechsfache des Notopferwertes, so dass unter Berücksichtigung des Abzuges von 25 % für Abnutzung für diese Gegenstände das Viereinhalbfache des Notopferwertes einzusetzen ist. Anlagekapital, welches nach dem 31. Dezember 1919 oder dem davon abweichenden für die Veranlagung des Notopfers angenommenen Stichtag anzeschafft oder hergestellt worden ist, ist bei Ansetzung oder Herstellung im Jahre 1920 mit dem Anschaffungs oder Herstellungspreis abzüglich 30 %, bei Anschaffung im Jahre 1921 abzüglich 45 % und bei Anschaffung im Jahre 1922 abzüglich 70 % zu grunde zu legen. Zum Anlagekapital gehören auch dauernde Beteiligungen. Eine dauernde Beteiligung liegt vor, wenn ein Unternehmen mindestens ¼ der gesamten Anteile an einer Aktiengesellschaft, Gesellschaft m. b. H., Bergwerkschaft usw. besitzt und wenn die Anteilen zu dem Zweck erworben worden sind, einen dauernden Einfluss auf das betreffende Unternehmen auszuüben. Feste Richtlinien für die Bewertung der dauernden Beteiligungen hat der Reichsfinanzminister nicht gegeben, doch bilden die Obergrenze die für Wertpapiere allgemein festgesetzten Steuerkurse.

Als Betriebskapital im Sinne der Richtlinien gelten die Betriebsmittel, die fortlaufend dem Verbrauch, dem Wechsel oder der Fortwerbelung dienen, wie Rohstoffe, Halbfabrikate, Fertigfabrikate, Waren, Guthaben, Devisen, Debitoren, Wertpapiere usw. Vorräte an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigfabrikaten sowie Warenvorräten sind mit dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis abzüglich 20 % anzusetzen. Wird jedoch auf Grund des § 14 Abs. 1 des Vermögenssteuergesetzes für die Veranlagung nicht der Vermögensstand am 31. Dezember 1922, sondern der Vermögensstand auf Grund eines Geschäftsabschlusses vom 1. April 1922 zugrunde gelegt, so ist nur ein Abschlag von 45 % zulässig, wenn ein zwischen dem 1. April und dem 30. September 1922 liegender Abschluss zugrunde gelegt wird, nur ein Abschlag von 60 % zulässig. Forderungen sind mit dem Nennwert anzusetzen, sofern nicht besondere Umstände einen höheren oder geringeren Wert rechtfertigen. Bei solchen ausländischen Zahlungsmitteln und bei Forderungen, die auf eine am Stichtag der deutschen gegenüber hochwertige Währung lauten, ist für die Umrechnung der ausländischen Währung der Durchschnittskurs maßgebend, der aus dem Durchschnitt der Kurse Ende Juni 1920, 1921 und 1922 einerseits und aus den Kursen vom 5. Oktober 1922 andererseits ermittelt wird.

Inländische und ausländische Wertpapiere, die in Deutschland einen Kurswert haben, werden mit Durchschnittskursen angesetzt, die aus den Durchschnitt der Kurse Ende Juni 1920, 1921 und 1922 einerseits und aus den Kursen am 3. Oktober 1922 andererseits ermittelt werden. Diese Durchschnittskurse werden Ende Januar 1923 in „Amtlichen Anzeiger" veröffentlicht. Für inländische Wertpapiere, die in Deutschland keinen Kurswert haben, sind die Kurse vom 31. Dezember 1922 abzüglich 40 % maßgebend. Ausländische Wertpapiere ohne inländischen Kurswert sind mit ihrem ausländischen Kurswert oder Verkaufswert am 31. Dezember 1922 anzusetzen. Hierbei ist für die Umrechnung der ausländischen Währung, sofern es sich um eine gegenüber der deutschen hochwertige Währung handelt, der Durchschnittskurs der ausländischen Währung zugrunde zu legen, der aus den Durchschnitten der Kurse Ende Juni 1920, 1921 und 1922 einerseits und aus den Kursen am 3. Oktober 1922 andererseits ermittelt wird. Diese Richtlinien gelten auch für Wertpapiere, die Bestandteile eines Betriebsvermögens sind, sondern auch für die im Privatbesitz befindlichen Wertpapiere.

Schulden, die auf den Betriebe ruhen, sind mit dem Nennwert anzusetzen, sofern nicht besondere Umstände einen höheren oder geringeren Wert begründen. Schulden, die auf ausländische Währung lauten, sind im allgemeinen mit dem Kurs der ausländischen Währung am 31. Dezember 1922 anzusetzen.

Die Summe der für das Anlagekapital und das Betriebskapital eingesetzten Werte nach Abzug der Schulden ist als Wert des Betriebsvermögens anzusetzen und im allgemeinen der Veranlagung zugrunde zu legen, wenn nicht vom Standpunkt der Bewertung des Unternehmens als wirtschaftliche Einheit eine abweichende Bewertung nach Wert oder nach unten für das Unternehmen als Ganzes geboten ist.

Aus den Richtlinien für das sonstige Vermögen ist noch hervorzuheben, dass Geschäftsanteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung mindestens mit dem Zwanzigfachen des Nennbetrages, auf den sie

Zolltarifffreiheit.

Das Versailler Diktat legte mit seinem Kleingewicht auf allen Lebensbedingungen des deutschen Volkes und estreckt sich genugsamlich auch auf das deutsche Zollsystem, weil sich Eingriffe in die Zollpolitik stets als außerordentlich wirksame Mittel zur Niederhaltung eines Staatswesens erwiesen haben. Das Versailler Diktat enthielt eine Bestimmung, daß während einer Frist von drei Jahren eine Erhöhung unserer Zollsätze für gewisse wichtige Produkte, wie z. B. Getreide, Reis, Kaffeebohnen, Tee, Kakao, Zucker, Kaffeesurrogate, Tabak, Südfrüchte und Kolonialwaren aller Art, ferner für alle Arten Wein, Pflanzenöle, Kunstseide und Wolle nicht gestattet ist. Diese Frist ist nunmehr abgelaufen. Der 10. Januar ist daher für die fernere Gestaltung unserer Zollpolitik von Wichtigkeit, als er eine Erleichterung der wirtschaftlichen Hemmungen des Friedensvertrages hinzutreten bringen, als Deutschland seine Zollfreiheit wiedergewinnt. Es steht Deutschland daher in Zukunft frei, nicht nur seine Gesbzgebung dem veränderten Stande der Gegebenheiten entsprechend zu verändern, sondern auch seine Grundsätzlichkeiten der Verhältnisse anzupassen. Gleichzeitig geht mit dem 10. Januar auch das Vorrecht der Einfuhrfreiheit zu Ende, das die politischen Ereignisse der Landwirtschaft und der Industriegenossenschaften haben, soweit sie aus Gebietsteilen stammen, die früher zu Deutschlandzählten, während die Einfuhrfreiheit für elsaßlothringische Waren bekanntlich noch zwei Jahre weiter läuft.

Die Reichsregierung hat bereits die Konsequenzen aus der neuen Lage gezogen, indem sie eine Verordnung erlassen hat, die am 10. Januar 1923 in Kraft tritt und eine Ringelbestimmungen gegenüber dem bisherigen Stand vorsieht. (Einzelheiten sind bereits im volkswirtschaftlichen Teil der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. d. M. früh mitgeteilt worden.) Wenn Deutschland nun zwar auch zum größten Teil die Freiheit, die Zolltarifsätze seinen eigenen wirtschaftlichen Bedürfnissen anzupassen, zurückerlangt hat, so ist freilich gleich wieder eine andere Bestimmung des Versailler Friedensvertrages dafür, daß wir nicht etwa über die Stränge schlagen. Gemeint ist hiermit die bedingsinsolvente Meistbegünstigungsklausel, wie sie in den Artikeln 264—267 festgelegt ist. Alle Vereinbarungen, Abkommen oder Vorzugsgerechte bezüglich der Einfuhr, der Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren, die von Deutschland irgendeinem Lande eingeräumt werden, treten gleichzeitig und bedingungslos ohne besonderen Antrag und ohne Gegenleistung für sämtliche Staaten der Diktatmächte in Kraft, mit anderen Worten, Deutschland kann keinem Lande in zollpolitischer Hinsicht entgegenkommen, ohne daß sämtliche Staaten der Entente diesen Vorteil automatisch mitgenießen. Das ist eine außerordentlich raffiniert ausgekügelte Bestimmung des Versailler Diktates, die Deutschland bei der Entwicklung seiner handelspolitischen Beziehungen im höchsten Grade hindertlich ist. Nehmen wir einmal an, es würde Spanien, mit den wir ungefähr Gleichstand in Handelsvertragsverhandlungen stehen, die hoffentlich auch bald zu einem guten Abschluß gebracht werden, eine Erleichterung hinsichtlich der Weinzölle nach Deutschland gewährt, so genießt dieser Vorzug ohne weiteres u. a. auch Frankreich mit. Oder wir möchten irgendeinem der mittelsteuropäischen oder neutralen Staaten für seine Erzeugnisse entgegenkommen, so streicht die Entente kaltschnäuzig den Vorteil mit ein.

Auf diese Weise ist es Deutschland natürlich unmöglich, eine vernünftige Handels- und Zollpolitik zu machen. Dabei ist die Aufrechterhaltung handelspolitischer Vertragszustände, wie sie in der Vorkriegszeit bestanden, eine der wichtigsten Voraussetzungen unserer wirtschaftlichen Selbstbehauptung. Vor allem bedarf Mitteleuropa, das durch die künstliche Abtrennung in staatlicher und damit zollpolitischen Kleinbetrieb zugeworfen ist, der Vertragspolitik, um seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhöhen, die durch die politische Abschnürung und Unterbindung immer mehr zurückgeht.

Ein Neuaufbau unserer Zoll- und Handelspolitik ist also trotz der erwähnten Erleichterung durch Gewährung der Tarifffreiheit noch nicht möglich, solange das himmelschreiende Unrecht der einseitigen Meistbegünstigung weiter besteht, während die Entente Freiheit genießt, von der wieder Frankreich den ausgebehntesten Gebrauch

Schiedsspruch für den Ruhrbergbau.

Voraussichtlich wieder Unterschichten.

Am Montag fanden im Reichsarbeitsministerium die angekündigten neuen Einigungsverhandlungen über die Bergarbeiterlöhne statt, da das Reichsarbeitsministerium die Fällung eines Schiedsspruchs ansicht, wie wir berichteten, zurückgestellt hatte. Weder über den Termin des Inkrafttretens neuer Löhne noch über diese selbst konnte jedoch eine Einigung erzielt werden. Das Reichsarbeitsministerium hat daher ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des baldischen Reichsministers Dr. Engler eingesetzt.

Dieses Schiedsgericht hat folgenden Schiedsspruch gefällt:

Die Löhne der Bergarbeiter des Ruhrgebiets werden wie folgt erhöht: Ab 1. Januar durchschnittlich auf 700 ℳ, ab 12. Januar durchschnittlich um weitere 1000 ℳ je Schicht. Jugendliche ist eine Erhöhung des Hauslohns- und Kinderzulagen um je 50 ℳ je Schicht. Die vorgelegene Erhöhung erscheint sich aus der Verwertung des Schichtungsausschusses, daß am 15. Januar die Ueberschichten erneut in Kraft treten werden.

Die Bewertung dieser durchschnittlichen Lohnerhöhungen auf die Klassen der Lohnzahlt im bisherigen Umfange Berichte sind der Verhandlung der Bezirksarbeitsgemeinschaft überlassen. Bei der zweiten Abschlagszahlung im Monat Januar ist Bergarbeitern, die bis aus den bis 11. Januar gewährten Zulagen erzielt, weil zur Auszahlung zu bringen. Den Parteien wird eine Frist zur Erklärung über Annahme des Schiedsspruchs bis zum 13. Januar 6 Uhr abends gesetzt.

Das Schiedsgericht empfiehlt den Parteien, die Verhandlungen über Einführung eines die Produktion fördernden Prämienverfahrens möglichst bald zum Abschluß zu bringen.

---

macht. Die Beseitigung der zollpolitischen Bestimmungen des Friedensvertrages bleibt daher eine derzeitigen Forderungen, die wir bei den Entente-Mächten in erster Linie durchzusetzen haben. Ihre Beseitigung muß daher auch in jeder Regelung enthalten sein, die eine endgültige Regelung der Reparationsfragen vorsieht. Daher verspricht der von den Engländern in Paris vorgelegte Reparationsplan, ganz abgesehen von den übrigen verhängnisvollen Bestimmungen, keine Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, weil er an dieser grundlegenden Bestimmung des Versailler Diktats stillschweigend vorübergeht.

Wir brauchen nicht nur Freiheit in der Festsetzung unserer Zollsätze, wir brauchen vor allen Dingen auch die lückenlose Kontrolle über unsere Zollgrenzen. Es kann niemals eine Beruhigung unseres Wirtschaftslebens eintreten, wenn es der Entente weiterhin unverwehrt bleibt, die deutschen Zollgrenzen nach eigenem Belieben stützen. Die Zahlungen des Jahres 1921 boten schon das traurige Beispiel der zollpolitischen Bevormundung eines Volkes. Frankreich steht jetzt im Begriff, alles bisher an Deutschland verübten Gewalttaten dieser Beziehung die Krone aufzusetzen. So wird der 10. Januar, der zollpolitisch ein Tag der Befreiung werden sollte, wahrscheinlich eine neue Periode der wirtschaftspolitischen Unterdrückung Deutschlands einleiten. —g.

Groß Hamburg oder Groß Harburg?

z. **Hamburg**, 9. 1. (Eigenbericht) Am 17. Oktober v. J. beschloß der Ausschuß für die Vereinigung der Gemeinden Wilhelmsburg mit Harburg, der aus Mitgliedern der städtischen Behörden der Stadt Harburg und des Wilhelmsburger Gemeinderates besteht, das preußische Ministerium um Mitteilung der Gründe über die Ausschließung des in Frage kommenden preußischen Gebietes an der Süderelbe und an der Seite Neuenfelde zu bitten. Nunmehr liegt der Bescheid des preußischen Ministerpräsidenten vor, in dem es heißt, daß die Staatsregierung entschlossen ist, die Ausschließung der Insel Wilhelmsburg durch Hafen- und Kanalbauten mit möglichster Beschleunigung in Angriff zu nehmen und durchzuführen. In Frage kommen insbesondere der Ausbau der Reihe und des Reiherstieges, der Bau von Kanälen im Osten von Wilhelmsburg. Die Arbeiten befinden sich jedoch noch im Stadium vorbereitender Beratungen. Jedoch schweben zurzeit neue Verhandlungen zwischen dem preußischen Staatsministerium und dem Senat der Stadt Hamburg, deren Ergebnisse für die Stellung des Staatsministeriums von erheblicher Bedeutung sein werden. Daher müsse der weitere Verlauf dieser Verhandlungen abgewartet abgewartet werden, bevor der Ausschließungspläne für Wilhelmsburg fertiggestellt werden könnten.

Die Metallarbeiterlöhne.

Die Funktionäre gegen den Schiedsspruch.

Eine Funktionärversammlung der Berliner Metallarbeiter beschäftigte sich am Montag abend mit der durch den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums geschaffenen Lage. Ueberwiegend sprachen sich die Redner gegen die Annahme des Schiedsspruchs aus. Bei der Abstimmung wurde der Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt. Nach dem Schiedsspruch ist für die Erklärung über Annahme oder Ablehnung eine Frist bis Mittwoch Mitternacht festgesetzt.

Es sindet demgemäß nunmehr Urabstimmung in den Betrieben statt. Angesichts der Haltung der Bauhandwerker und des fortgesetzten Markturms ist mit einer Zuspitzung der Lage zu rechnen.

Die Verhandlungen mit den Beamten und Staatsarbeitern.

Im Reichsfinanzministerium haben Montag die Verhandlungen über die neue Gehaltsregelung für die Staatsarbeiter begonnen. Die Besprechungen wurden in den späten Abendstunden abgebrochen und werden im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt, da eine Einigung nicht zu erzielen war. Die Differenz zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und dem Angebot der Regierung war auch am Schluß der gestrigen Verhandlungen noch so groß, daß die verbundenen Gewerkschaften den Beginn der heutigen Sitzung zusammengetreten sind, um sich auf eine gemeinsame Basis zu einigen.

Urlaubskürzung als Sparmaßregel.

Im Reichsministerium des Innern haben Besprechungen mit den Gewerkschaften über die Frage einer Urlaubsverkürzung für die Beamten stattgefunden.

Der Plan geht von den Ländern und Gemeinden aus, und der Reichsminister des Innern hatte, bevor entsprechende Beschlüsse gefroffen werden, die Beamtenorganisationen zu einer Erörterung dieser Frage einzuladen. Die Urlaubskürzung soll für die Beamten aller Dienstgrade und aller Dienstalter bereits in diesem Jahre eintreten und ohne Unterschied drei Tage des bisherigen Urlaubes umfassen. Der Minister begründet die Maßregel einmal mit einer großen finanziellen Ersparnis für das Reich, und dann mit der Tatsache, daß die Aemter, die jetzt ohne Ausnahme gegenwärtig sind, ihren Personalbestand zu verringern, eine nicht unerhebliche Arbeitserleichterung durch die beabsichtigte Kürzung erfahren würden. Der Reichsarbeitsminister hatte inländisch bereits angegeben, daß ihm Kurt durch eine entsprechende Maßregel sehr wesentliche Erleichterung erfahren würde, und der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte in der Sitzung, daß für sein Ministerium eine Urlaubsverminderung von 460 bis 480 Millionen eintreten würde.

Die Gewerkschaftsvertreter erhoben gegen die geplante Urlaubskürzung Einspruch, da die Ernährungslage sich in den letzten Monaten so verschlechtert habe, für die Beamten zur Wiederherstellung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte eher eine Urlaubsverlängerung in Frage kommen müsse. Eine Reduzierung sei in Wirklichkeit bei der Urlaubskürzung nicht zu erzielen, auf der anderen Seite aber hätten die Behörden, wenn sie keine Urlaubsausgaben, da die im Dienst verbleibenden Beamten die Arbeit der Urlauber mitübernehmen müßten.

Oldenburger Arbeitnehmerkammer.

Die oldenburgische Regierung wird in der am 16. Januar beginnenden Eröffnung des oldenburgischen Landtages einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Arbeitskammer einbringen. Diese Kammer soll analog der Handwerkskammer für alle außerhalb der Landwirtschaft beschäftigten Angestellten und Arbeiter gelten. Das Wahlrecht soll alle über 20 Jahre alten Arbeitnehmer berechtigt Gleichheit haben. — Bei Besprechung des preußischen sächsischen Entwurfs haben wir bereits ausgeführt, daß die landesgesetzliche Einführung der verfassungsmäßige reichsgesetzliche Regelung überflüssig und bedenklich erscheinen der Arbeitsgemeinschaft nur abträglich ist.

Roter Lebenslauf.

f. **Halle**, 9. 1. (Eigenbericht). Nach dem Vorsitzenden der Stadt Halle ist der politische Sekretär der Bezirksleitung der Kpd. Werner erst 20 Jahre alt. Er ist 1921 bei der Roten Armee in Rußland eingetreten, kam zur Kommunistischen Arbeiterjugend und später als Funktionär in die Gegend von Chemnitz, wo er eine leitende Stellung bekleidete. Als er gegen Ende des Jahres 1922 nach Halle kam, wurde er nach Chemnitz abgeschoben. Er ist Anarchist. — Außer ihm sind noch neun jugendliche Kommunisten verhaftet worden, die den Attentat in Zusammenhang stehen; sie sind alle Syndikalisten oder Kommunisten.

Straßenerhaltung durch Fahrzeugsteuer

Von

Dr. Hermann Conring.

Durch das Reichsstraßenfahrzeugsteuergesetz vom 8. April 1922 ist den Ländern die Verpflichtung auferlegt, Fahrzeugsteuern einzuführen. Die Einrichtung sollen dem Wegebau und der Wegeunterhaltung zugute gemacht werden. Leitend war der Gesichtspunkt, daß besondere Mittel flüssig gemacht werden müßten, um dem weiteren erheblichen Verfall der öffentlichen Wege, Landwegen und Chausseen Einhalt zu tun. Nicht Neubau, laufende Straßenunterhaltung sind zur Debatte. Die Reichsfinanzlage Geldmittelnot der die Unterhaltungsfaktoren (Arbeitslöhne, Steinmaterial, Frachten) so außerordentlich anschwellen lassen, daß die allgemeinen Mittel bei weitem nicht mehr ausreichen. Es blieb nur die Fragestellung: weitere Einschränkung oder Bereitstellung neuer Mittel. Die Einschränkung würde immer mehr zu einem Zustande der öffentlichen Wege geführt haben, der den Kriegseinstehungen aus den besetzten Gebieten hinreichend bekannt ist. Auf diese Weise wäre der deutschen Volkswirtschaft in Zissern schwer schwere Werte verloren gegangen. Sie hätten auch bei einer später wieder einsetzenden Straßenunterhaltung nicht mehr geerstet werden können. So hat sich der Reichstag für die Einführung einer Zweckfleuer entschieden: der Reichskraftfahrzeugsteuer. Ihr sollen Landesfahrzeugsteuern folgen.

Es ist selbstverständlich möglich, gegen solche Steuern Bedenken zu erheben. Der Gedanke, von allen Fahrzeugen eine Steuer für die Wegeunterhaltung zu erheben, stimmt z. B. Lebhaft an die alten Schlagbäume. Hier wie dort Abgaben für die Wegeunterhaltung, nur in veränderter Form. Die Wohlwirtschaftler waren hoch darauf, gegeben zu haben, daß sich der Wegfall der Schlagbäume rentiere. Das ist für normale Zeiten richtig. Heute stellt sich die Frage anders: entweder Straßenzustand, mit einem Milliardenverlust für die deutsche Gesamtwirtschaft oder eine mäßige Zweckfleuer zur notdürftigen Wegeunterhaltung. Die Beantwortung kann nicht schwerfallen sein.

Ob die Landesfleuern an das Halten von Fahrzeugen oder an das Halten von Zugtieren anknüpfig angeschlossen werden, kann zweifelhaft sein. Die Beantwortung dieser Frage ist verschieden erfolgt. Das Land Sachsen trägt sich mit dem Gedanken einer Zugtierfleuer für Wegeunterhaltungszwecke. Das Land Preußen hat sich nach zahlreichen Vorarbeiten unter sachverständiger Beratung der behördlichen und privaten Vertreter von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel sowie des Landkreis- und Städteverbandes für eine Fahrzeugsteuer entschieden. Der Verband der preußischen Landkreise hatte bazu bereits im Dezember 1920 einen Vorschlag in Form eines Gesetzentwurfes gemacht. Der preußische Gesetzentwurf ist darüber einfach aufgebaut. Er bestimmt zunächst, daß die dem Lande Preußen aus der Reichskraftfahrzeugsteuer überwiesenen Reichssteueranteile den Provinzen zur Hälfte nach ihrer Bevölkerungsdichte und ihrem Gebietsumfang zu Zwecken der öffentlich-rechtlichen Wegeunterhaltung zugeteilt werden sollen. Der Ertrag der Beiteuerung aller übrigen Fahrzeuge soll den Land- und Stadtkreisen zufließen, hier wie dort mit der Verpflichtung, andere öffentlich-rechtliche Wegeunterhaltungspflichtige an Steuererträgen zu beteiligen. In den Land- und Stadtkreisen steht entweder die im Gesetz enthaltene Pflicht Steuerordnung in Wirksamkeit, oder eine von den zuständigen sächsischen Behörden haben wir bereits ausgeführt, daß die landesgesetzliche Einführung der verfassungsmäßige reichsgesetzliche Regelung überflüssig und bedenklich erscheinen der Arbeitsgemeinschaft nur abträglich ist.

Nur drei Zeilen.

Miss Jamar trifft, wie O.-L. erfährt, der deutsche Botschafter in Washington, Graf Brockdorff-Rantzau, in Berlin ein.

Der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Riehl, ist zum Antrittsbesuch bei der bayerischen Regierung nach München gekommen.

Landrat v. Harnack in Kerfeld wurde vom Reichspräsidenten zum Mitglied der Reichsdisziplinarkammer in Kassel ernannt.

Die Dozenten der Düsseldorfer Volkshochschule sind in den Streik getreten, da ihre Aufgriche für die Zinsen zusehenden Gebühren nicht erfüllt wurden.

Das lutherische Nationalkonzil in Nordamerika beruft den dieslährigen lutherischen Weltkonvent für die Zeit vom 20. bis 23. August nach Eisenach ein.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat auf die vom Deutschnationalen Schutz- und Trutzbunde gestellten Anträge die Widerrufsnahme des Verbotes gewährt.

Die „Völkische Handwerks- und Gewerbezeitung" in Kaiserslautern hat ihre Erscheinen eingestellt, ebenso die „Bad Kösener Zeitung" in Bad Kösen.

Im Torfe Teichenau in Schlesien sind fünf Kinder beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Der Stettiner Dampfer „Industria", der auf der Werke von Cycelsund gestrandet war, wurde durch einen Bergungsdampfer wieder flott gemacht und ist in Cycelsund eingelaufen.

Die Stettiner Hafenarbeiter sind Montag vormittag wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Die Arbeiter verlangen eine 50prozentige Lohnerhöhung ab 1. Januar.

In München wurde der Techniker Wilhelm Urban aus Berlin verhaftet, der als Ingenieur Freiherr v. Urnuh Fragen Aufwand trieb und Millionendurchgreifen mit gefälschten Dollarschecks verübte.

Die Kohlen der neuesten englischen Kriegsschiffbauten erzeugen 100 g Radium gegenüber 146 g beim Schlachtkreuzer Hood.

Belgien hat 1922 den Weltvorrat in der Radiumproduktion geschlagen. Bis Ende 1923 soll jede belgische Universität 5 Gramm Radium besitzen.

Ein Fluchtversuch Techows.

Der im Zuchthause Sonnenburg untergebrachte Rathenau-Mörder Techow hat, wie erst jetzt bekannt wird, vor etwa Wochen Ende gemeinsam mit einem ehemaligen Fliegeroffizier Schauer, der eine längere Strafe wegen Schiebungen abzusitzen hat, einen Fluchtversuch unternommen. Der Plan konnte durch das Eingreifen des Gefängnisdirektors, der Kenntnis von der Absicht Techows erhielt, vereitelt werden. Ein Gefangenenaufseher, der in die Sache verwickelt ist, wurde verhaftet. Der Oberreichsanwalt hat sich inzwischen mit der Zuchthausdirektor Techows nach Sonnenburg begeben, um die getroffenen Sicherheitsmaßregeln zu prüfen.

Explosionsunglück bei Krupp.

Pa. **Essen**, 9. 1. (Eigenbericht) Bei der Fried. Krupp A.-G. in Essen explodierte im Werkhof ein Sauerstoffapparat, wobei 8 Arbeiter, die mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, schwer verletzt wurden. Zwei der davon Betroffenen Arbeiter sind starb Zeit danach ihren furchtbaren Verletzungen, die übrigen sechs schweben in Lebensgefahr.

Ein Schiebergenie.

Hamburg, 8. 1. Wegen Schiffsversicherungen verhaftet wurde der Schiffsmakler Schmidt in Hamburg. Der Schiffer hat 1919 noch ohne Vermögen war, verfügt heute über drei eigene Schiffe, mehrere Bungalows und ein Gut im Burkhorn von 84 Mill. M. Schiffer hielt sich in Hamburg seit längerer Zeit unangemeldet auf und hat, wie festgestellt wurde, bisher noch nie Steuer bezahlt.

Prügeleien.

Hamburg, 9. 1. (B. T. B.) Nach einer kommunistischen Versammlung gegen das Versailler Diktat kam es gestern abend zu einem Zusammenstoß zwischen einem Trupp Jugendlicher und der Polizei. Diese mußte, da die Menge der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht nachkam, mit Gummiknüppeln einschreiten. Bei dem Handgemenge wurden ein Wachtmeister und drei Polizeibeamte verletzt. Sieben Personen wurden verhaftet.

Phoenix
Hochleistungs-Nähmaschinen
Baer & Rempel, Bielefeld

VIGOR
Radiergummi für alle Zwecke.
VIGOR, G. m. b. H., Berlin N. 4, Chausseestrasse 96.

Schreibmaschinen, neu und gebraucht, kaufen sofort, Gebr. Weinitschke, Leipzigerstr. 3. Fir. 15 135.

Frederick Rezendaal
Antiquitäten
Ankauf — Verkauf
BERLIN W.
U. d. Linden 32 | Wilhelmstr. 48
E. Charlottenstraße | Tel. Zentrum 2370 | Tel. Zentrum 11249

Hermann Alexander Jacoby
BERLIN SW 11 Schöneberger Str. 12
Neuheit!
Luxuskerze
HAJAC
mit „Intensiv"-Batterie
D. R.-Pat. u. Ausl.-Pat.
Keine Verbrauchder Batterie vor Ingebrauchnahme, daher unbegrenzt lagerfähig.
Vorzüglich geeignet für EXPORT
Jedes Quantum sofort lieferbar

Wellbleche
Wellblechbauten, Träger, U-Eisen, Feinbleche
Eisenkonstruktionen. Eiserne Oefen.
L. Bernhard & Co., Berlin NW 40
Fernruf: Moabit 1671. Tel.-Adr.: Wellblech Berlin
Wellblechfabrik u. Ofenbauanstalt

STINNESELSEN
MÜLHEIM-RUHR
RÖHREN FITTINGS
BERLIN W. 9
Budapester Str. 4

EISENBAU
HERMANN RUTER
LANGENHAGEN B. HANNOVER

E. Calmann
Bankgeschäft
Wertpapiere
Beratung und Verwaltung
Zinsscheine, Devisen.
Hamburg, Neuer-wall 101.

Lavater in Bremen.

Eine Miniatur aus alter Zeit.

Von

G. D. Gallwitz.

In den Berliner Monatsheften des Jahres 1786 lese ein Bremer Minaturbeter sehr intensiv über ein Ereignis in seiner Heimatstadt berichtet, das damals die Gemüter der nüchtern Kaufmannswelt in allen Bürmegraben der Erregung versetzt hat. Es ging um Lavater und seine Berufung an eine der bremischen Kirchengemeinden. Lavater war damals der berühmteste deutsche Kanzelredner, was nicht hindert, daß ihn Frau Rath Goethe ihm eines Tages in Briefchen folgenden Inhaltes sandte: „Lieber Sohn! Die Fürstin von Wirttemberg, Mutter der Groß-Fürstin, kommt heute nach Offenbach, um Euch Vorbigen zu hören. Hochbeliebte Lässt Euch durch mich höflichst ersuchen, nicht so gar strikte im Besteigen der Canzel zu sein, sondern zu warten, bis sie sich eingefunden hat, welches vielleicht nur ein viertel stündigen länger dauert. Der Klingelbeutel mag die Offenbacher über die kleine Verzeitung trösten."

Lavater war, als jede Offenbacher Predigt vor sich ging, auf der Reise nach Bremen. Der Ruf seiner Reden und seiner wundervollen Gebete und Zettel war bis in unsere Stadt gedrungen, und seine Persönlichkeit spielte, obwohl man sie erst von Hörensagen nur kannte, bereits eine außergewöhnlich wichtige Rolle in unseren Kreisen. In den Berliner Monatsheften wird darüber berichtet: „Lange hatte Lavater schon seine gelehrten Verehrer und Anbeter, sein Bildnis zierte schon lange an silhouette oder an portrait die Zimmer vieler guter Menschen, die sich mit herzlicher Innigkeit an den Anschauen derselben labten." So kam es, daß man anläßlich einer neuen Predigerwahl in der Ansgarii-Gemeinde bei, der damals Pfarrer in Zürich war, mit 165 von 229 Stimmen wählte; man hatte sich aber zuvor nicht darüber vergewissert, ob der Gewählte auch willens sein würde, sein Amt in der Schweiz der Bremer Wahl zu Liebe aufzugeben.

Durch seinen Freund, den Bremer Pfarrer Stolz, wußte Lavater bereits von der großen Ansbangerschaft, die er in der Stadt hatte; die Wahl in ein Pfarramt ist ihm aber ganz unverwartet gekommen, und er schrieb zurück, daß er im Gebet einen Wink Gottes erfolgen werde, so er sie annehmen solle oder nicht. „Ach, möchte doch Gott etwad tun, wodurch Bremen, Hirsch und ich gleich beruhigt sein könnten ..." Auch die Bremer sollten Geduld haben. Aber die Bremer fielen es bald nicht bewenden. Kaufer den eigentlichen Berufungsschreiben der Bauherren und Diakonen der Ansgariikirche schickte man noch einen von 72 würdigen Männern der Gemeinde unterzeichneten dringlichen Brief an Lavater ab, der ihn zur Annahme der Wahl bewegen sollte. Auch unzählige Privatbriefe wurden zu gleichem Zweck an ihn gesandte. Ein Bremmann, Christian Logemann, der es dabei allen andern zuvorgetan an Dringlichkeit und fardiger Ausmalung der Reize, die Bremen dem Umworbenen zu bieten hole, er fügte hinzu, „wenn die Stadt, mein theurer Herr Lavater, zu uns in dieses Niedersächsische Canaan, zu dem einzigen Bremen, das in der Welt ist! Eine Republik und welche Republik! Ein Bremmann, Christian Logemann, der es dabei allen andern zuvorgetan an Dringlichkeit und fardiger Ausmalung der Reize, die Bremen dem Umworbenen zu bieten hole.

Das Hotel als Diamantenfeld.

Aus der Praxis der Hoteldiebe.

Von

Emil Herold-München.

Sie sind die „haute volee" unter den Spitzbuben, die Hoteldiebe, und schauen in der Regel mit großer Geringschätzung auf ihre beschiedenen Kollegen herab, die sich mit allerlei Arbeiten und wohnen Unehrlichkeiten durchs Leben helfen. Nur „Hundeaer" erfordert tatsächlich auch eine gewisse Bildung, Sprachkenntnisse und vor allem feinste Umgangsformen und feinstes Auftreten. Der größte Teil dieser Hoteldiebe, die für das reisende Publikum zu einer furchtbaren Geiste werden, entstammt auch den besseren Ständen; es sind jahrzehntelang gewordene Söhne guter Familien oder Leute aus Beruten, die viel mit der vornehmen Welt in Berührung kommen. Sie sind durchaus intelligent, scharfe Beobachter und glänzende Menschenkenner und Leute, die sich selbst völlig im Zaume zu halten verstehen.

Ein richtiger Hoteldieb darf nicht auffallen; er muß sich in allem als Durchschnittsmann jener Reisenden geben, die er bestehlen will. Er ist stets elegant, aber nie als Dandy gekleidet, ein netter, liebenswürdiger Gesellschafter ohne jede Aufdringlichkeit, voll vornehmer Zurückhaltung vor allem im Luxuszug, wo er nach Leuten sucht, die der Reichtum zur Nachlässigkeit erzogen hat. Das sind die Menschen, die er braucht. Denn der gewiefte Hoteldieb ist äußerst wählerisch in den Leuten, die er bestehlen will. Er greift nur selten zu, aber ob er zum Sprung ansetzt, muß er wissen, daß der Sprung gelingt und sich auch weiterer Lieber liegt er tage- und wochenlang auf der Lauer im Luxuszug, im Kaffeeplatz, in den Ball- und Konzertsälen der Badeorte, in denen sich die Damen mit Brillanten und Perlen gegenseitig zu schlagen suchen. Sie wollen mit ihrem Schmuck den Neid der andern Damen erregen und ahnen nicht, daß sie für einen Brillantendieb in freiwilliger Parade aufmarschieren. Hier wählt der Hoteldieb seine Opfer aus. Dann werden die, die auf seiner Liste stehen, tagelang scharf beobachtet. Im Foyer, im Restaurant, durch unauffällige Fragen bei Hotelangestellten — mit Trinkgeldern bestellt der Hoteldieb nicht — erkundet er die Lebensgewohnheiten, im Speisesaal den Grad der Geistesfrische und Nachlässigkeit seiner Opfer. Dann erst wählt er endgültig, und schnell entschließt sich er zum Sprung an. Und er springt mit der Sicherheit des Tigers.

Die Methode der Vorbereitung ist bei allen Hoteldieben die gleiche. In der Ausführung gibt es aber wesentliche Unterschiede. Hotel-einbrecher und Hoteleinschleicher. Die Einbrecher sind die gefährlichsten, da sie der Gewaltanwendung nicht zurückschrecken, wenn sie überrascht werden; der Einschleicher geht, wenn er jemand im Zimmer antrifft, mit einem höflichen „Entschuldigen Sie, bitte! Da habe ich mich im Zimmer geirrt!" wieder davon. Die Einbrecher arbeiten häufig zu zweien, sie sind aus der berüchtigte Bande Hornschuh, die in Südtiroler Kurorten in neun Monaten für anderthalb Millionen Gedamaft an Juwelen erbeutete, in größeren Gesellschaften mit verteilten Rollen. Bei dieser Bande war der Hauptmann nicht ein „Intellektueller", sondern ein „Techniker", der Schwarzkünstler Hornschuh, der — eine Abart der Hoteleinbrecher — durch die Fenster in die Zimmer kletterte. In der Regel arbeiten die Hoteleinbrecher vom Korridor aus. Auf irgendeine Weise — bei uns und in verdingen sich weibliche Bandenmitglieder als Zimmermädchen — haben sie sich den Hauptschlüssel verschafft. Das Öffnen der Zimmertür von außen macht ihnen keine Schwierigkeiten, nur eine eventuelle Verriegelung von innen. Aber auch hier wissen sie Rat. So wurde festgestellt, daß ein Hoteldieb, der genau wußte, daß ein Reisender, hinter dem er seit langem der war, stets das gleiche Hotelzimmer bekam, sich vorher in dasselbe Zimmer einquartieren ließ, in der Höhe des Riegels ein Loch in die Tür bohrte, es mit gefreetem Brot wieder ausfüllte und die Spuren durch Farbe wieder verwischte. Den Riegel machte er mit Fette und Oel geräuschlos. Als der Verfolgte und Geld zurückkam, hatte der Dieb leichte Arbeit. Diese Art der Verbrecher arbeitet meist in den ersten Nachtstunden nach Mitternacht. Sie kommen auf Gummischuhen und sind vom Scheitel bis zur Sohle in eine Tarnkappe aus schwarzem Trikot gekleidet, damit, wenn der Zimmerinhaber durch ein Geräusch erwachen sollte, sie sich durch nichts von der Finsternis unterscheiden. Schon wiederholt hat man Hoteldiebe in ihrer schwarzen Bekleidung überrascht, so den bekannten Gauner Lydiner, der in einem Pariser Vorort eine elegante Villa bewohnte und Mitter der — Ehrenlegion war.

Ein besonders begehrtes Objekt für diese Diebe sind die Juwelenhändler. Daß freilich sind die mißtrauischsten aller Menschen, die ihr Gepäck nicht einen Augenblick aus den Augen lassen, es sei denn, sie hinterstellten es in dem einbruchsicheren Hoteltresor. Monatelang werden diese „feinen Bisser" von den Hoteldieben beobachtet. Bei Gauner gerieben dieb einmal über alle Vorsicht hinaus. So hat einer dieser Gauner kurz vor dem Krieg einem Kaufmann Juwelenhändler in Hamburg für über eine halbe Million Goldmark an Brillanten gestohlen. Er wurde, daß der Dieb regelmäßig in einem vornehmen Hamburger Hotel abstieg. Er mietete sich nun in diesem Zwischenräumen in dem gleichen Hotel ein und nahm auch jetzt ein Zimmer. So bekam er nach und nach sämtliche Zweitschlüssel in die Hand, ließ sich Doppelschlüssel davon machen, und als der Juwelenhändler wieder einmal seine Schätze in dem Hotel barg, gehörten sie einige Tage später dem Dieb.

Die Mehrzahl der Hoteldiebe arbeitet aber auf friedlichere Weise. Sie schleichen sich in der Maske von vornehmen Leuten oder als Stiefelputzer oder sonstige Hotelangestellte, als Dienstmänner oder als Barbiere in die Hotelzimmer. Kommt wieder Erwarten auf ihr Klopfen eine Antwort aus dem Zimmer, dann verschwinden sie mit einem „Bitte, entschuldigen Sie. Da bin ich wohl auf ein falsches Zimmer geschickt worden", Bleiben sie ohne Antwort, dann öffnen sie, wenn das Zimmer verschlossen ist, mit dem Nachschlüssel schnell das Zimmer und treten — das ist für eventuell Vorbeikommende berechnet — mit einem lauten „Guten Morgen!" hinein. Nicht selten kommt es vor, daß ein feder Gentlemandieb sich von einem im vornehmsten Luxus eben neu aufgezogenen Schlafschlafportier die Zimmerschlüssel vom Wandbrett geben läßt. Bei der Leichtgläubigkeit, mit der leider viele reiche Menschen mit ihren Wertsachen umgegangen sind, sind jährlich viele Millionen an Schmuck auf diese Weise „umgesetzt" worden. Heute ist man etwas vorsichtiger geworden und die Neureichen sind, obgleich sie ihr Geld auf leichte Art verdienen, viel mißtrauischer als die früheren Juwelenbesitzer. Aber trotzdem fallen den Dieben jährlich wohl Millionen an Werthsachen in die Hände.

Der Kampf gegen diese Verbrecher ist außerordentlich schwer und in der Regel kommen sie nur durch einen Zufall in die Hände der Polizei. Das liegt nicht etwa an dem Intelligenzmangel der Polizeibeamten, sondern an der Intelligenz der Hoteldiebe. Die Hoteldiebe führen in der Regel ein Doppelleben. „Inquanto" in einem feinen Hotel haben sie ihren „Wohnsitz". Dort wählen sie, von ihren „Einkünften" lebend, die Gesellschaft und Ehrenmänner. An diesen Orten führen sie nie einen Diebstahl aus, und wenn sie einmal ein Verdacht auf sie fallen sollte, sieht ihnen von den ehrenwerthen Hotelbesitzern stets das beste Leumundszeugnis zur Verfügung.

Was das für einen Verbrecher wert ist, das hat die jüngst Vergangenheit in München in einem sensationellen Fall gezeigt. Dort hatte ein schwedischer Baron Carlson, der im feinsten Hotel seit Jahren Wohnung, seine Juwelen ein wertvolles Perlenkollier zum Kauf angeboten. Der Juwelier wurde stutzig, obgleich ihm das Kollier von dem Direktor eines vornehmen Kaffee-Restaurants überbracht worden war. In Wiesbaden war nämlich kurz vorher ein ähnliches Kollier gestohlen worden. Baron Carlson erhielt aber ein so glänzendes Leumundszeugnis von seinem Hotel, daß die Polizei nicht wagte, sofort mit einer Verhaftung vorzugehen. „Er wohnt seit Jahren bei uns. An seiner Ehrenhaftigkeit wie an seinem Reichtum ist nicht zu zweifeln. Er verkehrt in der allerersten Münchner Gesellschaft und läßt sich sogar von Stuck und Kaulbach malen." Unterdes — es dauerte drei Tage — wurde die Identität des gestohlenen und von Baron Carlson verkauften Kolliers festgestellt und Carlson nun verhaftet. Allerdings unter der größten Vorsichtsmaßregeln, denn wenn er tatsächlich der Dieb war, mußte es einer der gewiegtesten Verbrecher sein. Man vermute ab, daß er seinen regelmäßigen Besuch bei einer bekannten Dirne machte. Dort wurde er festgenommen. Carlson, von Beruf Kellner, war einer der gefährlichsten Verbrecher. An der Hand einer Reihe belangloser Kleinigkeiten wies der Münchner Polizeibericht Dillmann nach, daß Carlson in Wiesbaden, Italien, der Schweiz, an der Riviera, in Holland und Skandinavien die gewagtesten Hoteldiebstähle begangen hatte. Aus einem Hofenkoppel, herkömmlichen Straßenbahnbilletten an den beschmutzten Seiten in seinen Kleidchen wurde ihm nachgewiesen, wo er überall gewesen war. Verhängnisvoll wurden ihm die sogenannten Hotelgepäckmarken an seinen Koffern. Carlson hatte sie sich überall anheften lassen, um so ihre durch seinen Koffer als Mann von Distinktion gelten zu können. So konnte man auch die Hotels, in denen er abgestiegen war, und mit Hilfe der Hotelbücher konnte man auch die genaue Zeit seines Aufenthaltes feststellen. Und seit regelmäßig, wenn Carlson in einem Kaborett weilte, war dort ein großer Hotelbiebstahl verübt worden. In Zusammenhang hat Carlson fünf Jahre Zuchthaus erhalten und ist dann nach Italien ausgeliefert worden. Dort sitzt er noch heute. Aber schon warten bei Schweiz, Frankreich, Holland und Schweden auf ihn. Er wird wohl aus dem Netzl mit den schwedischen Gardinen nicht mehr herauskommen.

Ernst Rösemann.

Eine kommende Boxergröße.

Der nebenstehend im Bilde wiedergegebene Hannoveraner Röseman ist eine berechtigte Hoffnung unter den deutschen Schwergewichtlern. Nachdem der junge Hannoveraner einige gute Kämpfe in der Provinz hinter sich gebracht hatte überraschte er in Berlin durch seinen bereits in der ersten Runde erzielten Knockout über einen Mann von der Klasse des Egmeisters Otto Flint. Er verfehlte dann gegen Rudi Wagener in der ersten Runde; in der zweiten Runde gelang ganz fest in die allgemein gefürchtete Schule von Fabio Maiza gegangen war, bei diesem Kampf offensichtlich besonders: er dachte gewiß an die Kunststücke und verzaß darüber das Kämpfen. Nach dieser Niederlage hat der „Hannoveraner" durch weitere schnelle Knockouttiege, von denen der letzte über Giuseppe Spalla, in 2 Minuten 25 Sekunden errungen, als der bedeutendste zu werten ist, bewiesen, daß das Zeug zu einem wirklichen Meister in ihm steckt. Federnfall dort muß auf die weitere Entwicklung des Hannoveraners, der bei einem Gewicht von etwa 180 Pfund Herz, Kraft und eingeend für sich hat, aufpassen sein. R. A. C.

Polizeiboxkämpfe.

Die Polizeiboxkämpfe, die am Montag abend in den Germaniasälen stattfanden, brachten den Veranstaltern ein vollkommen überfülltes Haus. Der bei den meisten Kämpfern in Erscheinung tretende Mangel an Technik wurde durch Mut und jeisches Draufgängertum ersetzt. Im Hauptkampf des Abends standen sich Louis (Duisburg) und der Schweizer Frommwald gegenüber. Er sind über die volle Zeitung und endete mit einem Punktsieg des Duisburgers. In Einleitungskampf Rick Kurzer mußte ersterer wegen Armverletzung aufgeben, die Begegnung Zendler-Haale endete mit einem Punktsieg Zendlers. Ein sehr hartes Treffen lieferten sich Behnke-Dahms. Gleich zu Beginn erlitt Behnke eine fast blutende Augenverletzung, die ihn jedoch nicht hinderte, seinen Gegner schon in der ersten Runde glatt auf die Bretter zu legen.

Hellas-Magdeburg der erfolgreichste deutsche Schwimmverein.

In der vergangenen Saison hat der bekannte Magdeburger Schwimmklub Hellas nicht weniger als 222 Siege zu verzeichnen gehabt. Diese Zahl stellt ihn an die Spitze der erfolgreichsten deutschen Schwimmvereine. Ueber 100 dieser Siege sind allein in Mannschaftskämpfen erzielt worden. Im zweiten Abstande mit 99 Siegen folgen erst die Wasserfreunde-Hannover vor Rhenus-Köln und Spandau 04 mit je 72 Siegen. Die nächsterfolgreichsten Vereine sind: Sport-Halberstadt 69, Alter Schwimm-Verein-Breslau 68, Berliner Schwimmklub 89 54, Bremer Schwimmverein und Borussia-Silesia-Breslau je 51, Poseidon-Leipzig 49, Jung-Deutschland-Darmstadt 47, Verein für volkstümliches Schwimmen-München 46, Nürnberg 47 43, Magdeburg 96 und Poseidon-Berlin je 42.

Winter-Segelflugwoche St. Andreasberg.

28. Januar bis 6. Februar.

Die geistigen der „Segelflug G. m. b. H." der obersten Behörde für den deutschen Segelflugsport, und den Verantwortlichen der Harzer Winter-Segelflugwoche entstandenen Differenzen sind in einer gemeinsamen Besprechung ausgeglichen worden, so daß erfreulicherweise mit dem Zustandekommen der Woche zu rechnen ist. Besonders wichtig ist es, darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um Wettbewerbsflüge, sondern lediglich um Uebungsflüge handeln wird. Der allein soll bei diesen Uebungsflüge beteiligt werden, ob die Höhen bei 24. Andreasberg, die bei einer Besichtigung durch bekannte Segelflieger als für den Segelflug geeignet bezeichnet worden sind, sich auch tatsächlich in der Praxis als günstig erweisen.

Die für den Segelflugsport zuständigen Stellen werden durch eigene Vertreter die Flüge beobachten, um weitere Erfahrungen zu sammeln. Das für den Fall eines Wettbewerbs von der „Segelflug G. m. b. H." erlassene Startverbot ist durch die Besicherung einer reinen Uebungsfliegerei hinfällig geworden, und es steht zu erhoffen, daß sich auch ohne Abhaltung von Wettbewerben recht zahlreiche Segelflieger einfinden werden. Auf die Bedeutung dieser Uebungsflüge werden wir in nächster Zeit zu sprechen kommen. Eko.

Trainingslisten 1923

Die Ställe Oppenheim, Opel, Seiblitz.

Die ersten Trainingslisten für die kommende Rennsaison sind erschienen. Der Stall des Freiherrn S. A. v. Oppenheim greift mit einem Lot von nur 21 Pferden in die Turfereignisse 1923 ein gegen 24 im Vorjahre. Von den jüngeren und älteren Pferden sind nur Abbasia und Dameemeg im Training geblieben. Magnaure, Maindor, Meerfisch, Sommerstor, Lydia, Mariele, Madonna, Walpurgis, Pindar, Solaxo, Ilia II, Meerweib, Schalk II u. a. sind bereits im Vorjahre verkauft, das erfolgreichste Pferd, Wallenzien, nach Rapajedl verpachtet worden. Den Vertretungen vertreten Revolutionär, Eisteldt, Schwarze Kunte, Amor, Dorian, Idealist, Imperialist und Belvedere, während auf Zweijährige in der Hauptsache Produkte von Ariel, die Esse verwöhnlichen. Den Pferden als Trainer hat der bereits über vier Jahrzehnte in den Diensten des Stalles Oppenheim tätige A. Gaiba inne. Den neuen Stallleiter W. Schmidt zur Seite. — Der Opelsche Rennstall umfaßt in diesem Jahre ebenfalls 21 Pferde, und zwar zehn Zweijährige, die sich Dreijährigen Gimmune, Friedrich, Ehrenfel, Mainberg, Oertzofer und Fariel. Den Jahrgang 1918 vertreten Kaiser, Polaca und Hagar, während Alb und Cuno das Aktive in Training befindliche Material darstellen. Stallsachen ist nach wie vor W. Jenisch, Trainer A. Schäffer. — Der Rennstall des Grafen Seiblitz-Sandreczki geht mit 16 Pferden in die neue Saison, und zwar mit Stonnob, Sagmat, Oberfelderer, Manichäer, Ofer, Modul, den Dreijährigen Orchis, Iffensteln und Bürgerwehr sowie neun Zweijährigen.

Deutsche Skimeisterschaft.

In Braunlage am Harz.

Für die Deutsche Skimeisterschaft 1923, verbunden mit dem Skaffellauf des Deutschen Skiverbandes am 3., 4. und 5. Februar in Braunlage am Harz ist das Wettkampfsolge erstellen.

Am Sonnabend, den 3. Februar, wird der Langlauf für die Altersklasse 1 und 2 veranstaltet. Länge 15 Kilometer. Der Start beginnt morgens 10.30 Uhr beim Adolfhause am Wurmberg. Bei Nammelsen südlich der oberen Bärmerkirche. Ankunft der ersten Läufer gegen 11.30 Uhr. Mit dem Langlauf der Altersklassen 1 und 2 ist am Sonnabend vorzunehmen 11 Uhr ein Militärlanglauf über 15 Kilometer verbunden. Dieser wird vom 111. Jägerbataillon J.-R. 17, Goslar a. Harz, veranstaltet. Der Kampf geht um den Schwedenbecher, offen für Kompagnien oder Truppenteile. Vorzeitiger ist übrigsäubenbataillon Lindau-Immenstadt. Außerdem geht der Kampf um Einzelpreise, offen für aktive Mannschaften deutscher Truppenteile. Der Schwedenbecher ist ein Wanderpreis für Nachbrüge deutscher Truppenteile. Die Läufergruppe eines Truppenteils besteht aus sechs Läufern, die unabhängig voneinander, nach dem Lose, zusammen mit den Bewerbern um die Einzelpreise laufen. Der Schwedenbecher läßt dem einzigen Truppenteile zu, dessen Gruppe die beste Durchschnittsleistung erzielt. Tritt nur eine Läufergruppe an, so kommt der Schwedenbecher nicht zur Verteilung. Die einzelnen Läufer der Gruppe laufen gleichzeitig um die Einzelpreise.

Am Sonntag, den 4. Februar, sind die Sprunglaufe für Altersklasse 1 und 2 vorgesehen. Die Sprunglaufe beginnen vormittags 9.30 Uhr auf der Sprungschanze am Wurmberg. Nachmittags 4 Uhr ist die Siegerverteilung.

Am Montag, den 5. Februar, wird der große Staffellauf des Deutschen Skiverbandes vor sich gehen, der sich auf über 80 Kilometer erstreckt. Es laufen Unterverbände, Vereins- und Stadtmannschaften. Der Start beginnt vormittags 10 Uhr beim Adolfhause am Wurmberg. Das Ziel sind die Rammelsen an der oberen Bismarckstraße. Die ersten Läufer werden gegen 12 Uhr eintreffen.

Die ersten norddeutschen Bobrennen.

Wie uns ein eigener Drahtbericht aus Schierke im Oberharz berichtet, fanden dort am Sonntag die ersten Bobrennen im Oberharz statt und bei Sport- und Publikum Schierke fand, die sich mit nur roger Beteiligung von Sportleuten, sondern auch von Winterspielen erfreuten. Die Schneebeschaffenheit der 1800 Meter langen Rennstrecke war infolge der guten Vorbereitungen verhältnismäßig gut. Die Witterung hatte seitreiche Schwarzsuppe herbeigeholt, die den einzelnen Läufen mit großem Interesse beiwohnten. Den ersten Platz erzielte Bob „Hexe", Lenker Hugo Blaue, Schierke, Bremser Riemensschneider, Schierke, in 1,42 Minuten, während Bob „Wahrendorff", Lenker Schwirk, Hannover, Bremser Graf Bopp, Berlin, in 1,56 Minuten den zweiten Platz erringen konnte. Als dritter Bob passierte „Gretchen" den Zielbaum den Hirtmeister Reichard, Gliende in Mecklenburg, als Lenker und Steinpik, Berlin, als Bremser führte. Zeit 2,06 Minuten.

Niederlagen des deutschen Fußballmeisters in Spanien.

Die zweite Spanienreise des 1. F. C. Nürnberg wurde am Sonnabend und Sonntag mit dem Hin- und Rückspiel gegen den stärksten spanischen Verein, den F. C. Barcelona, eingeleitet. Der deutsche Meister von 1920/21 verlor beide Spiele, das erste mit 1:2, das zweite mit 2:4. Dem Rückspiel wohnten 35.000 Zuschauer bei. Zeitungs-Wien besiegte den Kampf in einwandfreier Weise. — Der tschechische Meister Sparta-Prag spielte am Sonnabend gegen Espanol-Barcelona und siegte mit 4:0.

Internationale Eislaufmeisterschaften.

Die Weltmeisterschaft im Kunstlaufen in Wien.

Der Wiener Eislaufverein veröffentlicht die Ausschreibungen für seine internationalen Eislaufturnieren am 27. und 28. Januar. Im Verbindung mit dem Wiener Eislaufverein 1923 im Kunstlaufen für Herren und die Damenmeisterschaft des Internationalen Eislaufverbandes. Erstere ist offen für Herrenläufer aller Länder und von den Schweden Grafström-Stockholm zu erstreiten; den Damenmeisterwerb errang im Vorjahre Frau Herma Plank-Szabo (Wien). Weiter vorgesehen das Programm international Kunstlaufen für Damen, Herren und Paare. Die Meldeschlüsse sind mit Rücksicht auf die Befürchtung, daß für die Welt- und Damenmeisterschaft, sowie für das Paarlaufen 10. für die übrigen Konkurrenzen 6 Wochenschlüsse des Landes des Wiederholen zu errichten sind. Meldeschluß am 22. Januar beim Wiener Eislaufverein Wien III, Johannesgasse 28.

Gleichfalls erschienen sind die Ausschreibungen für die Europa- und Weltmeisterschaften im Schnellaufen. Die Europameisterschaften am 3. und 4. Februar in Hamar, die Weltmeisterschaft am 10. und 11. Februar in Stockholm über 500, 1500, 5000 und 10 000 Meter zur Entscheidung gebracht. Verteidiger für Thumberg-Finnland bezw. Gerald Ström-Norwegen. Nennungsschluß ist am 29. Januar bezw. 3. Februar.

Deutschlands Vertreter bei den Schweizer Skisprungen.

Der Deutsche Skiverband hat jetzt die Mannschaft bestimmt, die die deutschen Interessen bei den am 14., 16., 18. und 21. Januar in Davos, Davos, St. Moritz und Arosa stattfindenden internationalen Sprungrennen vertritt. Unter Führung von W. M. Wirth, dem 11. Vorsitzenden des D. S. V. werden die Münchener Rauch-Hellschult und Walter, ferner Dr. Bauder, Ehl v. d. Planitz, Max Brückel und Kurt Eisler am 11. Januar nach der Schweiz fahren. Es ist bestem Schweizer Springer, Ueberseeweiler vier Franzosen, sowie einige Schweden, Norwegen und Deutsch-Böhmen werden ihre Gegner sein.

Niedriger hängen!

Ein Tagesblatt der Reichshauptstadt meint es, in seiner Morgenausgabe vom Dienstag einen den Neigungen seines Publikums vielleicht angepaßten Artikel abzudrucken, der sich in zwei Sätzen auch mit „Sport" befassen vorgibt. Auf die Geschmacksfähigkeit, mit vom Verfasser des besagten Artikels zusammengetragenen Gedanken „Philosophische Betrachtungen über Liebe und Bewandbes" zu betreten, wie auf den Artikel selbst näher einzugehen, erübrigt sich für jeden Deutschen.

Nur ein Satz über den „Sport" sei seinem namenlosen Unverstand besonders an den Pranger geheftet. Es heißt da: „Der Sport ist eine sehr wichtige Unternehmung, über die nichts Schlechtes gesagt werden soll: er erzieht zum Gehorsam und fällt die Gehirne bestimmen, ist alles kontaktfreudig."

Wir antworten: Hätte der Verfasser Sport getrieben, so wären seine Gedanken sauberer, gesheiter und deutscher. v. E-K.

Eine Frage an die Regierung.

In unserem gestern unter dieser Ueberschrift gedrachten Artikel gegen die transäthiopischen Rennen ist durch ein bedauerliches Versehen in Ehiffre des Verfassers „v. E-K." beim Umbruch weggeblieben. Da es nicht unsere Art ist, Artikel irgend welcher Art, zumal gegen deutschen und unparteiischen Geist mit geschlossenen Augen zu führen, sei die Ehiffre hiermit nachgetragen. v. E-K.

SOENNECKEN DAUER-KONTENBÜCHER

LOSE-BLÄTTER-SYSTEM
Drucksachen kostenfrei
F. SOENNECKEN · BONN
Berlin · Leipzig

Aufbereitungs-Maschinen
für alle tropischen Produkte
Agaven, Baumwolle, Kaffee, Kakao, Kopra, Kapok, Manioc. Mühlen für alle Zwecke (Oel, Reis, Kopra ꝛc. ꝛc.). Textilfaser- und Mineralwasser-Apparate
Theodor Wiskens, G. m. b. H., Hamburg 1
Ferdinandstraße 30 · Telegr.-Adr.: Tropical

Rheinberg & Co.
Kellerei Schloß Rheinberg
A.-G.
Geisenheim a. Rh.

Binder
Atelier Alexander Binder, W 15, Kurfürstendamm 225
Das Atelier der vornehmen Welt Berlins
Eine Besonderheit: Bildnisse in großer Ball-, Gesellschafts-, Faschings-Toilette als Erinnerung an den Winter 1923
Das Atelier Alexander Binder ist das fortschrittlichste der Metropole des Reiches. Ein Binder-Bildnis gehört in jedes feine Haus. Letzte Auszeichnung: Ehrenpreis der Stadt Leipzig
Anmeldungen unter Steinplatz 2608 und 2609 erwünscht
Binder

Actien-Bierbrauerei in Essen an der Ruhr
empfiehlt ihre anerkannt vorzüglichen Biere.

CAFAMILBAUM AKT.-GES. BERLIN
Kahlbaum Liköre und Weine

RHENSER
DAS FÜHRENDE MINERALWASSER DEUTSCHLANDS
Niederlagen bei: Fa. Dr. M. Lehmann, Berlin SW 47, Yorckstr. 5
Fernsprecher: Kollendorf 3505, 3507 und 3508
J. F. Heyl & Co., Berlin W 8, Charlottenstrasse 66
Fernsprecher: Amt I Nr. 7439 und 7440

IVO PUHONNY
BATSCHARI bringt handgemachte CIGARETTEN in höchster Vollendung.